



„... DASS DIESE ENTSCHEIDUNG SICH AUSWIRKEN MÖGE ZUM WOHL VON VOLK UND LAND.“

60 Jahre Hauptstadtbeschluss des Landtags

Eine Veranstaltung des Landtags Rheinland-Pfalz,
der Landesregierung und der Landeshauptstadt Mainz
am 17. Mai 2010 im Plenarsaal des Landtags

„Koblenz oder Mainz?“

Die rheinland-pfälzische Hauptstadtfrage
Beitrag von Eva Wirth, Mainz

Heft 47

der Schriftenreihe des Landtags Rheinland-Pfalz

ISSN 1610-3432

IMPRESSUM

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Rheinland-Pfalz

Verantwortlich: Hans-Peter Hexemer
Leiter der Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion: Elke Steinwand
Hans-Peter Hexemer
Deutschhausplatz 12
55116 Mainz

Titelgestaltung: Petra Louis, Mainz
unter Verwendung eines Fotos einer Sitzung
des Landtags im Koblenzer Görreshaus und
einer Schlagzeile aus der Allgemeinen Zeitung
Mainz vom 17. Mai 1950

Fotos: Klaus Benz (S. 5, 7, 13, 21, 23, 25, 27, 31, 32,
34, 36, 37, 39, 41, 43, 45, 47, 49, 52, 57)
Landtag Rheinland-Pfalz (Titelbild, S. 11, 63, 64,
65, 74, 81, 94, 96, 100, 101, 105, 106, 108, 114,
116, 121, 128, 129)

Philipp Münch (S. 9, 59, 60, 61, 62)

Stadtarchiv Mainz (S. 73, 80, 83, 84, 89)

Stadtarchiv Koblenz (S. 85)

Wikimedia (S. 92)

Bestand Erna Wagner-Hehmke,
Haus der Geschichte der Bundesrepublik
Deutschland (S. 103)

Landeshauptarchiv in Koblenz (S. 117)

Copyright: Landtag Rheinland-Pfalz 2010

Druck: Satz+Druck Werum GmbH, Mainz-Hechtsheim

Der Landtag im Internet: www.landtag.rlp.de

„... DASS DIESE ENTSCHEIDUNG
SICH AUSWIRKEN MÖGE ZUM
WOHL VON VOLK UND LAND.“

60 Jahre Hauptstadtbeschluss des Landtags

Eine Veranstaltung des Landtags Rheinland-Pfalz,
der Landesregierung und der Landeshauptstadt Mainz
am 17. Mai 2010 im Plenarsaal des Landtags

„Koblenz oder Mainz?“

Die rheinland-pfälzische Hauptstadtfrage
Beitrag von Eva Wirth, Mainz

INHALTSVERZEICHNIS

BEGRÜSSUNG

Martin Seidler, SWR 7

HISTORISCHE RÜCKBLENDE IM FILM

Julia Melan 9

BEGRÜSSUNGSANSPRACHE

Landtagspräsident Joachim Mertes 13

ZEITZEUGENGESPRÄCH

Susanne Hermans,
ehemalige Landtagsabgeordnete und Landtags-
vizepräsidentin aus Koblenz
Anton Maria Keim, früherer Kulturdezernent der
Landeshauptstadt Mainz
General Jean-Louis Brette, Dijon

Moderation:

Lisa Weglinski,
Landessiegerin im Wettbewerb „Jugend debattiert“

Lucas Schaal,
Bundessieger im Wettbewerb „Jugend debattiert“ 23

GESPRÄCHSRUNDE

ZU TRAGWEITE UND WIRKUNGEN DER HAUPTSTADTENTSCHEIDUNG

mit Ministerpräsident Kurt Beck
Oberbürgermeister Jens Beutel
Professor Dr. Michael Kißener,
Johannes Gutenberg-Universität Mainz
moderiert von Martin Seidler, SWR 37

FOTOGRAFIEN AUS DEM MAINZ
DER NACHKRIEGSZEIT VON PHILIPP MÜNCH
UND DOKUMENTE DES WIEDERAUFBAUS

Ausstellung in der Lobby des Landtags
vom 17. bis 21. Mai 2010

55

„KOBLENZ ODER MAINZ?
DIE RHEINLAND-PFÄLZISCHE HAUPTSTADTFRAGE

Beitrag von Eva Wirth, Mainz

65



„...DASS DIESE ENTSCHEIDUNG SICH
AUSWIRKEN MÖGE ZUM WOHL VON
VOLK UND LAND.“

60 JAHRE HAUPTSTADTBESCHLUSS
DES LANDTAGS

EINE VERANSTALTUNG
DES LANDTAGS RHEINLAND-PFALZ,
DER LANDESREGIERUNG UND DER
LANDESHAUPTSTADT MAINZ
AM 17. MAI 2010 IM PLENARSAAL
DES LANDTAGS



BEGRÜSSUNG

MARTIN SEIDLER

Einen wunderschönen guten Abend, meine Damen und Herren! Mein Name ist Martin Seidler. Ich komme vom Südwestrundfunk und darf Sie ganz herzlich zu diesem runden Geburtstag der Landeshauptstadt Mainz willkommen heißen.

Zuerst möchte ich meinen herzlichen Dank an die Gastgeber der heutigen Feier – Landtagspräsident Joachim Mertes, Ministerpräsident Kurt Beck und den Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Mainz Jens Beutel – richten. Danke, dass ich zum einen mitfeiern und zum anderen auch durch diese wirklich sehr spannende und hoffentlich auch sehr unterhaltsame Feierstunde führen darf!

Bevor Sie gleich durch den Herrn Landtagspräsidenten offiziell begrüßt werden, möchte ich Sie im Namen des SWR auf den Tag

vor 60 Jahren und einen Tag einstimmen, der – nach einigem Hickhack – die heutige Feier überhaupt erst möglich gemacht hat. Meine Kollegin Julia Melan hat diesen historischen Moment für Sie eingefangen.



HISTORISCHE RÜCKBLLENDE IM FILM

BEITRAG DES SWR
VON JULIA MELAN

**Zerstörtes Mainz am Münsterplatz:
Das Gebäude der Stadtsparkasse
am Münsterplatz aus dem
Jahre 1827 wurde 1944/45
zerstört. Links im Bild das heutige
Telekom-Haus, vorne rechts ist
die Große Bleiche zu sehen.**

Mainz nach dem Krieg – eine Trümmer-Wüste. Das sollte sie sein, die Hauptstadt des neu gegründeten Rheinland-Pfalz? Hier war vorerst kein Staat zu machen.

Auch Koblenz war stark zerstört. Die Koblenzerin Susanne Hermans war Ende des Krieges 25 Jahre alt.

Zeitzeugin Susanne Hermans, Koblenz

Es war eigentlich merkwürdig: In Koblenz war das ganze Rathaus erhalten, das sofort die Amerikaner bezogen haben, das Stadttheater und einige Gebäude mehr. Das war in Mainz nicht der Fall. Ich war sehr glücklich darüber, dass Koblenz Hauptstadt wurde.

Im Koblenzer Rathaus tagt am 4. Juni 1947 zum ersten Mal der neue rheinland-pfälzische Landtag. Die Abgeordneten sitzen auf einfachen Holzbänken, dicht gedrängt. Das wichtigste Thema: der Kampf gegen den Hunger.

Eva Wirth, Historikerin aus Mainz

Die Landeshauptstadt-Frage brach nicht sofort los, sondern es blieb darum zwei Jahre lang ziemlich ruhig, da Rheinland-Pfalz große existenzielle Nachkriegssorgen hatte, etwa was Wohnungen anging oder die Ernährung der Bevölkerung. Erst 1948 wurde das Thema zum Gegenstand der Debatte, angestoßen vom damaligen Mainzer Oberbürgermeister Emil Kraus. Er war der Meinung, dass Mainz jetzt bereit dafür sei, dass Landesregierung und Landtag jetzt umsiedeln könnten.

Ministerpräsident Altmeier, selbst Koblenzer, erkennt: Die Hauptstadt Koblenz ist vor allem für die Pfälzer eine Zumutung.

Eva Wirth

Er wollte den Zusammenhalt des Landes sichern, denn es gab deutliche Auflösungsbestrebungen: Die Pfalz hätte gern wieder zu Bayern gehört, Rheinhessen wäre gern wieder zu Hessen gekommen. Dadurch war die Existenz des Landes Rheinland-Pfalz selbst gefährdet. Altmeier versprach sich von dem Schritt nach Mainz zu ziehen, dass das Land zusammenhält.

Es wird ein schwerer Weg für Peter Altmeier. Im Koblenzer Görresbau, wo das Parlament ab Herbst 1948 tagt, findet sich zunächst keine Mehrheit für Mainz.

Annemarie Holst-Steinel war Protokollführerin und die erste Angestellte des Landtags. Mit 26 Jahren erlebte sie den Umzug.

Zeitzeugin Annemarie Holst-Steinel, Mainz

Die meisten Kollegen kamen aus Koblenz oder der Umgebung von Koblenz. Die waren natürlich mehr oder weniger entsetzt und wollten in Koblenz bleiben. Wir hatten bei der Entscheidung ja



nichts zu sagen, aber sie waren überzeugt: „Nein, sie gehen nicht mit.“ Als es dann so weit war, sind sie doch mitgegangen, haben aber erzählt, sie gehen zu Fuß nach Koblenz. Nach etwa einem halben oder ganzen Jahr war keine Rede mehr davon und alle haben sich sehr wohl gefühlt.

Am 16. Mai 1950 beschließt der Landtag: Mainz wird Hauptstadt. Der Umzug wird das Land 1 Million D-Mark kosten. Nur durch Druck von Altmeier kommt es zur Entscheidung.

Eva Wirth

Auf diplomatischem Wege, in vielen Gesprächen, hat er versucht, Druck auszuüben. Denn ihm war die Bedeutung dieser Entscheidung bewusst – bewusster wahrscheinlich als dem einen oder anderen Politiker, der zu diesem Zeitpunkt im rheinland-pfälzischen Landtag gesessen hat.

Am Mai 1951 tagt das Parlament dann im wieder aufgebauten Deutschhaus in Mainz.

Eva Wirth

Mit dieser Entscheidung für Mainz und dem Umzug der Landesregierung und des Landtags nach Mainz gibt es dann immer weniger Stimmen, die sich gegen die Existenz des Landes Rheinland-Pfalz wenden.

Und so konnte das junge Land an Rhein und Mosel langsam zusammenwachsen.



BEGRÜSSUNGSANSPRACHE

LANDTAGSPRÄSIDENT JOACHIM MERTES

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Gäste! „Wenn der Apfel reif ist, fällt er vom Baum!“ Mit diesen Worten leitete der SPD-Fraktionsvorsitzende Eugen Hertel seine Rede vor der entscheidenden Abstimmung ein.

Es hat lange Zeit gedauert, bis es so weit war, dass wir Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer zu derselben Meinung kamen wie er, dass es eine „reife“ Entscheidung gewesen ist. Sie ist zwar nach reiflicher Überlegung gefallen, war aber eine schwer umkämpfte.

Meine Damen und Herren, ich freue mich, dass ich Sie zum 60. Jahrestag des Hauptstadtbeschlusses hier im Landtag – gemeinsam mit Ihnen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident

Kurt Beck, und mit Ihnen, Herr Oberbürgermeister Jens Beutel – begrüßen darf. Ich freue mich, dass so viele der Einladung des Landtags, der Staatskanzlei und der Landeshauptstadt Mainz gefolgt sind.

Warum haben wir zu dieser Veranstaltung eingeladen? Wir wollen uns erinnern an diese für das Land enorm wichtige Hauptstadtentscheidung, wollen die Umstände, unter denen sie zustande kam, reflektieren, uns ein bisschen in die Zeit zurückversetzen und ihren Auswirkungen nachgehen.

Schließlich wollen wir auch denjenigen danken, die sie getroffen, aber auch denjenigen, die weitere wegweisende Entscheidungen für unser Land herbeigeführt haben und auf deren Schultern die heutigen Abgeordneten stehen. Gewiss hat der Landtag viele wichtige Entscheidungen getroffen. Ich wiederhole gerne, was ich an anderen Stellen schon gesagt habe: Besonders gute bleiben mit Daten um den 18. Mai verbunden. So auch der Hauptstadtbeschluss.

Heute ist ein glücklicher Tag für uns alle auch deshalb, weil wir unsere ehemaligen Kolleginnen und Kollegen begrüßen können; denn diejenigen, die hier reden und hier stehen, können das nur tun, weil die ehemaligen Kolleginnen und Kollegen schwierigste Entscheidungen gefällt haben.

Ich freue mich, mit Heinz Peter Volkert einen ehemaligen Präsidenten des Landtags bei uns begrüßen zu dürfen, ebenso wie Theo Magin, den Vorsitzenden der Vereinigung ehemaliger Abgeordneter. Seien Sie beide als deren Vertreter herzlich willkommen!

Ich freue mich natürlich, dass heute auch die jetzigen Mitglieder des Landtags vertreten sind. Stellvertretend für Sie alle begrüße ich Herrn Jochen Hartloff, den Vorsitzenden der SPD-Fraktion. Ich freue mich, dass Herr Schreiner für die CDU-Fraktion und Herr

Schmitz für die FDP-Fraktion hier sind. Ganz besonders freue ich mich natürlich, dass Frau Klamm, Herr Bauckhage und Herr Schnabel, die Vizepräsidenten des Landtags, bei uns sind. Außerdem sitzt hier eine ganze Regierungsbank in einer Fraktionsbank und eine ganze Stadtregierung ebenfalls in einer Fraktionsbank. Seien Sie alle herzlich willkommen!

Wir als Abgeordnete haben von Anfang an auf eine gute Verwaltung bauen können. Ich begrüße Frau Annemarie Holst-Steinel. Frau Holst-Steinel hat die Verfassung für uns getippt, als die Männer und Frauen diese Verfassung diskutiert haben. Sie hat der Landtagsverwaltung schon in Koblenz angehört, danach Jahrzehnte in Mainz.

Genauso freue ich mich, dass Herr Monsignore Klaus Mayer, ein Ehrenbürger von Mainz, bei uns ist. Ihr Beitrag hier im Plenarsaal am 27. Januar zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus hat uns tief beeindruckt. Wir freuen uns, dass wir Sie bei so guter Gesundheit bei uns sehen. Seien Sie herzlich willkommen!

Ich freue mich, neben Klaus Mayer auch die Ehrenbürger Professor Hermann Reifenberg und Karl Delorme begrüßen zu dürfen. Herr Reifenberg und Karl, willkommen!

Außerdem ist eine Persönlichkeit bei uns, die uns ebenfalls durch einen ergreifenden Vortrag am 27. Januar 2005 sehr bewegt hat, nämlich Professor Dr. Leo Trepp, ehemaliger Oberrabbiner und Zeitzeuge des 20. Jahrhunderts. Herr Trepp, willkommen!

Ferner begrüße ich die Zeitzeugin Susanne Hermans. Sie wird uns nachher beim Zeitzeugengespräch schildern, wie sie diese Zeiten erlebt hat, als es um die Frage „Koblenz oder Mainz?“ ging. Für manche Landeskinder aus dem Norden ist das vielleicht heute nicht so einfach, damals aber war es sicher sehr schwer.

Anton Maria Keim ist der zweite Teilnehmer des Zeitzeugengesprächs. 1950 war er Student an der Universität Mainz, die die Franzosen gerade gegründet hatten. Dabei hatten wir den Franzosen vorgeworfen: Kartoffeln wollen wir, keine Kultur! – Damit begrüße ich als dritten Teilnehmer des Zeitzeugengesprächs unseren Freund aus Frankreich, Herrn General Jean-Louis Brette. Seien Sie beide herzlich willkommen!

Lieber Herr Keim, was war damals wichtiger, Kartoffeln oder Kultur? Aus Ihrer Profession schließe ich: Kultur! – Herr Keim war langjähriger Kulturbürgermeister der Landeshauptstadt.

Die sogenannten „Kartoffel-Debatten“ wurden seinerzeit im Landtag geführt – sehr zum Leidwesen der Franzosen, die gar nicht verstehen konnten, dass dort ein so profanes Thema in den Mittelpunkt gestellt wurde. Ich freue mich, mit Herrn Brette den ehemaligen Oberkommandierenden der französischen Streitkräfte in Deutschland begrüßen zu dürfen. Er kennt Deutschland sehr gut. Nach dem aktiven Dienst als Offizier ist er nun einer der besten Förderer der rheinland-pfälzisch-burgundischen Freundschaft – und spricht Deutsch, als wäre es seine Muttersprache. Wunderbar, dass Sie gekommen sind!

Diese drei Zeitzeugen werden von zwei jungen Leuten, nämlich Lisa Weglinski und Lucas Schaal, befragt werden. Nun werden Sie sich fragen, meine Damen und Herren, wie die beiden denn zu dieser Ehre kommen. Sie waren die besten Debattierer beim Wettbewerb „Jugend debattiert“. Die eine war Landessiegerin, der andere sogar Bundessieger. Deswegen haben wir gedacht, dass wir einmal den Nachwuchs einsetzen und schauen, ob wir uns noch etwas abgucken können. – Seien Sie beide herzlich willkommen!

Als Teilnehmer der zweiten Gesprächsrunde begrüße ich jetzt noch einmal Sie, Herr Ministerpräsident, und Sie, Herr Oberbürgermeister Jens Beutel, sowie Herrn Professor Michael Kißener von der Gutenberg-Universität Mainz. Herr Professor Kißener

beschäftigt sich mit Zeitgeschichte. Insofern ist er der Richtige, um die Fragen zu beantworten, die in diesem Zusammenhang wichtig sind. Willkommen!

Dass wir Ihnen eben eine historische Rückblende im Film zeigen konnten, verdanken wir dem SWR. Frau Sanftenberg, als Landes-sendedirektorin, ich begrüße Sie und danke Ihnen, dass Sie uns das ermöglicht haben.

Sie haben viele gute Leute im Fernsehen und im Radio. Einen Ihrer besten Männer, Herrn Seidler, haben Sie heute mitgebracht. Er wird diese Veranstaltung moderieren. Willkommen!

Meine Damen und Herren, in Artikel 2 der Verordnung Nr. 57 zur Schaffung eines „rhein-pfälzischen Landes“ vom 30. August 1946 wurde festgelegt: „Als Hauptstadt dieses Landes wird Mainz bestimmt.“ Das war ein Befehl, eine Order. Sie enthielt keinen Hinweis auf irgendeine Möglichkeit oder etwas, was man nur vage ins Auge fassen sollte.

Warum beschäftigte man sich damals, vor über 60 Jahren also überhaupt mit der Hauptstadtfrage und führte eine äußerst kontroverse Hauptstadtdiskussion, da doch alles von den Franzosen vorbestimmt schien?

Sie haben eben die Bilder gesehen. In Koblenz war zur damaligen Zeit in einigen Bereichen die Lage besser als in Mainz. Daher hat man die Beratende Landesversammlung in Koblenz abgehalten.

Zum einen war es aufgrund der massiven Zerstörungen von Mainz ungemein schwierig, ja unmöglich gewesen, die Beratende Landesversammlung sowie die Beamten und deren Familien hier unterzubringen. Daher entschloss man sich gemeinsam mit den Franzosen für den vorläufigen Sitz Koblenz. Zum anderen hatten zu dieser Zeit wichtigere Fragen und Probleme Vorrang als ein möglicher Umzug von Parlament und Regierung:

In der Nachkriegszeit ging es teilweise um das blanke Überleben. Es ging um die Ernährung der Bevölkerung, um die Sicherung von Wohnung und Heizung für den Winter, um die Beschaffung von Arbeit für die Bevölkerung.

Am 3. November 1949 fiel dann im Deutschen Bundestag die Entscheidung für Bonn als Bundeshauptstadt. Diese Entscheidung vor Augen, machte man sich auch in Rheinland-Pfalz für eine endgültige Klärung von deutscher Seite über die Hauptstadtfrage stark. Souverän und ohne Einwirkung der Alliierten.

Dafür setzte sich besonders ein Koblenzer ein: Ministerpräsident Peter Altmeier. In zahllosen Treffen und Besprechungen mit den französischen Autoritäten sorgte er dafür, dass Artikel 2 aus der Verordnung Nr. 57 gestrichen wurde. Er machte dadurch den Weg frei für eine eigene souveräne Entscheidung des Landtags in der Hauptstadtfrage.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich deshalb auch auf die Tragweite des Hauptstadtbeschlusses für unser Land eingehen. Der Bestand des neu geschaffenen Landes Rheinland-Pfalz war seinerzeit alles andere als sicher. Man musste fürchten, dass das junge Land auseinanderbrechen würde. Es gab nicht wenige, die für Rheinland-Pfalz keine Zukunft sahen; das war kein Geheimnis.

Wie konnten solch verschiedene Regionen auch zusammenpassen? Gab es doch noch keinerlei gemeinsame Identität – wir haben eine solche gemeinsame Identität in den letzten 60 Jahren erst schaffen müssen und das ist gelungen. Damals aber war mit der Frage „Koblenz oder Mainz?“ auch die Frage „Rheinland-Pfalz, Ja oder Nein?“ verknüpft.

Die Entscheidung für Mainz als Landeshauptstadt war für den Fortbestand unseres Landes außerordentlich wichtig, denn das neu geschaffene Land Rheinland-Pfalz bestand aus Regionen, die aber noch nie in einem Land vereint waren. Zwischen ihnen

bestanden große wirtschaftliche und soziale Unterschiede. Daher war es sehr wichtig, einen Ausgleich zwischen den Regionen zu schaffen.

Mainz hatte dabei eine enorme „Klammerfunktion“ für die Pfalz und Rheinhessen, wie es Alfred Steger, damals liberaler Abgeordneter im Landtag, formulierte. Eine Klammer, die für Stabilität und Zusammenhalt steht. Der Hauptstadtentscheidung haben wir es letztlich auch zu verdanken, dass wir heute hier, in diesem wunderschönen Deutschhaus zusammenkommen dürfen. Auch ein Europa der Regionen, in dessen Herzen unser Bundesland heute liegt, war damals noch Zukunftsmusik. Für unsere polnischen Freunde begrüße ich sehr herzlich die Generalkonsulin der Republik Polen, Jolanta Róża Kozłowska. Es freut mich sehr, dass Sie wieder – nach unserer gelungenen gemeinsamen Veranstaltung zur Wiedervereinigung vor einem halben Jahr – unser Gast sind.

Meine Damen und Herren, seit dem 18. Mai 1951 tagt der Landtag also nun an diesem geschichtsträchtigen Ort in Mainz. Seitdem haben wir viel erreicht. Heute können wir sagen: Wir haben es geschafft, dass Rheinland-Pfalz ein Land geworden ist.

Peter Altmeier formulierte schon am 4. April 1950 in einer der Landtagsdebatten zur Hauptstadtfrage die Hoffnung, „daß diese Entscheidung sich auswirken möge zum Wohl von Volk und Land.“

Unserer Veranstaltung haben wir auch deshalb sehr gerne dieses Altmeier-Zitat vorangestellt, weil es zu diesen positiven Auswirkungen dank Peter Altmeier, aber auch dank der Generationen nachfolgender Politikerinnen und Politiker gekommen ist. Und vor allem dank der Menschen in Rheinland-Pfalz.

Ein bisschen unterscheiden wir uns natürlich immer noch. Ein Moselaner ist keiner vom Rhein, jemand vom Hunsrück ist auch keiner vom Westerwald und jemand aus der Vorderpfalz, dem

Garten von Rheinland-Pfalz, ist kein Pirmasenser. Das ist immer noch wahr. Daran ist aber auch viel Gutes, weil wir damit alle unsere Talente zusammenbringen können. Aber, meine Damen und Herren, wir sind ein Land geworden.

Letztlich aber bleiben wir den 42 Abgeordneten der CDU und SPD, die am 16. Mai 1950 durch ihren Initiativantrag im Landtag die Entscheidung zur Hauptstadtfrage herbeigeführt haben, besonders dankbar.

Um noch einmal auf das eingangs erwähnte sprachliche Bild von Eugen Hertel zurückzukommen: So schön das Bild scheint, aber: Der Apfel ist nicht einfach so vom Baum gefallen! Es bedurfte der Initiative dieser Abgeordneten, die erkannt haben, dass die Zeit reif war, ihn zu pflücken.

Die reiche Ernte – das ist ein Land Rheinland-Pfalz im Herzen Europas, auf das wir heute mit Recht stolz sein können!



Martin Seidler

Vielen Dank, Herr Mertes. – Wir haben also, wie wir gerade erfahren haben, heute Abend noch einiges vor. Zunächst ein hoffentlich spannendes Zeitzeugengespräch, bei dem viel Erfahrung auf jugendliche Neugier trifft. Darauf freue ich mich sehr.

Wir wollen uns aber auch musikalisch von einem Trio in die damalige Zeit mitnehmen lassen. Dazu begrüße ich zum einen Isabel Aguilera, Studentin an der Hochschule für Musik Mainz. Komplettiert wird das Trio durch gleich zwei Professoren, nämlich Benjamin Bergmann an der Violine und Wolfram Koloseus am Flügel. Sie nehmen uns jetzt mit auf eine Zeitreise. Genießen Sie „Der kleine Postillon“, ein Schlager-Potpourri der 50er Jahre!

(Musik: Schlager-Potpourri der 50er Jahre: „Der kleine Postillon“)

Vielen Dank, Isabel Aguilera, Benjamin Bergmann und Wolfram Koloseus!

Die Jugend von heute ist faul. Die hat Bock auf gar nichts. Von Zukunft halten die doch alle nichts. Nach eigener Geschichte oder Politik brauchst du gar nicht zu fragen; das kannst du gleich vergessen. – Ich freue mich, dass wir zwei junge Menschen hier haben, die uns das Gegenteil beweisen werden, und zwar mit ihrem Gespräch mit drei wirklich beeindruckenden Persönlichkeiten, die uns Herr Mertens gerade schon vorgestellt hat. Begrüßen Sie bitte herzlich mit einem motivierenden Applaus Lisa Weglinski aus Idar-Oberstein, Landessiegerin, und Lucas Schaal aus Koblenz, Bundessieger im Wettbewerb „Jugend debattiert“, die jetzt ein spannendes Gespräch führen werden!



ZEITZEUGENGESPRÄCH

Lisa Weglinski

Vielen Dank für diese nette Begrüßung, Herr Seidler. – Dann beginnen wir mit dem Zeitzeugengespräch, und zwar mit Monsieur le Général Jean-Louis Brette, dem ehemaligen Oberbefehlshaber der französischen Streitkräfte in Deutschland. In der Zeit um 1950 herum war er gerade Offiziersanwärter in Rastatt. – Herr Brette, wie würden Sie die deutsch-französische Lage zu der Zeit der Hauptstadtdiskussion in Rheinland-Pfalz beschreiben? Haben Sie in Rastatt etwas davon mitbekommen?

General Jean-Louis Brette

Einleitend möchte ich Sie in Erstaunen versetzen, und zwar mit einer Erinnerung an einen historischen amtlichen Text, nämlich die Verordnung 51/886 vom 9. Juli 1951. Artikel 1 dieser Verordnung lautet – es gibt nur einen Artikel –: „Ab der Veröffentlichung der vorliegenden Verordnung gelten die deutschen Staatsangehörigen nicht mehr als Feinde.“

Das war 1951. Trotzdem wurde eine der ersten deutsch-französischen Partnerschaften, vielleicht die erste, und zwar die Partnerschaft zwischen Ludwigsburg und Montbéliard, bereits 1950 geschlossen – zwischen Bannbrecher oder Verräter; für mich Bannbrecher. Wie Sie sehen, war die Lage der deutsch-französischen Beziehungen in den 50er Jahren kontrastreich.

Die Lage in Frankreich war nicht gerade solide, sondern labil. Als Ergebnis der inneren und äußeren Probleme fand der Umzug von Koblenz nach Mainz unbemerkt statt. Die Franzosen hatten ihre eigenen Probleme, Probleme mit dem Ausland usw.

Zu jener Zeit – wir hatten die Vierte Französische Republik – gehörten der Nationalversammlung 182 kommunistische Abgeordnete an. Damit waren 29 Prozent ihrer Mitglieder Kommunisten. Diese waren davon überzeugt, dass die Deutschen Feinde seien.

Es gab auch eine große Zahl von Problemen, die zu lösen waren. Zum Beispiel bestand das Problem Indochina. Mao Tse-tung triumphierte über Chiang Kai-shek. Anfang 1950 stand die chinesische Rote Armee an der Grenze. Ho Chi Minh hatte die Chinesen und auch die Sowjets als Helfer.

In Frankreich hatten wir während der fünf Jahre der Legislaturperiode zwischen November 1947 und Juli 1952 zwölf Regierungen. Manche davon waren nur einige Tage im Amt.

Ich will Ihnen noch eine Anekdote erzählen. Unter diesen Abgeordneten gab es Jacques Duclos. Er war Kommunist und nannte Robert Schuman „le Boche“. – Daran muss man sich erinnern, um die Lage in Frankreich zu jener Zeit richtig vor Augen zu haben. Wir hatten aber Glück; wir hatten Robert Schuman. Er blieb vier-einhalb Jahre lang Außenminister und hat für die deutsch-französischen Beziehungen viel getan. Für mich ist er die Quelle unserer guten Beziehungen.



Lucas Schaal

Jetzt übernehme ich einmal. – Frau Hermans, Sie brauche ich eigentlich gar nicht mehr vorzustellen; denn jeder von uns hier kennt wohl Susanne Hermans. Trotzdem mache ich es noch mit einem Satz. Sie sind Koblenzerin bzw. Gülserin mit Leib und Seele und waren von 1951 bis 1983 Abgeordnete in diesem Hause. – Im Vorfeld der Abstimmung über den Umzug nach Mainz waren Sie noch in Koblenz. Deshalb frage ich Sie – das ist auch für mich als Koblenzer interessant –: Wie war denn die Stimmung im Vorfeld in Koblenz, sowohl in der Koblenzer Bevölkerung als auch bei den Koblenzer Abgeordneten des Landtags?

Susanne Hermans

120 Jahre lang gehörten wir ja zur Rheinprovinz. So war es auf dem Wiener Kongress beschlossen worden. Wir haben uns in der Rheinprovinz sehr wohlgefühlt. Viele waren entsetzt, als sie hörten, dass wir fortan zu Rheinland-Pfalz gehören würden und Mainz die Hauptstadt werden sollte. So stand es ja in der Verordnung Nr. 57. Darin hatten die Franzosen festgelegt, dass Mainz Hauptstadt sein sollte.

Dann gab es aber die Entwicklungen, die Sie eben erwähnt haben, Herr Präsident. Außerdem wurde das Grundgesetz verabschiedet, in dem den Ländern zugesagt wurde, dass sie selbst bestimmen konnten. Damit war die Hauptstadtfrage Mainz eigentlich erledigt.

Aber ich kannte Herrn Ministerpräsidenten Altmeier sehr gut. Er hat sogar zu seiner Wahl – damals kam ich zum ersten Mal in den Landtag – in Mainz kandidiert und das Mandat 1951 in Mainz angenommen. Dass er das nicht in Koblenz getan hat, war manchen gar nicht recht. Er hat aber die Lage gesehen. Er war für Rheinland-Pfalz, und er glaubte, dass Rheinland-Pfalz nur bestehen kann, wenn Mainz die Hauptstadt ist.

Ich habe mich schon sehr früh politisch engagiert. 1946 bin ich in die Junge Union der CDU eingetreten und habe mich dort aktiv betätigt. Das Alter in der Jungen Union ging bis 40. Als ich meinen 50. Geburtstag feierte, hat der Fraktionsvorsitzende sich dafür entschuldigt, dass ich einen Blumenstrauß bekam; denn es gab nur wenige Jüngere. Die meisten waren viel älter als 50 Jahre. Es fehlte eine ganze Generation.

Mein Gebiet waren immer – sonst wäre ich auch nicht so lange in der Politik geblieben – die Sozialaufgaben. Dabei hatte ich gute Freunde, nämlich Frauen aus der SPD. Als wir einmal in Holland waren, um uns dort Einrichtungen anzusehen, hat der Finanzminister erklärt: Hätten die Frauen – ich sage jetzt nicht „Weiber“ – doch lieber eine Rundreise um die Welt gemacht, anstatt nur ein paar Tage nach Holland zu fahren; das wäre das Land viel billiger gekommen.

Ich hatte zum Beispiel zu der engagierten Sozialdemokratin Lucie Kölsch aus Worms ein gutes Verhältnis. Gemeinsam haben wir in der Sozialpolitik doch einiges bewegt.

Lisa Weglinski

Nun kommen wir zu unserem dritten und letzten Zeitzeugen, nämlich Herrn Dr. Anton Maria Keim. Er ist promovierter Historiker aus



Mainz sowie hiesiger ehemaliger Bürgermeister und Schul- und Kulturdezernent. – Herr Dr. Keim, in einem Artikel des Landtags wurden Sie schon als „Anwalt der Erinnerung“ bezeichnet. Wie war denn damals die Situation in Mainz im Vergleich zu Koblenz?

Dr. Anton Maria Keim

Es war eine triste Situation. Beispielsweise waren die Mainzer von dem Problem betroffen, dass man nur mit einem Passierschein über den Rhein fahren konnte. Als sie hörten, dass die Zonen-grenze durch das Herz der Stadt Mainz ging, jaulten die Mainzer Seelen wirklich auf. Noch viele Jahre danach hat ein Mainzer Oberbürgermeister, unser Freund Franz Stein, das Heile-Gänschen-Lied als das Lied einer zweigeteilten Stadt, durch die der Rhein als Grenze fließt, bezeichnet und Mainz als die genauso wie Berlin geteilte Stadt beklagt. Damit sprach er vielen Mainzern aus dem Herzen.

Dass die Bürger Kartoffeln statt Kultur wollten, wie vorhin gesagt worden ist, trifft allerdings nur in Maßen zu. In der Tat hatten die

Franzosen hier vorgeführt, dass sie selber am Hungertuch nagten, Herr Brette. Ich habe das noch in Erinnerung. Da ich für die Franzosen arbeiten durfte, konnte ich mich manchmal im Comptoir de l'Economat verköstigen. Es befand sich im heutigen Proviant-Magazin. Dort bekam man sogar Baguette – das war Weißbrot, das wir damals gar nicht kannten – und einiges andere mehr.

Ich erinnere mich auch sehr gut an den Besuch von Charles de Gaulle in seiner Eigenschaft als vorläufiger Staatspräsident. Dazu hatte er einige Hundert Bürgermeister, Honoratioren und Journalisten eingeladen. Aufgrund meiner Vergangenheit durfte ich daran teilnehmen. Wir standen vor dem Gebäude dort, das lange Zeit die Bundesbahndirektion beherbergte. Charles de Gaulle kam – im Gegensatz zu manchem westlichen Staatsmann heute – tatsächlich danach in einem offenen Jeep vorgefahren und grüßte. Vor und hinter ihm war jeweils ein Motorradfahrer in Uniform. Das war alles! So kam der erste französische Staatspräsident nach Mainz.

Dann fuhr er zum Fischtorblock, in der Nähe des Rheins, wo die Franzosen einige Häuser für ihre Verwaltung beschlagnahmt hatten – übrigens nicht blockweise, sondern wohnungsweise. Im Gegensatz zu den Amerikanern verfolgten sie ja keine Non-Fraternization-Policy, sondern haben ihre Besatzungsoffiziere bei den Mainzern wohnen lassen.

Ich stand damals gegenüber der Sparkasse Mainz. In der Nähe gab es eine Metzgerei, deren Spross sich zu Höherem berufen fühlte. Das war Otto Höpfner, der lange Zeit den Mainzern aus dem Herzen sprach und als Wirt vom „Blauen Bock“ bundesweit bekannt wurde. Als ich mit meinem Religionslehrer, Dr. August Schuchert, dort vorbeikam, sagte er: Du, Toni, eins will ich dir sagen: Wenn der de Gaulle jedem Meenzer eine Fleischwurst gibt, wollen wir morgen alle gern Franzosen sein.

Das war die Bewusstseinslage der einfachen Mainzer in einer Stadt, in der man vom Schillerplatz bis zum Dom und bis zum Rhein kein perfektes Haus sehen konnte. So war die Situation damals.

Kaum jemand glaubte übrigens daran, so wie mein Freund, der seinerzeitige Kulturdezernent Michel Oppenheim, als man vernahm, jetzt sei wieder eine Universität im Schwange – im Gegenteil! Selbst der damalige Oberbürgermeister Emil Kraus hat mir gegenüber gesagt: „Junger Mann, schreiben Sie lieber, dass die Mainzer keine Wohnungen haben. Woher wollen sie denn noch die Wohnungen für die Studenten und die Professoren nehmen? Das ist alles utopisch.“

Heute sage ich – manchen gegenüber vielleicht sogar ungeschützt: Alles, was Mainz nach 1945 an kulturellem Aufschwung erhalten hat, alles, was diese Stadt Mainz heute nicht nur lebenswert, sondern auch in der Welt bedeutend macht, ist ein Stück weit französisches Verdienst. Wir müssen nicht nur für die Universität dankbar sein, sondern auch für die Museen und die Schenkungen. Wer hat Mainz den ersten Picasso geschenkt, und zwar für das Landesmuseum, das es noch gar nicht gab? Das war ein französischer General. Wer hat die Mainzer gezwungen – ich weiß, welches Bauchweh damals auch mein Freund Karl Delorme hatte –, das Theater wieder aufzubauen? Das war die französische Besatzungsmacht. Sie hat auch noch vieles andere mehr getan. Lassen Sie mich nur noch wenige Beispiele nennen. Die Universität wurde von den Franzosen begründet – unter gewissem Zwang. Museen wurden eröffnet – bis 1962 auch unter einem gewissen französischen Zwang. Schließlich will ich noch die Akademie der Wissenschaften und der Literatur erwähnen – eine leibnizsche Gründung, auf die Preußen stolz war. Dabei haben wir mit Preußen ja nicht so viel im Sinn gehabt. Für uns war Koblenz preußisch. Preußen hat für uns in der Tat bei Bingerbrück begonnen.

Vieles von dem, was Mainz heute ist, verdankt es nicht zuletzt der Vollendung französischer Kulturpolitik mit Weitsicht und weit über das Nationaldenken hinaus.

Lucas Schaal

Vielen Dank, Herr Dr. Keim. – Herr Brette, Sie haben die Ausführungen von Herrn Keim über die deutsch-französischen Beziehungen und den Aufbau der Stadt Mainz gehört. Sie waren lange Zeit in Deutschland stationiert und haben auch ein sehr intensives Verhältnis zu Deutschland. Welche Ereignisse, die Sie in Deutschland erlebt haben, haben denn den Anstoß dafür gegeben, dass Sie sich jetzt so intensiv für die deutsch-französische Freundschaft einsetzen?

General Jean-Louis Brette

Ohne zu sehr zu übertreiben, kann man sagen, dass die Versöhnung schon am Ende des Krieges begann – verbunden mit Namen wie Joseph Rovau und Pater Jean du Rivau. Allmählich vergrößerte die Welle sich. Ich habe das von 1949 bis zum Ende 40 Jahre später erlebt. Für die Franzosen, insbesondere für die Wehrpflichtigen, die nach Deutschland kamen, war der Aufenthalt hier etwas Neues. Als sie in ihr Dorf oder ihre Stadt zurückkehrten, hatten sie eine andere Vorstellung von Deutschland.

Jetzt gibt es einen Verband der ehemaligen Angehörigen der französischen Streitkräfte in Deutschland und Österreich. Ich bin Ehrenpräsident dieses Verbands und habe mich dafür eingesetzt, dass jedes zweite Jahr der Kongress dieses Verbandes in einer ehemaligen Garnisonsstadt in Deutschland stattfindet, damit seine Angehörigen eine Rolle als Botschafter spielen. Vor einem Monat kam der Kongress in Bad Wildbad zusammen. Es gab 350 Teilnehmer. Wenn der Kongress in Frankreich stattfindet, gibt es 100 Teilnehmer. Die meisten der Teilnehmer in Bad Wildbad, nämlich ungefähr 70 Prozent, waren schon einmal in ihre ehemalige Garnisonsstadt zurückgekommen.



Nach meiner Überzeugung beruht die Freundschaft auf der Präsenz der Soldaten in Deutschland. Das war auch schon zur Zeit der Besatzung so. Ich begann als einfacher Soldat der Besatzungstruppen, und ich endete als Gastarbeiter bei Ihnen – allerdings als Chef der Gastarbeiter. Die Beziehungen wurden allmählich enger – allmählich.

Dieser Aufenthalt ist für mich der Aufenthalt der verpassten Gelegenheiten gewesen; denn wir alle – sowohl Sie, die Deutschen, als auch wir, die Franzosen – haben unsere Arbeit. Wir arbeiten und haben zu wenig Zeit, um miteinander zu sprechen, uns zu treffen usw. Das habe ich als einfacher Soldat von 1949 bis 1950, als Hauptmann von 1963 bis 1966 und als Oberst in Freiburg von 1976 bis 1978 bemerkt. Am Ende war ich an der Spitze und konnte ein Drittel meiner Zeit den deutsch-französischen Beziehungen widmen. Ich habe meinen Mitarbeitern – den Divisionskommandeuren, Regimentskommandeuren usw. – gesagt, dass sie enge Kontakte haben müssen; denn sie bauen die Zukunft. Heute basiert das alles leider nur noch auf unserer Deutsch-Französischen Brigade. Sie ist für mich ein Kleinod. Ich war quasi der Pflegevater.



Lisa Weglinski

Dankeschön für diese ausführliche Antwort. – Frau Hermans, fallen Ihnen in Bezug auf die Hauptstadtfrage denn konkrete Diskussionen zwischen Peter Altmeier und Ihrem späteren Ehemann Hubert Hermans ein?

Susanne Hermans

Oh ja. Mein verstorbener Mann hat ja zusammen mit Frau Rothländer und Herrn Junglas bei der ersten Abstimmung gegen ihn gestimmt, nämlich für Koblenz und nicht für Mainz. Herr Altmeier war empört, dass drei seiner ihm Unterstellten gegen ihn gestimmt hatten. Es gab also harte Auseinandersetzungen. So war es damals.

Im Juli 1946 wurden die Amerikaner zurückgezogen und die Franzosen kamen. Man muss bedenken, dass Frankreich zweimal in 30 Jahren von den Deutschen besetzt war. An der zweiten Besetzung war eindeutig Hitler schuld. Ich habe von den Franzosen auch gehört, dass sie in dieser Zeit noch Lebensmittelkarten

hatten und in Frankreich vor großen Schwierigkeiten standen. Deshalb ist es durchaus nachvollziehbar, dass wir nicht so gut behandelt wurden. Ich kämpfte damals mit um einige Gesetze, die es in Frankreich noch gar nicht gab, obwohl die Franzosen den Krieg gewonnen hatten. Das war schwierig.

Auf einmal wurde es dann aber anders. Ich denke noch daran, dass wir von der Jungen Union von den Franzosen eingeladen wurden. Die französischen Politiker hatten nämlich festgestellt, dass sie mit den Deutschen Frieden schließen müssen. Ich war sehr oft mit jungen Leuten von der Jungen Union eingeladen. Dabei musste ich natürlich auch auf sie achtgeben, damit sie den Gefahren des Vin de Pays nicht verfielen – ja, das hat geklappt! Sie haben auf mich gehört. Ich war ja älter. Darunter waren junge Leute wie Helmut Kohl und Heinz Schwarz.

Lucas Schaal

Nun kommen wir zur abschließenden Frage an Sie, Herr Dr. Keim. Sie haben eben den Aufbau von Mainz durch die Franzosen positiv erwähnt. Als dann die Entscheidung getroffen war, dass Mainz Hauptstadt wird, und die Abgeordneten am 18. Mai 1951 hier ihre Arbeit aufnahmen: Wie hat das das Mainzer Stadtbild verändert und vielleicht auch die Mainzer Seele ein bisschen erfreut?

Dr. Anton Maria Keim

Man kann nicht von Freude reden; denn es kamen ja viele Preußen nach Mainz.

Für die Mainzer war das schon befremdlich; denn diese Leute konnten sich beispielsweise nicht so gut in den Mainzer Kneipen der Altstadt assimilieren, weil sie abends nach Hause fuhren. Es wird ja immer wieder die Mär erzählt, dass Herr Altmeier brav jeden Abend nach Koblenz nach Hause gefahren ist und morgens wieder zurückkam. Den Mainzern war das damals aber relativ egal. Sie hatten ganz andere Probleme, nämlich den Wiederaufbau. Es war schwierig.



Zu dieser Zeit ging durch die Seelen unserer jungen Leute ein Schnitt, weil die Franzosen das sogenannte Zentralabitur befohlen hatten. Das Zentralabitur – ich habe es selbst abgelegt – war ein Punkteabitur nach dem Concours-System. Man musste eine Zwei plus oder eine Eins haben, um zur Hochschule zugelassen zu werden. Das Zentralabitur ist 1951/52 wieder abgeschafft worden, weil man gesehen hat, dass das nicht gutgehen kann.

Dass es in Mainz wieder eine Universität gab, an der auch Arbeitersöhne wie ich studieren konnten, war aber schon ein großes, gewaltiges Ereignis. Dadurch wurde übrigens auch die Kulturlandschaft in Mainz sehr beflügelt. So fanden beispielsweise die ersten Symphoniekonzerte in der Mensa der alten Universität statt.

Und wenn jemals eine Umwandlung und Pazifizierung einer Kaserne in hervorragender Art und Weise stattgefunden hat, dann haben die Franzosen dieses Kunststück bei der Hermann-Göring-Kaserne fertiggebracht. Sie haben sie nämlich in einen zivilen Kulturort überführt – dem man in den 50er Jahren eine

Zeit lang keine großen Chancen mehr gegeben hat; das darf man auch nicht vergessen. Von der rechten Rheinseite kamen immer wieder Unkenrufe: Dieses Element der französischen Kulturpolitik wird nicht ewigen Bestand haben. – Es hat! Und es hat auch ein Stück zur Versöhnung zwischen Deutschland und Frankreich beigetragen.

Ich gehörte zu der ersten Gruppe, die 1949/50 für einige Wochen nach Paris gebracht wurde, um an der Sorbonne Vorträge von Germanisten in deutscher Sprache zu hören. So waren die Franzosen eben. Das war erstaunlich. Es hat auch ein Stück der Affinität der linksrheinischen Deutschen zu den Franzosen begründet – die natürlich auch schon „Tirage du Roi“ liebten. Bereits im Oktober 1945 ist einigen Mainzer Karnevalisten von einem französischen General befohlen worden – Sie können das in Erinnerungen nachlesen –: Ihr macht nächstes Jahr Fassenacht, oder ich hole ein Ensemble aus dem Elsass, das hier Alemannische Fasnet veranstaltet.

Die Mainzer – Seppel Glückert war damals noch dabei – haben sich im Mainzer Rat mit Schmerzen dafür entschieden, doch eine Fassenacht zu machen – wenn auch über Trümmern; noch lagen ja Tote im zerbombten Mainz. Das war aber auch der Beginn des Verständnisses für eine Fröhlichkeit und für eine Mentalität, wie sie die Amerikaner rechts des Rheines nicht vorfanden. Nun waren die Amerikaner damals auch in Wiesbaden.

Lange Zeit brauchte man einen Passierschein und einen Pass, um bei der Kaiserstraße über die Brücke zu gehen.

Folgendes habe ich auch noch in Erinnerung: Am 1. Januar 1950 weigerten sich hier auf dem Boden des jungen Rheinland-Pfalz die Gastwirte und die Bäcker zum ersten Mal, Lebensmittelkarten anzunehmen. Die Franzosen duldeten es und sagten: Dann schaffen wir sie ab. – Fertig! Damit war das Ende der Ernährungsämter und der Bewirtschaftung auch durch Besatzungsrecht erreicht.



Martin Seidler

Ich bedanke mich ganz herzlich. Vielen Dank, Susanne Hermans!
Vielen Dank, Anton Maria Keim! Merci, Jean-Louis Brette! – Gratulation, Lisa Weglinski und Lucas Schaal!

Bei uns geht es jetzt musikalisch weiter. In den 50er Jahren waren auch verdammt viele Käfer unterwegs. Sie rollten und rollten und rollten und rollten gerne gen Süden. Zum ersten Mal wieder Urlaub, und dann auch noch mit dem eigenen Auto! Am liebsten fuhr man in das Land, in dem die Zitronen blühen: Bella Italia! Davon erzählt uns jetzt unser musikalisches Trio des heutigen Abends. Ich wünsche Ihnen viel Freude mit „Wenn in Florenz die Rosen blühen“!

(Musik: Konzertpotpourri: „Wenn in Florenz die Rosen blühen“)

Vielen Dank, Isabel Aguilera, Benjamin Bergmann und Wolfram Koloseus!



GESPRÄCHSRUNDE
ZU TRAGWEITE UND WIRKUNGEN
DER
HAUPTSTADTENTSCHEIDUNG

Martin Seidler

Jetzt darf ich Herrn Ministerpräsidenten Kurt Beck, Herrn Oberbürgermeister Jens Beutel und zur historischen Unterstützung Herrn Professor Dr. Michael Kißener zu mir bitten. – Wir haben heute schon viel über die Hauptstadtentscheidung für Mainz gehört. War Peter Altmeier als Baumeister von Rheinland-Pfalz jemand, der auch aus historischer Sicht die Zeichen der Zeit richtig erkannt und auch ein Stück weit in die Zukunft gesehen hat?

Prof. Dr. Michael Kißener

Sicherlich ist Peter Altmeier eine sehr wichtige Figur für diesen Hauptstadtbeschluss und seine Durchsetzung gewesen. Freilich hat es eine ganze Menge wichtiger Akteure gegeben, die sich in Bezug auf den Hauptstadtbeschluss und seine Umsetzung Verdienste erworben haben.



In erster Linie möchte ich hier sogar die französische Besatzungsmacht nennen. Obwohl man sich in Frankreich zu dieser Zeit vielleicht ganz andere Gedanken gemacht hat, Herr General, wussten

die Emissäre Frankreichs vor Ort genau, was hier umzusetzen war. Der spätere französische Botschafter François Poncet, General Hettier de Boislambert – das war der militärische Vertreter Frankreichs hier – oder auch der Pfälzer André Favereau haben sehr darauf gedrängt, dass die Verordnung Nr. 57 auch wirklich umgesetzt wird. Sie haben erheblichen politischen Druck ausgeübt, um das zu ermöglichen. Dem unterlag auch Peter Altmeier.

Der Landtag mit seinen Parteien hat hier aber auch entsprechend gewirkt. Auf der einen Seite waren es nicht nur CDU-Abgeordnete, sondern auch einige Sozialdemokraten, die diese Entscheidung mitgetragen haben. Auf der anderen Seite gab es auch einige CDU-Leute, die sie nicht mittragen wollten. Ich nenne nur Herrn Wuermeling von der CDU, der sich auf die Schenkel geklopft hat, als bei der ersten Abstimmung das Ganze nicht funktioniert hat und ein Patt zustande kam. – Hier waren also zahlreiche Akteure von Bedeutung.

Martin Seidler

Herr Beck, wie wichtig war aus Ihrer Sicht die Entscheidung für Mainz damals – auch im Hinblick auf die Identifikation der Menschen im Land mit ihrem neuen Bundesland?

Ministerpräsident Kurt Beck

Man muss das Ganze aus der damaligen Zeit heraus verstehen. Heute würde man jungen Menschen – Gott sei Dank – gar nicht mehr erklären können, warum es in Rheinland-Pfalz diese Spannungen gegeben hat. In der damaligen Zeit war es aber in der Tat notwendig, die Landeshauptstadt ungefähr in die Mitte des Landes zu rücken. Sicherlich hat man von französischer Seite auch eine Lösung gesucht, mit der man etwas näher an Frankreich herangerückt ist. Ein bisschen hat man dabei wohl sicher auch die Abgrenzung zur amerikanischen Besatzungszone im Auge gehabt. Alle diese Gedanken mögen eine Rolle gespielt haben. Insoweit glaube ich: Die Entscheidung ist getroffen, und es ist gut, dass es heute so ist.

Martin Seidler

Wie war es denn, damals bei Ihnen zu Hause in Steinfeld an der Südlichen Weinstraße zu hören, dass das ferne Mainz jetzt Landeshauptstadt wird? Darüber wurde doch sicherlich viel gesprochen.

Ministerpräsident Kurt Beck

Ich war zu klein, muss ich sagen.

Martin Seidler

Am Anfang schon; das ist klar – aber später?

Ministerpräsident Kurt Beck

Zu einem späteren Zeitpunkt war das eher schon eine Selbstverständlichkeit. Die Leute in der Südpfalz haben sich darüber wenig Gedanken gemacht. Eine größere Rolle spielte bei uns



die Frage, wann man endlich wieder über die Grenze zu den Nachbarn nach Frankreich darf. Wir mussten als Kinder immer einen Kinderausweis – ein großes Papier – mitführen; denn wenn man mit dem Fahrrad mal über eine der Brücken gefahren ist

und Pech hatte, wurde man aufgegriffen und dann mit Schimpf und Schande bei den Eltern abgeliefert. Es war also eher die unmittelbare Nachbarschaft, die noch von diesen Spannungen gekündet hat.

Die Leute waren mit dem Aufbau beschäftigt. Schließlich lagen wir unmittelbar an der Grenze. Der Westwall ist mitten durch meinen Heimatort gegangen. Alles war zerstört. Hinzu kommt Folgendes: Weil dieser unmittelbare Grenzbereich eine Zeit lang Niemandsland hatte werden sollen, durften die Menschen, die evakuiert worden waren, erst ein Erntejahr verspätet wieder heimkehren. Sie hatten zwei Evakuierungen hinter sich – die erste, als 1940 Frankreich überfallen wurde, und die zweite, als die Alliierten kamen. Folglich hatten sie auch nichts zum Tauschen. Sie waren in einer elenden Situation. Es war also viel nachzuholen und aufzuholen. Daher war ihnen die Hauptstadtfrage nicht so sehr nah.

Ich selber habe den Landtag Rheinland-Pfalz und diesen Raum hier zum ersten Mal besucht, als ich 1964 als Lehrling mit einer Gruppe mitfahren durfte, die zu einer Landtagsbesichtigung eingeladen war. So schwülstig, wie er damals war, habe ich ihn dann als junger Abgeordneter 1979 vorgefunden.

Martin Seidler

Herr Beutel, war aus Ihrer Sicht die Entscheidung, dass Mainz Landeshauptstadt wird, für Mainz selbst sehr wichtig?

Oberbürgermeister Jens Beutel

Ja, natürlich war sie sehr wichtig und offensichtlich haben Mainz und der Landtag 1964 auf junge Lehrlinge einen solchen Eindruck gemacht, dass sie später wiederkommen wollten. So war das auch mit der Stadt Mainz; denn in der Tat war Rheinland-Pfalz ein Land aus der Retorte. Die Rheinländer hatten mit den Pfälzern nichts gemein, weder von den Mentalitäten noch von der Historie her. Dazwischen lagen dann die Meenzer, die

Rhein Hessen. Das war sicherlich einer der Beweggründe, Mainz zur Landeshauptstadt zu machen. Mainz ist natürlich auch die größte Stadt dieses Landes. Meines Erachtens gehört es mit dazu, dass eine Hauptstadt die größte Stadt ist. Ich erinnere nur daran, dass Düsseldorf und Wiesbaden Akzeptanzprobleme hatten, weil sie nicht die größten Städte in ihrem jeweiligen Bundesland sind.



Vieles von dem, was es in diesem Retortenland Rheinland-Pfalz gab, haben wir natürlich auch wie einen Nukleus bei uns gehabt. Ich nenne, um einmal nach Koblenz zu gehen, die militärische Tradition. Ich nenne, um einmal nach Trier zu gehen, die römische Tradition. Mit den Pfälzern sind wir sehr eng durch die Frankophilie verbunden; seit vielen Jahrhunderten wurden wir auch immer wieder durch die Franzosen geprägt. Was uns alle miteinander verbindet, ist natürlich der Wein. Die Rheinland-Pfälzer haben in der Stadt Mainz also eine Identifizierung mit diesem Land vornehmen können. Diese Identifizierung hat auch ganz wesentlich zum Charakter dieses Landes beigetragen.

Für die Stadt Mainz war es natürlich eine gute Entscheidung; denn das Selbstbewusstsein der Stadt Mainz lag am Boden. Über 150 Jahre hatten wir Darmstadt als Hauptstadt und Mainz war Provinzstadt in Hessen. Dann haben wir die furchtbare Zeit des Nationalsozialismus durchgemacht. Danach mussten wir – Toni Keim hat das gerade schon geschildert – die Abtrennung von immerhin 52 Prozent des damaligen Stadtgebietes hinnehmen. Die Mainzer waren wirklich am Boden. Die Entscheidung für Mainz als Landeshauptstadt hat – neben der Gründung der Universität – wieder stark zu ihrem Selbstbewusstsein beigetragen.

Martin Seidler

Die Universität Mainz haben Sie als Achtundsechziger dann auch richtig miterlebt. – War es wirklich so entscheidend, dass die Universität schon ganz kurz nach dem Zweiten Weltkrieg wieder eröffnet wurde?

Prof. Dr. Michael Kißener

Ja, ganz sicher. Die Universitätsgründung steht ja in einer langen Tradition französischer Politik am Rhein. Die Franzosen haben 1798 die alte Universität geschlossen. 1946 haben sie sie dann wieder eröffnet und damit schon einen Anstoß gegeben, hier in Mayence ein Zentrum der französischen Politik am Rhein zu schaffen, um, wenn Sie so wollen, einen Fuß in der Tür eines vielleicht wieder entstehenden Deutschlands auf föderaler Grundlage zu haben. Es war sicherlich eine ganz bewusste Entscheidung, dies hier nach Mainz zu tun. Die Universität war dabei der erste Schritt.

Martin Seidler

Davon gingen sicherlich einige Impulse für die Universitätslandschaft in unserem Land aus, was die Universität Koblenz-Landau oder auch die verschiedenen Fachhochschulen betrifft.

Prof. Dr. Michael Kißener

Das sind spätere Entwicklungen gewesen. Über viele Jahre hinweg ist Mainz die einzige wirkliche Hochschule im Land gewesen.



Die Ausbauphase begann erst Ende der 60er Jahre, als man merkte, dass Studienplätze fehlen. Dabei haben aber auch noch viele andere Dinge eine Rolle gespielt.

Martin Seidler

Gerade hat Herr Beutel schon das Identifikationsstiftende von Mainz angesprochen. Lassen Sie uns noch einmal auf die Identifikation mit dem Land eingehen. Was half dabei, Rheinland-Pfalz ein bisschen weiter in die Köpfe zu bringen? Diesen Ball – besser gesagt: den Fußball – würde ich gerne zu Ihnen spielen, Herr Beck.

Ministerpräsident Kurt Beck

Ich weiß nicht, ob es wirklich der Fußball gewesen ist; denn dort gab es noch eine ganze Zeit lang eine Teilung zwischen Pfälzisch und Preußisch. Nach und nach haben die Menschen aber doch verstanden, dass es keinen Sinn hat, in einem dauernden Provisorium zu leben und ständig im Unklaren zu sein: Kommt etwas Neues, oder bleibt dieses Land zusammen?

Dann gab es in den unterschiedlichen Teilen des Landes die Volksabstimmungen, die pro Rheinland-Pfalz ausgefallen sind. Wenn man die allgemeine Stimmungslage – man kann es heute nachlesen –, die auch von den Medien vermittelt worden ist, wahrgenommen hat, hätte man eher erwartet, dass es anders ausgeht; angefangen beim Blauen Ländchen bis hin zu anderen Teilen des Landes, in denen man dann doch pro Rheinland-Pfalz entschieden hat. Das war die Grundlage dafür, dass das Land die Chance bekommen hat, zusammenzuwachsen und Zug um Zug auch eine eigene Identität zu bekommen.

In diesem Zusammenhang ist es eine neue Chance – ich will das unterstreichen, was der Landtagspräsident gesagt hat –, dass die unterschiedlichen Teile des Landes ihre Identitäten behalten haben. Heute verlangt man uns ohnehin eine Reihe von Identitäten ab. Man bleibt Eifeler, Westerwälder, Pfälzer, Rheinhesse, Hunsrücker oder Moselaner und ist gleichzeitig Rheinland-Pfälzer, Deutscher und Europäer. Solche Identitätsüberschneidungen tun heute nicht nur nicht weh, sondern sind Teil eines Sich-Öffnens in die Zukunft hinein. Umgekehrt gilt: Je mehr uns abverlangt wird, über Nationen und Kontinente hinauszublicken, umso wichtiger ist es, dass die Menschen in ihrer Kommune, aber auch in ihrem Land daheim sind und so auch festen Boden unter den Füßen wähen, damit sie den Kopf frei genug haben, um sich wirklich auf diese globalen Entwicklungen einzustellen.

Martin Seidler

Ich würde gerne noch einmal die wirtschaftliche Situation ansprechen. Inwieweit hat Mainz auch insofern davon profitiert, Landeshauptstadt geworden zu sein, als dass sich Wirtschaftsunternehmen verstärkt für Mainz interessiert haben, sodass hier auch Ansiedlungen vorgenommen werden konnten, die im Nachhinein vielleicht als Glücksfall bezeichnet werden können?



Prof. Dr. Michael Kißener

Mit Sicherheit hat Mainz auch wirtschaftlich vom Hauptstadtbeschluss profitiert, wenngleich man im Jahr 1950 noch nicht mit Sicherheit sagen konnte, ob Schott zwei Jahre später hier einen Standort aufbauen würde und dann zu einem so prosperierenden Unternehmen werden würde. Für die 50er Jahre spielt das, was Herr Oberbürgermeister gesagt hat, die entscheidende Rolle. In der Tat litt man sehr darunter, dass die rechtsrheinischen Teile verloren waren – und damit das gesamte Industriepotenzial. In den 60er Jahren hat Mainz allerdings wirklich aufgeholt. Dann kamen die größeren Ansiedlungen, ob es nun IBM und Nestlé waren oder als ganz bedeutender Schritt für Mainz die Ansiedlung des ZDF, die nun auch wieder etwas mit dem Gründungsvater zu tun hat.

Martin Seidler

Die 50er Jahre waren die Zeit des Wirtschaftswunders. Ein Zeichen des beginnenden Wohlstands war der erste eigene Fernseher zu Hause. Rheinland-Pfalz hat gleich einen ganzen Sender

geschenkt bekommen. Im Nachhinein kann man doch sagen, dass die Ansiedlung des ZDF ein ganz zentraler Punkt für Rheinland-Pfalz war.

Ministerpräsident Kurt Beck

Dabei handelt es sich in der Tat um einen großen Glücksfall. Das darf ich so sagen und allen, die damals mitgewirkt haben, meine Anerkennung aussprechen. Es war ja so, dass am Anfang noch aus Baracken in Wiesbaden gesendet worden ist und man erst später auf den Lerchenberg wechselte. Das Ganze war also sicher nicht so stabil. Es hat dieser Stadt aber ein Gepräge gegeben und auch Auswirkungen gehabt. Die Mainzelmännchen, die seinerzeit erfunden worden sind, waren eben Mainzelmännchen, und man hat von Kindesbeinen an das Zweite Deutsche Fernsehen mit Mainz identifiziert. Wenn man so etwas über Werbung erreichen wollte, könnte man das gar nicht bezahlen.

In gleicher Weise gilt das für manches andere – sicher auch für die Meenzer Fassenacht, die ihre frühe Wiederbelebung auch einem französischen Impuls zu verdanken hat, wie wir von Toni Keim gehört haben.

Das war natürlich auch für das ganze Land gut. Die Landeshauptstadt, die immer ein Aushängeschild für das gesamte Land ist, hat damit einen wichtigen Beitrag für seine Bekanntheit geleistet.

In diese Reihe gehören auch sportliche Ereignisse. In Mainz ist das nicht zuletzt die Leichtathletik. Hiesige Leichtathleten haben große Erfolge errungen, noch bevor der 1. FSV Mainz 05 so erfolgreich gewesen ist. Darüber hinaus will ich die großen Sportfeste in Koblenz in Erinnerung rufen. Natürlich gehört auch der 1. FC Kaiserslautern dazu. Der Nürburgring und die Loreley spielen ebenfalls eine wichtige Rolle. Das sind Identifikationsmomente. Wenn man solche Dinge im Ausland anspricht, erinnern sich die Leute daran und können damit auch eine Einordnung dieses Landes vornehmen.



Martin Seidler

In Anbetracht der doch ein wenig fortgeschrittenen Zeit schlage ich vor: Lassen Sie uns ein Fazit ziehen, was dieser 60. Geburtstag der Landeshauptstadt Mainz für das Land gebracht hat. – Wie sieht die Bilanz des Historikers aus?

Prof. Dr. Michael Kißener

Die Entscheidung, nach Mainz zu ziehen, war für die Stadt essenziell wichtig und hat mehr oder weniger den Startschuss für die Entwicklung von Mainz gegeben. Die Entscheidung, hierhin zu ziehen, war für das Land extrem wichtig, weil es eines der ersten wichtigen Signale war, dass dieses Land Bestand hat. Man gibt nicht Geld für einen Umzug aus, wenn man davon ausgeht, dass dieses Land bald aufgelöst wird. Die Entscheidung, nach Mainz zu ziehen, hat aber auch eine ideengeschichtliche Bedeutung dahin gehend, dass damit ein klares Bekenntnis zu den Werten des neu zu schaffenden Europas erfolgt ist. Diese Westorientierung ist dann auch ganz kontinuierlich vom Land Rheinland-Pfalz gelebt worden. In diesem Zusammenhang kann man sicherlich

sagen, dass Rheinland-Pfalz eine besondere Bedeutung für die Einfügung Deutschlands in die Europäische Gemeinschaft und in die europäischen Strukturen hat – schon allein durch die extremen und intensiven Aussöhnungsbemühungen, die Rheinland-Pfalz mit dem Nachbarland Frankreich durchgeführt hat.

Martin Seidler

Herr Oberbürgermeister?

Oberbürgermeister Jens Beutel

Ich glaube, dass beide profitiert haben. Wir Mainzer haben – neben der Wiederbegründung der Universität – mit der Bestimmung zur Landeshauptstadt nicht nur Selbstbewusstsein gewonnen, sondern natürlich auch einen Startschuss für die Stadtentwicklung bekommen. Die Verkehrsinfrastruktur wurde enorm verbessert – gerade in den ersten Jahren nach der Bestimmung zur Landeshauptstadt. Wir haben auch die Menschen integriert, die hierher gekommen sind – viele aus Koblenz – und jetzt in Mainz wohnen. Sie wurden aber nicht nur integriert, sondern waren natürlich auch eine Belebung. Die Menschen, die mit der Landesregierung hierher gezogen sind, haben die Kultur bereichert; denn sie brachten neue Ideen mit und haben auch die Breite für Kultur sehr viel größer gemacht. Das hat sich dann als sehr positiv erwiesen.

Für mich ist immer noch erstaunlich – Toni Keim hat es vorhin erwähnt –, dass in einer Zeit, in der niemand etwas hatte, das Mainzer Stadttheater, wie es damals noch hieß, wieder aufgebaut worden ist – in einer Zeit, in der man gar nicht wusste, wie das gehen sollte. Heute, wo die Finanzen der Städte auch nicht gut sind, denke ich manchmal daran, was damals alles erreicht worden ist.

Dazu braucht man Ideen – Ideen im Sinne einer Leitidee, einer Ahnung. Jetzt sind wir Rheinland-Pfälzer. Das ist das, was gewachsen ist. Vor 60 Jahren war es unvorstellbar, dass man ein

solches Bewusstsein hatte – eine gewisse Leitidee, die auch den Weg nach Europa widerspiegelt und hier insbesondere den Weg nach Frankreich. Das ist den Mainzern natürlich auf den Leib geschrieben.

Martin Seidler

Herr Ministerpräsident, auch von Ihnen würden wir gerne noch eine kurze Bilanz hören. Welche Bedeutung hat die Tatsache, dass Mainz seit 60 Jahren Landeshauptstadt von Rheinland-Pfalz ist, für das Land? Vielleicht können Sie in diesem Zusammenhang auch schon einen kleinen Blick voraus auf die Aufgaben von Mainz und Rheinland-Pfalz im Hinblick auf den Bund und natürlich auch, wie es gerade schon mehrfach anklang, Europa werfen.

Ministerpräsident Kurt Beck

Mainz hat seine Rolle angenommen und etwas daraus gemacht. Die Entwicklungen sind auch dadurch gefördert worden, dass derjenige, der Mainz besucht und hier den Kontakt mit den Menschen herstellen will, es ganz besonders leicht hat. Das höre ich immer wieder. Vor wenigen Tagen hatte ich gemeinsam mit Frau Ministerin Ahnen ein Gespräch mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Dort hat die Leiterin eines Instituts berichtet, dass sie sich sofort angenommen, dazugehörend und mit einbezogen gefühlt haben, als sie hierher kamen. Wenn irgendwo die Integration von Menschen, woher auch immer sie kommen, leicht gelingt, dann kann man das sicher von Mainz sagen. Das hilft sehr. Es hat stark dazu beigetragen, dass Leute sich hier immer wohlfühlt haben. – Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt ist, dass Mainz neben seiner kulturellen Bedeutung auch durch die Hochschulen, wie man inzwischen ja formulieren darf, Ausstrahlung hat. Außerdem ist der von allen Verantwortlichen über diese 60 Jahre hinweg unternommene Versuch, den Blick zu heben und Rheinland-Pfalz in seiner Bedeutung im Reigen der deutschen Länder, aber auch im Reigen



europäischer Regionen zu einer Größe und einem Partner zu machen, von der Landeshauptstadt in wunderbarer Weise mit getragen worden. Wenn man jemanden nach Mainz einlädt, sei es aus Ruanda oder aus den USA oder aus irgendeinem anderen Land der Welt – aus Frankreich ohnehin –, fühlen sich die Menschen hier deshalb sehr schnell wohl. Das erleichtert auch diesen Blick nach vorne.

Es geht zudem meines Erachtens drittens darum, auf gute Ausbildung der jungen Menschen zu setzen und die soziale Dimension unseres Zusammenlebens zu betonen. Wichtig ist, dass Menschen etwas miteinander zu tun haben wollen. Das spürt man geradezu, wenn man in Mainz unterwegs ist. Das sollten wir miteinander kombinieren, um auf diese Art und Weise im Ökonomischen wettbewerbsfähig zu bleiben, aber auch einen eigenen Weg zu gehen – einen Weg, bei dem man Kultur und die soziale Dimension des Zusammenlebens mit dem Ökonomischen in einen vernünftigen Einklang bringt und auch berücksichtigt, wie groß unsere Verantwortung für unsere natürlichen Lebensgrund-

lagen ist. Wenn das von der Stadt mit repräsentiert und in Zukunft von uns gemeinsam ausgestrahlt werden kann, dann ist mir um unsere Zukunft nicht bang.

Martin Seidler

Mir bleibt, Ihnen herzlich Danke zu sagen. – Ich finde es sehr schön, dass die Offenheit und Bereitschaft zur Freundschaft der Mainzer und der Rheinland-Pfälzer immer wieder deutlich wird. Bei Ihnen klang das auch schon oft an. Das Thema Freundschaft ist für mich an dieser Stelle ein ganz wichtiger Faktor. Ich glaube auch, dass die Hoffnung von Peter Altmeier, die er vor 60 Jahren formuliert hat, „daß diese Entscheidung sich auswirken möge zum Wohl von Volk und Land“, tatsächlich Wirklichkeit geworden ist. Es gibt also viele Gründe – Sie sprachen es an –, positiv in die Zukunft zu blicken.

Daher freue ich mich eigentlich schon auf die Feier in zehn Jahren zum 70. Jahrestag. Vorher laden Herr Mertes, Herr Beck und Herr Beutel Sie aber noch ganz herzlich zu Weck, Worscht und Woi sowie anderen Mainzer Spezialitäten ein.

Noch einmal vielen Dank – auch im Namen der Gastgeber – an Isabel Aguilera und Benjamin Bergmann an der Violine sowie Wolfram Koloseus am Flügel!

Zum Schluss auch noch einmal ein ganz herzliches Dankeschön an Sie drei als Zeitzeugen dafür, dass Sie heute die Zeit für uns gefunden haben, an Sie beide, Frau Weglinski und Herr Schaal, für das Gespräch!

Gestatten Sie mir abschließend noch den Hinweis, dass die bereits angesprochene Ausstellung der Originaldokumente aus den 50er Jahren durch Fotos von Philipp Münch, der auch bei uns zugegen ist, aus dem Mainz der 50er Jahre ergänzt wird.



FOTOGRAFIEN AUS DEM MAINZ
DER NACHKRIEGSZEIT VON
PHILIPP MÜNCH UND DOKUMENTE
DES WIEDERAUFBAUS

AUSSTELLUNG IN DER LOBBY DES
LANDTAGS VOM 17. BIS 21. MAI 2010



Begleitend zur Festveranstaltung „60 Jahre Hauptstadtbeschluss des Landtags“ fand in der Lobby des Deutschhauses eine Ausstellung mit historischen Dokumenten, Protokollen und Zeitungen zur Hauptstadtfrage statt. Einen zentralen Bestandteil bildeten die beeindruckenden Fotografien von Philipp Münch, die das Ausmaß der Zerstörung in Mainz und die frühen Bemühungen des Wiederaufbaus dokumentieren.

Philipp Münch wurde 1930 in Mainz geboren. Seine Jugend war geprägt von den Erlebnissen des Zweiten Weltkrieges und seinen Folgen. Wegen des akuten Lehrermangels wurde er bereits mit 13 Jahren aus der Volksschule entlassen und absolvierte eine Lehre als Rasterfotograf und anschließend als Elektriker. Er erlebte die verheerenden Bombenangriffe auf Mainz, denen 80 Prozent der Stadt zum Opfer fielen. Seine Fotos sind wertvolle Zeitdokumente der letzten Kriegs- und der ersten Nachkriegsjahre in Mainz.

1948 trat er in die Dienste der Französischen Botschaft und wurde Mitarbeiter in deren Kulturabteilung. Mit großem Nach-

druck widmete sich Philipp Münch dem Ausbau der deutsch-französischen Beziehungen und dem Aufbau der deutsch-französischen Freundschaft. Er zählte zu den Gründungsmitgliedern der Deutsch-Französischen Gesellschaft in Mainz und des Freundschaftskreises Mainz-Dijon. Das Engagement im Berufsverband bildender Künstler in Rheinland-Pfalz verband er mit einer Jahrzehnte währenden Ausstellungstätigkeit.

Seit den erschütternden Kriegs- und Nachkriegserlebnissen steht das Lebenswerk von Philipp Münch im Dienste der Völkerverständigung und dem Aufbau von grenzüberschreitenden freundschaftlichen Beziehungen.

Die Ausstellung zeigte ferner Bilder des zerstörten und wieder aufgebauten Deutschhauses, seit 1951 Sitz des Landtags. Baupläne zum Wiederaufbau vervollständigten den Einblick in die Anfangsjahre des Landesparlaments.



Einweihung der Behelfsbrücke am 18.1.1946

Die alte Mainzer Rheinbrücke wurde am 17. März 1945, kurz bevor die amerikanischen Truppen die Stadt erreichten, von der Wehrmacht gesprengt. Als einzige Verbindung führte ab 1946 eine Behelfsbrücke von der Kaiserstraße nach Mainz-Kastel. General Joseph de Goislard de Monsabert als Vertreter von General Marie-Pierre Koenig begrüßt den amerikanischen General Joseph T. McNarney.

General-Patch-Brücke

Die neue Not-Straßenbrücke wird „General Alexander M. Patch-Bridge“ getauft. Die Brücke wurde nur so lange genutzt, bis die Straßenbrücke wieder hergestellt war.



Straßenbrücke im Wiederaufbau

Die Rheinbrücke war nach Plänen des Architekten Friedrich von Thiersch in den Jahren 1882-1885 erbaut worden. Die Baukosten betragen 3,6 Millionen Goldmark.

Die Wiedererrichtung erfolgte durch MAN, Werk Gustavsburg, in den Jahren 1948-1950, wobei Schwimmkräne zum Einsatz kamen.





Neubau der Straßenbrücke

Die Brücke war 1945 gesprengt worden, um die Nachschublinien der Alliierten zu unterbrechen. Nach zweijähriger Bauzeit wurde die neue Brücke 1950 eingeweiht. Neben dem damaligen Bundespräsident Theodor Heuss nahmen Vertreter der Landesregierung mit Ministerpräsident Peter Altmeyer, der damalige OB der Stadt Mainz, Franz Stein, sowie André François-Poncet, der französische Hohe Kommissar, teil. 1964 erhielt die Brücke den Namen Theodor-Heuss-Brücke.

Fastnacht

Einer der ersten Fastnachts-
umzüge in Mainz nach dem
Zweiten Weltkrieg.
Die Stadt lebt wieder.
Im Hintergrund die noch
nicht wieder aufgebaute
Christuskirche.



Mainzer Wochenmarkt

Der Wochenmarkt in Mainz
fasst langsam wieder Fuß.
Idylle am Höfchen.
Im Hintergrund die
Straßenbahn.



Stadttheater

Das Staatstheater Mainz hieß bis 1989 Stadttheater Mainz und wurde zwischen 1829 und 1833 durch Georg Moller errichtet. Am 13. August 1942 und 1945 wurde es zerstört. Nach dem Wiederaufbau im Jahr 1950 fand die Eröffnung am 24. November 1951 statt.

Fischtor mit Blick in Richtung Mainzer Dom

Einer der ersten Hilfspolizisten regelt den noch spärlichen Verkehr.



Die Zukunft beginnt – die „neue“ Ludwigstraße

Die Ludwigstraße vom Schillerplatz aus gesehen. Nach der Zerstörung zog sich der Wiederaufbau über eine lange Zeit hin. Die schöne alte Straßenbahn fährt wieder. Im Gebäude Ludwigstraße 9 war zwischen 1951 und 1960 das Ministerium für Wirtschaft und Verkehr untergebracht.



**Ausstellung
„Moderne
Französische
Malerei“, 1952**



Am 15.11.1952 veranstaltete die französische Militärverwaltung in der damaligen Kunsthalle im Haus am Dom eine Ausstellung unter dem Motto „Moderne Französische Malerei – vom Impressionismus bis zur Gegenwart“. Ziel war es, den Mainzern die französische Kultur etwas näher zu bringen. Reges Interesse, u. a. bei den Maria-Ward-Schwestern, zeugen vom Erfolg.



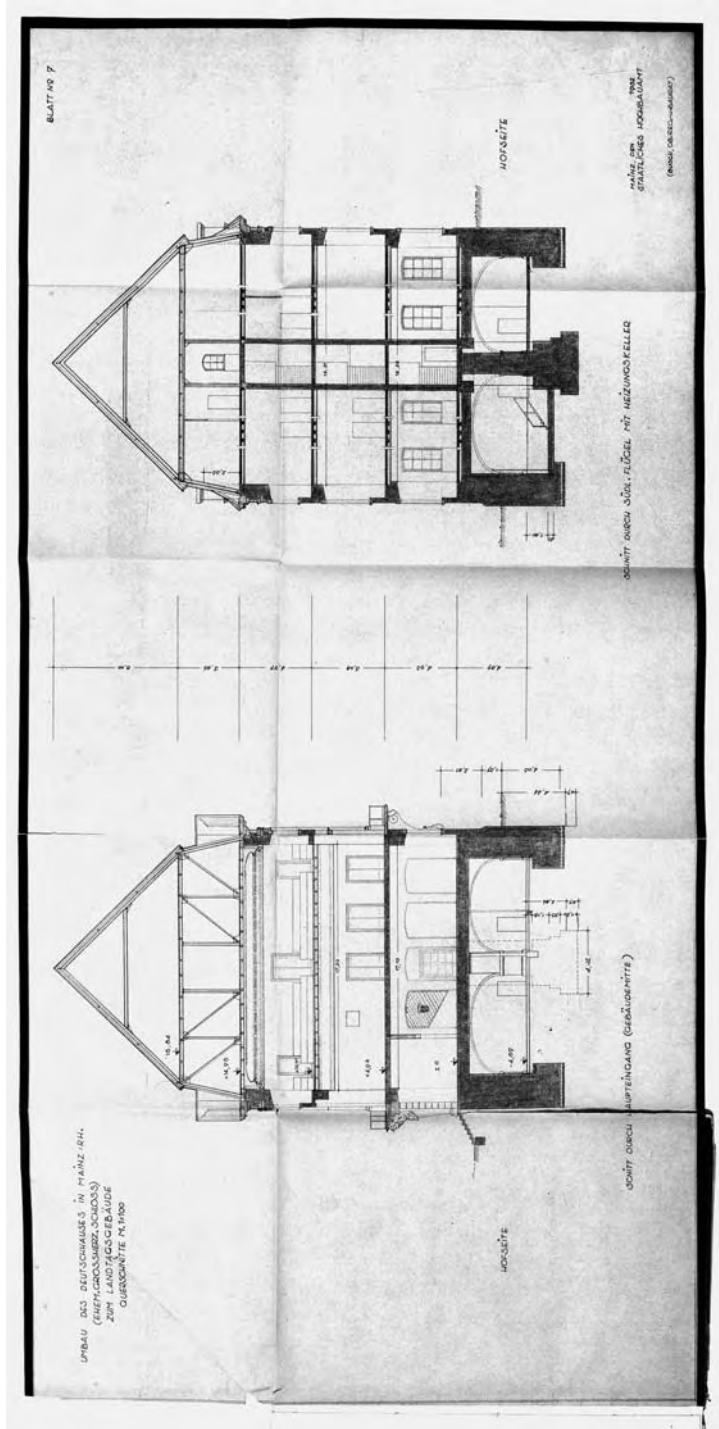
**Wiederaufbau des
Deutschhauses 1950**

Das Deutschhaus während des Wiederaufbaus. 1950 waren die Aufbauarbeiten am Deutschhaus, dem heutigen Sitz des Landtags, in vollem Gange. Das Gebälk ist aufgesetzt, der Wiederaufbau der Kavalierbauten noch nicht begonnen.

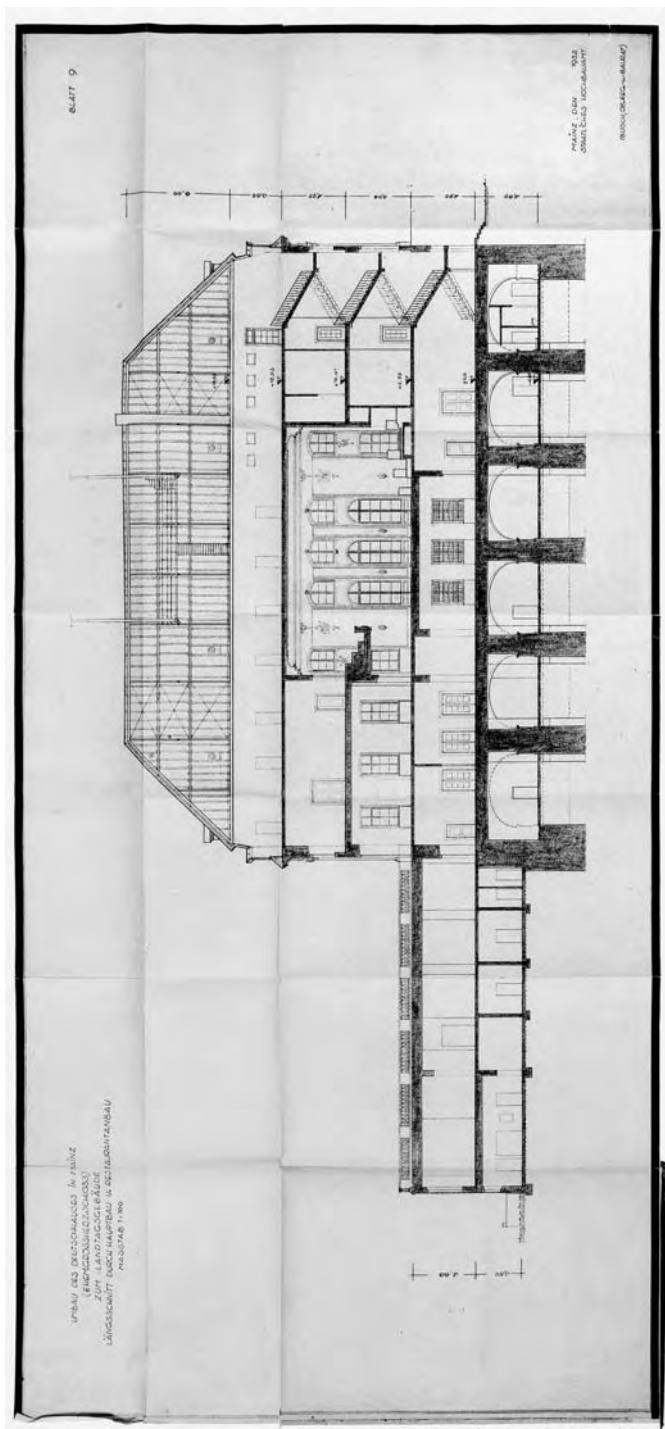
**Wiederaufbau
des Deutschhauses
1951**

Das nahezu fertig gestellte Deutschhaus im Frühjahr 1951 mit der Einrüstung sowie dem Neubau des Dachstuhls. Links die Ruine des Neuen Zeughauses, heute Sitz der Staatskanzlei.





Plan für den Wiederaufbau des Deutschhauses und seine Nutzung als Landtagsgebäude. Schnitte durch den Hauptgang und durch den südlichen Flügel.



UMBÄU DES DEUTSCHHAUSES IN WÜRZBURG
(KINGENHOFENSTRASSE)
VON DR. ING. RICHARD WAGNER
LÄNGSSCHNITT
MAßSTAB 1:100

BLATT 9

PROF. DR. RICHARD WAGNER
DR. ING. RICHARD WAGNER
DR. ING. RICHARD WAGNER
PROF. DR. RICHARD WAGNER

Plan zum Wiederaufbau des Deutschhauses, Längsschnitt durch den Hauptbau und den Restaurantneubau.



„KOBLENZ ODER MAINZ?
DIE RHEINLAND-PFÄLZISCHE
HAUPTSTADTFRAGE

BEITRAG VON EVA WIRTH, MAINZ

EINLEITUNG	69
1. RHEINLAND-PFALZ ENTSTEHT	
1.1 Das Ende des Zweiten Weltkrieges und seine Folgen	71
1.2 Die Gründung von Rheinland-Pfalz am 30. August 1946 – das „Land aus der Retorte“ macht seine ersten Schritte	72
2. KOBLENZ ODER MAINZ? – DER RHEINLAND-PFÄLZISCHE LANDESHAUPTSTADTSTREIT	
2.1 Die Landeshauptstadtfrage in der Anfangszeit von Rheinland-Pfalz	77
2.2 Die „Kontrahenten“ Mainz und Koblenz	78
2.3 Die Interessen der französischen Besatzungsmacht	87
2.4 Die Diskussion im rheinland-pfälzischen Landtag	93
3. DIE ERGEBNISSE DER LANDTAGSSITZUNGEN AM 4. APRIL UND 16. MAI 1950	125
4. AUSBLICK	131
QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS	135

EINLEITUNG

„Koblenz oder Mainz – das ist die Frage, die heute entschieden werden soll und zu der eigens für heute eine Sitzung des Landtags einberufen wurde; eine Frage, die nicht erst heute zur Debatte steht, sondern die so alt ist wie das Land selbst.“¹

Diese Aussage des SPD-Abgeordneten Scheerer, getroffen während der Diskussionen um die rheinland-pfälzische Landeshauptstadt, zeigt die Bedeutung, die dieser Entscheidung beigegeben wurde. Zwar hatte der Artikel 2 der Ordonnanz Nr. 57, erlassen durch die französische Besatzungsmacht, Mainz zur Hauptstadt des am 30. August 1946 neu konstituierten Landes Rheinland-Pfalz bestimmt. Doch aufgrund der immensen Kriegszerstörungen und der damit verbundenen Unterbringungsschwierigkeiten in Mainz nahmen die Landesregierung und der Landtag ihren Sitz in dem ehemaligen preußischen Verwaltungszentrum Koblenz ein. Bis Ende 1948 blieb es ruhig um diese Thematik. Doch aufgrund der Aussagen des Mainzer Oberbürgermeisters Kraus in einer Rundfunksendung, in der dieser verdeutlichte, dass einer Verlegung des Regierungssitzes nichts mehr im Wege stünde, brach der rheinland-pfälzische „Hauptstadtstreit“ los, dessen erhitzte Debatten sich über mehrere Monate und sogar Jahre hinzogen. Zwar kennen wir die Bundeshauptstadt betreffend ähnliche Auseinandersetzungen, wie etwa die Diskussion um Frankfurt a. M. und Bonn im Jahre 1949 oder um Bonn und Berlin nach der Wiedervereinigung Deutschlands. Auf Länderebene jedoch ist dieser Vorgang einmalig und verdient besondere Beachtung. Ferner ist die rheinland-pfälzische Hauptstadtfrage von großem Interesse und großer Bedeutung, da die Folgen dieses Diskurses nicht nur von Tragweite für die direkt Betroffenen wie die Städte Mainz und Koblenz und die Abgeordneten, waren, sondern für das gesamte Bundesland und darüber hinaus.

1. RHEINLAND-PFALZ ENTSTEHT

1.1 Das Ende des Zweiten Weltkrieges und seine Folgen

Die Eroberung der linksrheinischen Gebiete durch die alliierten Truppen im Februar/März des Jahres 1945 beendete den Zweiten Weltkrieg im Gebiet der heutigen Bundesländer Rheinland-Pfalz und Saarland. Nach der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 war dieser Bereich – mit Ausnahme von einem kleinen Teil im Süden – von amerikanischen Truppen besetzt. Die Amerikaner bemühten sich um eine zügige Reorganisation der Verwaltung. Aufgrund der Aufteilung Deutschlands in vier Besatzungszonen durch den Alliierten Kontrollrat am 5. Juni 1945 mussten jedoch die amerikanischen Truppen im Juli 1945 den linksrheinischen Bereich räumen und den Franzosen überlassen. Neben der Pfalz, dem Saarland, Rheinhessen und den Regierungsbezirken Koblenz und Trier erhielt die französische Besatzungsmacht die ehemals zur preußischen Provinz Hessen-Nassau gehörenden Kreise Montabaur, St. Goarshausen sowie Ober- und Unterwesterwaldkreis zugewiesen. Die Besatzungszone wurde von der in Baden-Baden ansässigen französischen Militärregierung kontrolliert. Die Franzosen lösten die von den Amerikanern geschaffene Verwaltungseinheit Mittelrhein-Saar auf. Stattdessen erklärte man das Saarland am 25. Juli 1945 zu einer eigenständigen Verwaltungseinheit. Nach den Umstrukturierungsmaßnahmen bestanden in der nördlichen Hälfte der französischen Besatzungszone die voneinander unabhängigen Regierungsbezirke Saarbrücken, Trier und Koblenz sowie das Verwaltungsgebiet Pfalz-Hessen unter dem Oberregierungspräsidium in Neustadt. Nach einer Anweisung vom 19. November 1945 erfolgte Anfang Januar 1946 die Schaffung des „Oberpräsidiums Rheinland-Hessen-Nassau“ mit Sitz in Koblenz. Es umfasste die Regierungsbezirke Koblenz und Trier sowie die vier nassauischen Kreise. Zum ersten Oberpräsidenten von Rheinland-Hessen-Nassau wurde der Koblenzer Regierungspräsident

Wilhelm Boden ernannt. Letztendlich bestimmte die Anordnung Nr. 12 vom 8. Oktober 1946 die Abtrennung des Regierungsbezirkes Rheinhessen von der Provinz Hessen-Pfalz und die Angliederung desselben an die Provinz Rheinland-Hessen-Nassau. Kontakte zwischen diesen Gebieten und dem Restteil der französischen Besatzungszone sowie zu der britischen und amerikanischen Zone waren nur sehr bedingt möglich, sodass sich bald der Begriff des „Seidenen Vorhangs“ prägte.

1.2 Die Gründung von Rheinland-Pfalz am 30. August 1946 – das „Land aus der Retorte“ macht seine ersten Schritte

Die Verordnung Nr. 57 des Generals Pierre Marie Koenig, Militärgouverneur der französischen Besatzungszone, verfügte die Schaffung eines *rhein-pfälzischen Landes*. Als Ziel hielt die Ordonnanz fest, „die deutsche Bevölkerung so weit als möglich mit der Verwaltung ihres Landes zu betrauen.“² Die Entstehung des Landes Rheinland-Pfalz stellte also eine Staatsgründung durch Fremdbestimmung dar. Das auf diese Weise entstandene Gebilde umfasste die Regierungsbezirke Koblenz, Trier, Mainz, Montabaur und die Pfalz. Deutsche Stellen wirkten an diesem Beschluss nicht mit. Die Reaktionen von deutscher Seite variierten von vorsichtiger Zustimmung über Gleichgültigkeit bis hin zur klaren Ablehnung. Der spätere Ministerpräsident Peter Altmeier stellte in einer Rede vor der Beratenden Landesversammlung am 25. April 1947 fest: „...dieses Land [ist] nicht aus dem Willen des Volkes geboren..., sondern ein Ergebnis der Zonen- und Besatzungspolitik.“³ Die Gebietsteile, die durch diese Verordnung zu einem Bundesland zusammengefasst wurden, waren äußerst heterogen und hatten vormalig zu sehr unterschiedlichen Territorien gehört. Der Historiker Peter Heil formuliert dies sehr treffend: „So viele Bindestriche wie nötig wären, um der regionalen Vielfalt von Rheinland-Pfalz gerecht zu werden, kann man nach landläufiger Meinung kaum in einem Landesnamen vereinen.“⁴ Die Regierungsbezirke Trier und Koblenz waren Bestandteil der ehemali-



gen preußischen Rheinprovinz gewesen. Die Gebiete des alten Herzogtums Nassau im Westerwald und im Rhein-Taunus-Gebiet, die

1866 an Preußen fielen, hatten zur preußischen Provinz Hessen-Nassau gehört. Des Weiteren ist das ehemals mit dem Großherzogtum Oldenburg verbundene Fürstentum Birkenfeld zu nennen, das 1937 als Landkreis Bestandteil des preußischen Regierungsbezirkes Koblenz wurde. Zudem rechnete man dem neu konstituierten Land die Rheinpfalz zu, die seit 1816 zum Bayerischen Staatsverband gehört hatte. Ebenso erfolgte die Eingliederung Rheinhessens, das erst Teil des Großherzogtums Hessen-Darmstadt und dann seit der Weimarer Republik Teil des Volksstaates Hessen gewesen war. Aufgrund der Skepsis, die diesem neuen Gebilde gegenüber herrschte, prägte sich bald das Schlagwort von einem Land „aus der Retorte“.

**General Pierre Marie Koenig,
Militärgouverneur der
französischen Besatzungszone**

Der Artikel 2 der Verordnung Nr. 57 hielt fest: „Als Hauptstadt dieses Landes wird Mainz bestimmt, wo die Regierung ihren Sitz haben wird, sobald die entsprechenden wohnlichen Voraussetzungen geschaffen werden konnten.“⁵ Mainz eignete sich als Landesmetropole, da es in der Mitte – wenn auch am Ostrand – des

ORDONNANCE No 57

ART. Premier: Il est créé un Land comprenant la Province du PALATINAT et les districts rhénans actuels de TRÈVES, COBLENCE, MAYENCE et MONTABAUR.

ART. 2. — Le siège de ce Land est fixé à MAYENCE.

L'installation y sera effectuée dès que les circonstances matérielles le permettront.

ART. 3. — Une Assemblée Consultative, composée de représentants élus des territoires énumérés à l'article premier, sera constituée aussitôt après les élections du 13 Octobre, dans les conditions qui seront précisées ultérieurement.

ART. 4. — Le Gouvernement Provisoire du Land sera constitué, après consultation de l'Assemblée, et au plus tard au 30 Novembre.

ART. 5. — L'Assemblée Consultative établira, en accord avec le Gouvernement Provisoire, un projet de constitution qui devra, en particulier, définir les rapports entre les différentes parties du nouveau Land. Le projet de constitution sera soumis à référendum.

ART. 6. — Une Commission mixte, composée des membres des „Oberpräsidium“ de RHÉNANIE, HESSE-NASSAU et de HESSE-PALATINAT, est chargée de préparer en matière constitutionnelle les travaux de l'Assemblée Consultative, et de mettre au point le régime transitoire devant régir le Land jusqu'à l'approbation par voie de référendum de la Constitution.

* BADEN-BADEN, le 30 Août 1946

Le Général d'Armée KOENIG
Commandant en Chef Français en Allemagne
P. KOENIG

VERORDNUNG Nr. 57

Artikel 1. Es wird hiermit ein Land geschaffen, welches die Pfalz und die gegenwärtigen Regierungsbezirke Trier, Koblenz, Mainz und Montabaur umfaßt.

Artikel 2. Als Hauptstadt dieses Landes wird Mainz bestimmt, wo die Regierung ihren Sitz haben wird, sobald die entsprechenden wohnlichen Voraussetzungen geschaffen werden konnten.

Artikel 3. Eine beratende Versammlung, die sich aus den erwählten Vertretern der im Artikel 1 bezeichneten Gebiete zusammensetzt, wird alsbald nach den Wahlen vom 13. Oktober, gemäß den Bedingungen gebildet, die später bekannt gegeben werden.

Artikel 4. Die vorläufige Regierung des Landes wird nach Befragen der oben erwähnten Versammlung und zwar spätestens am 30. November gebildet werden.

Artikel 5. Die beratende Versammlung wird im Einvernehmen mit der vorläufigen Regierung einen Verfassungsentwurf ausarbeiten, der insbesondere die Beziehungen zwischen den verschiedenen Teilen des neuen Landes festlegen soll. Über den Verfassungsentwurf wird durch Volksentscheid entschieden werden.

Artikel 6. Eine gemischte, aus den Mitgliedern der Oberpräsidien Rheinland-Hessen-Nassau und Hessen-Pfalz zusammengesetzte Kommission ist damit beauftragt, die Arbeit der beratenden Versammlung gemäß der Verfassung vorzubereiten und die Verwaltung der Übergangszeit festzulegen, der das Land bis zur Billigung der Verfassung durch den Volksentscheid unterstellt bleibt.

BADEN-BADEN, den 30. August 1946.

Der Général d'Armée KOENIG
Commandant en Chef Français en Allemagne
P. KOENIG.

ORDONNANCE No 57

ART. Premier: Il est créé un Land comprenant la Province du PALATINAT et les districts rhénans actuels de TRÈVES, COBLENCE, MAYENCE et MONTABAUR.

ART. 2. — Le siège de ce Land est fixé à MAYENCE.

L'installation y sera effectuée dès que les circonstances matérielles le permettront.

ART. 3. — Une Assemblée Consultative, composée de représentants élus des territoires énumérés à l'article premier, sera constituée aussitôt après les élections du 13 Octobre, dans les conditions qui seront précisées ultérieurement.

ART. 4. — Le Gouvernement Provisoire du Land sera constitué, après consultation de l'Assemblée, et au plus tard au 30 Novembre.

ART. 5. — L'Assemblée Consultative établira, en accord avec le Gouvernement Provisoire, un projet de constitution qui devra, en particulier, définir les rapports entre les différentes parties du nouveau Land. Le projet de constitution sera soumis à référendum.

ART. 6. — Une Commission mixte, composée des membres des „Oberpräsidium“ de RHÉNANIE, HESSE-NASSAU et de HESSE-PALATINAT, est chargée de préparer en matière constitutionnelle les travaux de l'Assemblée Consultative, et de mettre au point le régime transitoire devant régir le Land jusqu'à l'approbation par voie de référendum de la Constitution.

* BADEN-BADEN, le 30 Août 1946

Le Général d'Armée KOENIG
Commandant en Chef Français en Allemagne
P. KOENIG

VERORDNUNG Nr. 57

Artikel 1. Es wird hiermit ein Land geschaffen, welches die Pfalz und die gegenwärtigen Regierungsbezirke Trier, Koblenz, Mainz und Montabaur umfaßt.

Artikel 2. Als Hauptstadt dieses Landes wird Mainz bestimmt, wo die Regierung ihren Sitz haben wird, sobald die entsprechenden wohnlichen Voraussetzungen geschaffen werden konnten.

Artikel 3. Eine beratende Versammlung, die sich aus den erwählten Vertretern der im Artikel 1 bezeichneten Gebiete zusammensetzt, wird alsbald nach den Wahlen vom 13. Oktober, gemäß den Bedingungen gebildet, die später bekannt gegeben werden.

Artikel 4. Die vorläufige Regierung des Landes wird nach Befragen der oben erwähnten Versammlung und zwar spätestens am 30. November gebildet werden.

Artikel 5. Die beratende Versammlung wird im Einvernehmen mit der vorläufigen Regierung einen Verfassungsentwurf ausarbeiten, der insbesondere die Beziehungen zwischen den verschiedenen Teilen des neuen Landes festlegen soll. Über den Verfassungsentwurf wird durch Volksentscheid entschieden werden.

Artikel 6. Eine gemischte, aus den Mitgliedern der Oberpräsidien Rheinland-Hessen-Nassau und Hessen-Pfalz zusammengesetzte Kommission ist damit beauftragt, die Arbeit der beratenden Versammlung gemäß der Verfassung vorzubereiten und die Verwaltung der Übergangszeit festzulegen, der das Land bis zur Billigung der Verfassung durch den Volksentscheid unterstellt bleibt.

BADEN-BADEN, den 30. August 1946.

Der Général d'Armée KOENIG
Commandant en Chef Français en Allemagne
P. KOENIG.

neuen Landes lag und verkehrstechnisch verhältnismäßig gut zu erreichen war. Mainz war von französischer Seite als „Kristallisationskern“ gedacht, um im neuen Land die auseinanderstrebenden Kräfte nach innen zu richten. Zudem betrachteten die Franzosen Mainz als „intellektuelles, geistiges und politisches Zentrum des Rheinlandes.“⁶ Um die Erhebung zur Landeshauptstadt zu feiern, veranstalteten die französischen Behörden am 12. und 13. September 1946 in Mainz eine Reihe von Festivitäten. Da jedoch große Teile der Stadt zerstört waren und nicht genügend Dienstgebäude für die Verwaltung, Räume für das Parlament und die Regierung sowie Wohnungen für die Abgeordneten vorhanden waren, nahm die Landesregierung – mit Zustimmung der französischen Besatzungsmacht – ihren Sitz in Koblenz ein. Der rheinland-pfälzische Landtag hielt seine erste Sitzung am 4. Juni 1947 im Rathausaal in Koblenz ab und tagte anschließend im Görresbau des Katholischen Lesevereins. Für Koblenz sprachen praktische Erwägungen: Zum einen die noch aus der preußischen Verwaltungszeit herrührenden besseren räumlichen Verhältnisse, zum anderen die mögliche Anlehnung an die funktionsfähige Provinzialregierung Rheinland-Hessen-Nassau. Auch der französische Landeskommis­sar, General Hettier de Bois­lam­bert, bestimmte Koblenz daher als seinen Amtssitz. In der Stadt an Rhein und Mosel traten zudem die Beratende Landesversammlung zur Ausarbeitung der Verfassung und die erste Regierung des Landes zusammen.

2. KOBLENZ ODER MAINZ? – DER RHEINLAND-PFÄLZISCHE LANDESHAUPTSTADTSTREIT

2.1 Die Landeshauptstadtfrage in der Anfangszeit von Rheinland-Pfalz

Nach der Volksabstimmung über die Verfassung und der Wahl zum ersten rheinland-pfälzischen Landtag fand am 4. Juni 1947 die erste Sitzung des Parlamentes im großen Saal des Koblenzer Rathauses statt. Die Frage, ob man bereits nach der Verabschiedung der Verfassung der Ordonnanz Nr. 57 Rechnung tragen und den Regierungssitz nach Mainz verlegen sollte, stellte sich in dieser Zeit nicht. Grund hierfür waren die existenziellen Nachkriegssorgen wie zum Beispiel die äußerst mangelhafte Versorgung der Bevölkerung mit Nahrung und Unterkünften. Die Überwindung dieser Probleme hatte absolute Priorität und drängte andere Diskussionsaspekte in den Hintergrund. Des Weiteren maß man der Landeshauptstadtfrage zu diesem Zeitpunkt wenig Bedeutung zu, da man die dauerhafte Existenz des neuen Landes generell in Frage stellte.

Die Diskussion um die rheinland-pfälzische Landeshauptstadt wurde schließlich durch den Oberbürgermeister von Mainz, Dr. Emil Kraus, ins Rollen gebracht. Dieser hatte in der Rundfunksendung „Tribüne der Zeit“ am 7. Dezember 1948 verkündet, dass einer Verlegung der Regierung nichts mehr im Wege stünde. Die Voreiligkeit dieser Verlautbarung wird in der Reaktion des Ministerpräsidenten Altmeier deutlich. Dieser erklärte, dass er nichts von einer Verlegung der Landesregierung und des Landtags wisse. Im Rahmen eines Treffens des Ministerpräsidenten und der französischen Militärregierung am 13. Dezember 1948 kam man überein, den Umzug nicht überstürzen zu wollen, um eine Schädigung des Prestiges der Landesregierung durch unüberlegte Maßnahmen zu verhindern. Dieser Beschluss änderte jedoch nichts an der Tatsache, dass die aufgeworfene Landeshauptstadtfrage nun einer Lösung bedurfte.

2.2 Die „Kontrahenten“ Mainz und Koblenz

„Die Entscheidung darüber, welche Stadt Hauptstadt eines Landes sein soll, ist keine kommunalpolitische Frage, sondern eine Frage der allgemeinen Landespolitik. Infolgedessen können für die Entscheidung der Landeshauptstadtfrage keinerlei lokalpatriotische Erwägungen maßgeblich sein, sondern nur echte politische Gesichtspunkte.“⁷

Aber gerade diese Forderung des Justiz- und Kultusministers Adolf Susterhenn verdeutlicht, dass die rheinland-pfälzische Hauptstadtfrage keineswegs nur auf landespolitischer Ebene erörtert wurde. Ebenso schalteten sich die Vertreter der beiden Städte, wie die Oberbürgermeister oder die lokalen Zeitungen, in die Diskussion ein. Zwar wurde immer wieder betont, dass man sich auf beiden Seiten äußerst korrekt verhielte, dennoch zog sich das „Tauziehen“ um den Status als Landeshauptstadt über viele Monate hin. Ursache hierfür war sicherlich auch, dass für die beiden Städte Koblenz und Mainz zu viel auf dem Spiel stand. So versuchten beide Rheinstädte ihre Eignung als Landesmetropole zu begründen und die eigenen Vorteile deutlich hervorzuheben.

Was die Mainzer dachten...

Die Ausgangssituation der Stadt Mainz nach dem Zweiten Weltkrieg war schwierig. Die Mainzer Innenstadt war bis zu 80 Prozent zerstört und tausende Menschen hatten bei Bombenangriffen oder als Soldaten den Tod gefunden. Als der Alliierte Kontrollrat die Teilung Deutschlands in vier Besatzungszonen bestimmte, brachte diese Entscheidung eine böse Überraschung für Mainz mit sich. Aufgrund der Zonengeographie wurden die rechtsrheinischen Stadtteile Amöneburg, Kastel, Kostheim, Ginsheim-Gustavsburg und Bischofsheim den Amerikanern unterstellt und somit vom französisch besetzten Mainz abgetrennt. Dadurch verlor die Stadt den Großteil ihrer Wirtschaftskraft. Auf Mainzer Seite wurde später die Rückführung der rechtsrheinischen Vororte mit dem Hauptstadtstatus verknüpft. Oberbürgermeister Kraus

erwähnte in einer Stadtratsausschusssitzung, „daß man [Mainz] nicht zur Landeshauptstadt machen könne, ohne die sechs rechtsrheinischen Vororte ihr wieder anzugliedern.“⁸ Die Nachkriegszeit brachte weitere Sorgen. Neben dem akuten Mangel an Wohnungen überschattete die desaströse Ernährungslage alle weiteren Probleme.

Jedoch gab es auch Grund zur Hoffnung. Die Verordnung Nr. 44 vom 27. Februar 1946 verkündete die Eröffnung der Mainzer Johannes Gutenberg-Universität durch die französische Besatzungsmacht, ein signifikanter Schritt in Richtung Wiederaufbau des kulturellen Lebens. Ebenso wurde die Ernennung der Stadt Mainz zur Hauptstadt des neu konstituierten Landes Rheinland-Pfalz positiv aufgenommen. Obwohl in der Folgezeit die Verlegung des Landtags und der Landesregierung nicht diskutiert wurde, belegen einige Aussagen aus dieser Zeit die Bedeutung, die der Hauptstadtentscheidung beigemessen wurde. Das Stadtratsmitglied Alfred Freitag (SPD) betonte, dass Mainz „als die zukünftige Hauptstadt des Landes, ...als Universität, ...als die Stadt am Rhein an exponierter Stelle...in den Blickpunkt der Welt“ trete.⁹

Um die Jahreswende 1948/49 wurden in Mainz die Stimmen für eine Entscheidung der Hauptstadtfrage immer lauter. Die Allgemeine Zeitung brachte die in Mainz vorherrschende Auffassung auf den Punkt: „Ganz allgemein sind wir der Ansicht, daß die Mainzer im Laufe der Nachkriegsjahre hinreichend mit Zukunftsmusik versorgt worden sind und nur noch Ohren haben, wenn von Taten gesprochen werden kann.“¹⁰ Die Verantwortlichen der Stadt drängten auf eine Entscheidung, da sie sich andernfalls außerstande sahen, langfristige Bauplanungen vorzunehmen. Eine Rolle spielte in diesem Zusammenhang auch die 1948 erfolgte Währungsreform, mit der der allgemeine Wiederaufbau in eine entscheidende Phase eintrat. Der am 21. Februar 1949 neu gewählte Oberbürgermeister der Stadt Mainz, Franz Stein, stellte in seiner Antrittsrede klar: „Diese Entscheidung wird für



**Franz Stein,
Oberbürgermeister
der Stadt Mainz**

anderen auf der besonderen geschichtlich begründbaren Bedeutung der Stadt Mainz. Neben dem römischen Ursprung und dem Kurfürstentum Mainz wurde auch immer wieder auf die Zeit der Residenz des Erzkanzlers des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation in Mainz verwiesen. Des Weiteren betonte Oberbürgermeister Stein die „Klammerfunktion“ der Landeshauptstadt Mainz. Demnach stellte die Stadt ein wichtiges Bindeglied zwischen der Pfalz und den nördlichen Regierungsbezirken dar. Nicht zuletzt war man in der Domstadt von der Rechtmäßigkeit des eigenen Anspruches überzeugt, weil man hohe finanzielle Mittel aufgewandt hatte, um die Wiederherstellung der Stadt möglichst schnell zu gewährleisten. Aufgrund der aufkommenden Unruhe veranlasste die französische Militärregierung im Februar 1949 die Einsetzung eines Ausschusses, dessen Hauptaufgabe in der Prüfung der für die französische und deutsche Regierung zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten in Mainz bestand. Zudem erreichte Altmeier – mit der Unterstützung Boislamberts – die Einrichtung eines deutschen Gremiums analog zum französischen Vorbild. Nach der Besichtigung der in Frage kommenden Gebäude wie Telehaus, Bassenheimer Hof, Woolworthgebäude und Osteiner Hof übertrug man dem Chef der Staatskanzlei, Haberer, die Ermittlungen

die Stadt Mainz deshalb von großer Bedeutung sein, weil mit der Verlegung der Zentralbehörden ein großes Wiederaufbauen verbunden sein wird.“¹¹ Zudem war man in Mainz von der Legitimität des eigenen Anspruches auf den Regierungssitz überzeugt. Dieser fußte zum einen auf den Bestimmungen der Ordonnanz Nr. 57 der französischen Militärregierung, zum

vor Ort. Besonders aufmerksam wurden diese Erhebungen und die damit verbundenen Gespräche und Ergebnisse von den Vertretern der Stadt Mainz beobachtet. Trotz des Versprechens von Seiten der französischen Militärbehörde, der Landesregierung bis zum 15. April 1949 eine Liste der nach Größenverhältnissen geordneten Wohnungen und der zu überlassenden Bürogebäude zukommen zu lassen, gingen Ministerpräsident Altmeier keine Informationen zu.



Hanns Haberer,
Chef der Staatskanzlei

Im Sommer 1949 schien der „Mainzer Geduldsfaden“ zu reißen. Schon bald verbreitete sich das Wort vom „Betrug an Mainz“. Grund hierfür war die sich immer länger fortsetzende Diskussion um eine Frage, die aus Mainzer Sicht längst entschieden war. In Mainz sah man sich um ein Versprechen geprellt. Der „Betrugsversuch“ sei besonders schwerwiegend, da Mainz „in vier langen Nachkriegsjahren alle anderen Chancen versäumt [hatte], weil es seine ganzen Möglichkeiten und Kräfte in den Vorbereitungen für die Aufnahme von Regierungen verzehren mußte.“¹² Die Landeshauptstadtproblematik wurde in der Allgemeinen Zeitung daher auch als „Lebensfrage“ beurteilt. In einer Resolution an den Landtag und die Landesregierung betonten der Mainzer Oberbürgermeister und der Stadtrat die erbrachten Opfer und forderten die Verlegung der Hauptstadt.

Statt der bereits angesprochenen Auflistung der Wohn- und Büroräume erhielt Altmeier eine Note von Bois Lambert, in welcher dieser mitteilte, dass man von französischer Seite aus bereit sei, der Landesregierung den Osteiner Hof zu überlassen, wenn diese im Gegenzug bis zum 1. November 1949 das Kurfürstliche Schloss wieder aufbaue. Altmeiers Antwort fiel jedoch negativ aus, da der

Landesregierung die finanziellen Mittel für das circa vier Millionen DM teure Vorhaben fehlten. Am Kurfürstlichen Schloss entzündeten sich in der Folgezeit Streitigkeiten, bei denen die Stadt Mainz eine zentrale Rolle einnahm. Ende Februar 1950 forderte Finanzminister Hoffmann die schenkungsweise Übergabe des Kurfürstlichen Schlosses an das Land. Als Kompensation sollte die Stadt Mainz die Ruinen des Deutschhauses erhalten. Diese Forderung berührte einen empfindlichen Punkt der Stadt Mainz und der Mainzer Bürger. Daher wurde die Frage auf einer Sondersitzung des Mainzer Stadtrates am 6. März 1950 diskutiert. Oberbürgermeister Stein erteilte – unterstützt durch die Vertreter der Stadtratsfraktionen – dem Verlangen des Landtags eine Absage. Als Argumente führte man den erschwerlichen Wiederaufbau des Kurfürstlichen Schlosses durch die Stadt Mainz, die Bedeutung des Gebäudes aufgrund seiner Tradition und seine Wichtigkeit als Aktivposten im städtischen Vermögen an. Einige Mainzer Stadtratsmitglieder beurteilten die unerfüllbare Bedingung der Übergabe des Kurfürstlichen Schlosses als einen taktischen Schachzug einiger Politiker, die die Verlegung der Hauptstadt verhindern wollten. Gegen eine befristete Nutzung der Räume hatte man jedoch nichts einzuwenden. Die Verweigerung des Kurfürstlichen Schlosses durch die Stadt Mainz rief sowohl bei den Abgeordneten des rheinland-pfälzischen Landtags als auch bei der Stadt Koblenz Verärgerung hervor. Einige Stimmen führten sogar die Pattsituation der ersten Abstimmung über die Hauptstadtfrage im Landtag am 4. April 1950 – bei der aufgrund von 43 Ja- und 43 Nein-Stimmen die Verlegung der Landesregierung nach Mainz abgelehnt wurde – auf diesen Unmut zurück. Im Anschluss formulierte die Stadt Mainz jedoch ein Kompromissangebot. Man wollte dem Land den noch nicht aufgebauten Rheinflügel des Kurfürstlichen Schlosses übergeben und dem Landtag für seine Sitzungen die Versammlungsräume zeitlich befristet überlassen. Dies lehnte jedoch die Besatzungsmacht nach einer Besichtigung im Mai 1950 ab. Letztlich entschied man sich in der Frage der Unterbringung des Landtags für das Großherzogliche Schloss, für das heute wieder der ursprüngliche Name Deutschhaus gebräuchlich ist.

Die Landeshauptstadtfrage wurde in Mainz aber keineswegs nur auf politischer Ebene diskutiert. Dutzende von Artikeln der Allgemeinen Zeitung belegen das große Interesse der Mainzer Bevölkerung an dieser Entscheidung. Zudem wurde die Hauptstadtdiskussion sogar während des Karnevals thematisiert. Im Mainzer Rosenmontagsumzug 1950 stellte ein Motivwagen die



„Tauen-Ziehen-Straße“ zwischen Mainz und Koblenz dar. Unter der Aufschrift „Reserviert für die Koblenzer. Ich glaab, ihr seid verrickt, die Wohnung kriecht IHR nit“ beschäftigte sich ein weiterer

Motivwagen mit dem Wohnungsbau in Mainz und ein dritter Wagen in dieser Reihe hatte den „Einzug der Minister“ zum Thema. Des Weiteren wurde die Landeshauptstadtfrage am 1. April „Opfer“ eines Aprilscherzes. Die Allgemeine Zeitung in Mainz berichtete, dass der Pulverturm zu einem neunstöckigen Gebäude umgebaut werden solle, in dem sowohl Landesregierung als auch Stadtverwaltung Platz finden würden. Darüber hinaus konstatierte die Zeitungsmeldung: „Um die Annäherung Koblenz-Mainz noch herzlicher zu gestalten, will man hauptsächlich Doppelzimmer anlegen, in denen jeweils ein Mainzer und ein Koblenzer Beamter schaffen.“¹³

**Mainzer
Rosenmontagsumzug 1950,
Motivwagen die
„Tauen-Ziehen-Straße“**

Pulverturm wird neunstöckiges Hochhaus

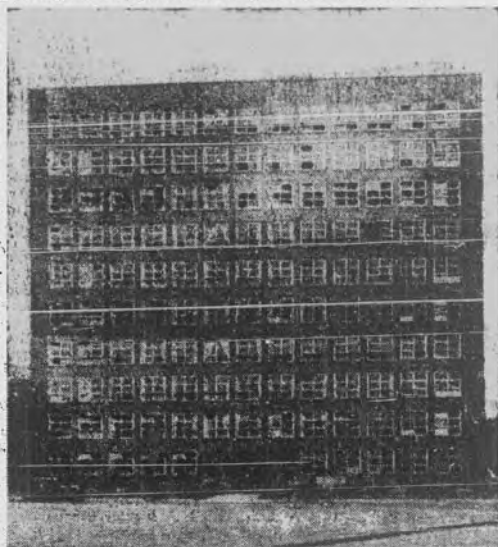
Landesregierung und Stadtverwaltung unter einem Dach

Ja. Ueberraschend schnell hat jetzt die Frage der Unterbringung der Landesregierung in Mainz eine ebenso sinnvolle wie praktische Lösung gefunden: das Stadthaus am Pulverturm soll zu einem Hochhaus umgebaut und erweitert werden! Man knüpft hierbei an die Gedanken des französischen Architekten Marcel Lods an, der bekanntlich im Jahre 1946 für Mainz eine Anzahl solcher Hochhäuser geplant hatte. Er sei nur an das Projekt am Wall erinnert.

Wie unser Bild zeigt, sind zunächst neun Stockwerke vorgesehen. Sie dürften wohl ausreichen, um hier die wichtigsten Stellen der Landesregierung und Stadtverwaltung zusammenzufassen. Um die Annäherung Koblenz-Mainz noch herzlicher zu gestalten, will man hauptsächlich Doppelzimmer anlegen, in denen jeweils ein Mainzer und ein Koblenzer Beamter schaffen.

Damit die kostbare Arbeitszeit der Behörden restlos ausgenutzt werden kann, sieht der Entwurf des Architekten Lirpa zwei Fahrstühle mit eingebauter Schreibmaschine, Telefon usw. vor. In dem gesunden Bestreben, die Kosten des Verwaltungsapparates ausschließlich nach kaufmännischen Gesichtspunkten zu gestalten, werden diese Fahrstühle nicht elektrisch, sondern durch eine scheinreiche Pedal-Konstruktion betrieben. Hier können sich vor allem routinisierte Radfahrer nach Kräften betätigen.

Geradezu genial muß man den Einfall des Architekten nennen, das Hochhaus würfelförmig so aufzugliedern, daß es jederzeit mit ein paar Hebelgriffen in die beliebten Mainzer Flachbautenkästchen zerlegt werden kann. Dadurch wird es möglich sein, von Fall zu Fall die eine oder



So wird das Stadthaus am Pulverturm nach den Plänen des Architekten Lirpa umgestaltet werden

Foto: G. Pfulb

odere Behörde dem Bau herauszunehmen und zu verlegen oder aber die Räumlichkeiten überflüssig werdender Aemter, wie die der Zuckerkartenstelle, anderen Zwecken zuzuführen. Sollten die finanziellen Mittel ausreichen, wird man auch einen Dachgarten einrichten, dessen Mittelpunkt ein von Flüchtlingen gestiftetes großes Vergnügungs-Beet bilden soll. Allerlei Bewegungsspiele und beliebte Sportarten können dort oben betrieben werden. So zum Beispiel Balance-Übungen für Stadtkämmerer und Mitglieder der Finanzkommissionen, Tauziehen der politischen Parteien und Blindkuhspele mit den Wählern. Die Brauseanlage sieht kalte Duschen für die Wohnungssuchenden vor.

Man hofft, das Projekt spätestens bis zum 1. April 1951 unter Dach und Fach zu haben.

**Aprilscherz aus der
Mainzer Allgemeinen Zeitung
vom 1. April 1950**

Was die Koblenzer dachten...

Die Zerstörungen durch den Zweiten Weltkrieg waren in Koblenz ähnlich verheerend wie in Mainz. Zudem bestimmten auch hier die beiden zentralen Fragen der Wohnungs- und Lebensmittelversorgung das alltägliche Leben der Bevölkerung und die Diskussionen der Politiker in der Nachkriegszeit. Die

notwendigen Aufbaumaßnahmen belasteten die städtischen Finanzen erheblich. Noch im Juli 1947 stellte Oberbürgermeister Schnorbach fest: „Die trostlose Ernährungslage, die fehlende Versorgung mit notwendigen Verbrauchsgütern erwecken in der Bevölkerung einen Grad der Hoffnungslosigkeit, der für den kommenden Winter zu allererststen Befürchtungen Anlaß geben muß.“¹⁴



Gerade wegen der schwierigen Situation der Stadt Koblenz maß man dort der Hauptstadtfrage allergrößte Bedeutung zu.

Oberbürgermeister Josef Schnorbach

Die Vertreter der Stadt sahen in der geplanten Hauptstadtänderung eine immense wirtschaftliche Gefahr. Bereits am 5. September 1946 hatten der damalige Oberbürgermeister von Koblenz, Dr. Guske, und der Bürgerrat erklärt, dass die Verlegung des Verwaltungssitzes von Koblenz in eine andere Stadt eine „schwere wirtschaftliche Schädigung [ihrer] hart geprüften Stadt für Gegenwart und Zukunft“ bedeuten würde.¹⁵ Des Weiteren nahm man Anstoß an der Degradierung zu einer „Stadt zweiten Ranges“. Schließlich konnte Koblenz als ehemalige Residenz der Kurfürsten von Trier und Provinzialhauptstadt der preußischen Rheinprovinz auf eine lange Tradition als bedeutende (Haupt)Stadt zurückschauen. Diese Position sollte nicht ohne Weiteres aufgegeben werden. Vielmehr wollte man „unter Darlegung aller Gründe an die maßgeblichen Stellen der französischen Militär- und der deutschen Regierung herantreten mit dem Antrage, Koblenz in seiner geschichtlich gewordenen Stellung als Hauptstadt und Regierungssitz des Rheinlandes zu belassen.“¹⁶ Deutlich wird die Koblenzer Position

in Äußerungen gegenüber der Stadt Mainz. In der Rhein-Zeitung vom 25. Oktober 1949 hieß es zum Beispiel: „Was aus Koblenz werden soll, wenn es seiner 150-jährigen Berufung, Verwaltungszentrale zu sein, entkleidet wird, darüber macht man sich in Mainz natürlich keine Gedanken.“¹⁷ Die Äußerung im Rheinischen Merkur, dass Koblenz „der berühmteren und größeren Schwester am Rhein diese Stellung neidlos, wenn auch nicht leichten Herzens“ abtrete, ging daher wohl an der Realität vorbei.¹⁸

Ministerpräsident Altmeier – ein gebürtiger Saarländer, der allerdings in Koblenz aufwuchs – wusste wie auch andere Politiker um die prekäre Situation der Stadt Koblenz. In einem Schreiben an Hettier de Boislambert wies er auf die moralische Verpflichtung der Landesregierung gegenüber Koblenz hin. Er hob die Sorgen der Stadt an Rhein und Mosel hervor, die ihre Existenzgrundlagen gefährdet sah. Vor dem Krieg hatte Koblenz auf sechs Faktoren gebaut: 1. Behörden, 2. Garnison, 3. Fremdenverkehr, 4. Rentner und Pensionäre, 5. Zentrale der mittelhessischen Wirtschaft und 6. Kulturzentrum. Ein Großteil dieser essenziellen Einnahmequellen musste nun aber auf unabsehbare Zeit in den städtischen Wirtschaftsplanungen wegfallen. Altmeier stellte daher klar, dass man Koblenz, zum Beispiel durch die Ansiedlung von Landesbehörden, zu entschädigen habe. Dies versicherte er auch gegenüber Vertretern der Stadt an Rhein und Mosel.

Mitte November 1949 verteidigte Oberbürgermeister Schnorbach die Koblenzer Interessen auf einer Pressekonferenz. Von Seiten der Rhein-Zeitung wurde das Auftreten des Koblenzer Oberbürgermeisters begrüßt. Hatte man noch einige Tage zuvor die Koblenzer Stadtverwaltung aufgefordert, ihre „ebenso müde wie verderbliche Zurückhaltung“ aufzugeben,¹⁹ konstatierte man nach den Pressegesprächen, dass der Oberbürgermeister von Koblenz „sein bisheriges Schweigen“ gebrochen habe, und dass die Stadtverwaltung „aus ihrer Lethargie zu

erwachen [scheine].“²⁰ Als Fürsprecher der Stadt Koblenz schaltete sich zur gleichen Zeit – also kurz bevor der Landtag sich mit dem Streitpunkt beschäftigen sollte – auch die Industrie- und Handelskammer Koblenz ein. In einem Schreiben an Altmeier vom 11. November 1949 betonte man, dass die Verlegung des Regierungssitzes kaum etwas an den Abspaltungstendenzen des südlichen Teils von Rheinland-Pfalz ändern würde. Zuspruch erhielt die Stadt Koblenz auch von der Koblenzer Handwerkskammer und der Vereinigung mittelrheinischer Unternehmerverbände. Während die Handwerkskammer die für die Betriebe existenzbedrohenden Wirtschaftsfolgen der Hauptstadtverlegung hervorhob, erklärten die Unternehmerverbände am 26. November 1949, dass eine Mitgliederversammlung das Verbleiben der Vereinigung in Koblenz bestimmt hätte, auch wenn es zu einer Entscheidung für Mainz kommen sollte.

Auf Koblenzer Seite bediente man sich zudem vor allem finanzieller Argumente, um sich in der Landeshauptstadtdiskussion gegen den Umzug der Landesregierung nach Mainz auszusprechen. Es sei besonders mit „Rücksicht auf die zum großen Teil noch unerfüllten sozialen Verpflichtungen des Landes“ unverantwortlich, hohe Summen aufzubringen, um die Verlegung zu bezahlen. Vielmehr sei diese „Verschwendung“ zu vermeiden und weiterhin in Koblenz zu verbleiben.²¹ Des Weiteren unterstrichen die Vertreter von Koblenz, dass die Bestimmung Bonn's zur vorläufigen Hauptstadt der neuen Bundesrepublik Deutschland für ein Verbleiben der rheinland-pfälzischen Regierung in Koblenz spräche, da auf diese Weise die Beziehungen zur Bundesregierung leichter zu pflegen seien als von Mainz aus.

2.3 Die Interessen der französischen Besatzungsmacht

Die Ausgangsposition der französischen Militärregierung in der Regierungssitzfrage war eindeutig. Sie selbst hatte in der Ordonnanz Nr. 57 Mainz als rheinland-pfälzische Landeshauptstadt

bestimmt. Aus diesem Grund drängte man auf die Umsetzung der Verordnung. Zudem war für die Franzosen die Hauptstadtproblematik untrennbar mit der Frage nach dem Fortbestand des von ihnen gegründeten Landes Rheinland-Pfalz verknüpft. Sie hatten ein großes Interesse an dessen Existenzsicherung. Zum einen resultierte diese Haltung aus dem Konflikt zwischen Großbritannien und Frankreich über die territoriale Gestaltung des rheinischen Raumes. Durch die Weigerung der Briten über eine Abänderung der räumlichen Gliederung des von ihnen ins Leben gerufenen Nordrhein-Westfalens zu verhandeln, rückte der französische Wunsch, den eigenen Einflussbereich in Richtung Norden zu erweitern, in weite Ferne. Das britische Verhalten zwang Frankreich nun ebenso zu einer kompromisslosen Position und in einem geheimen Dokument vom 12. Mai 1948 erklärte man daher, dass wenn Nordrhein-Westfalen nicht neu gegliedert werden dürfe, auch Rheinland-Pfalz unangetastet bestehen bleiben müsse. Zum anderen trat Frankreich für den Erhalt von Rheinland-Pfalz ein, da es das einzige ganzheitlich der französischen Besatzungszone angehörende Land darstellte. Sollte es zu einer Auflösung kommen, beurteilte man die eigene Position hinsichtlich des Aufbaus in Westdeutschland als geschwächt. Nur als Vertreter eines „ganzen“ Landes sah man den Respekt und Einfluss in der Tripelallianz der Besatzungsmächte gesichert. Rheinland-Pfalz und Mainz hatten für Paris somit „ein beachtliches deutschland- und damit auch europapolitisches Gewicht“.²²

Neben den geschilderten Gefahren von „außen“ sah die Militärregierung die Schwierigkeiten innerhalb des Landes. So konstatierte ein französischer Beobachter den Auflösungsdrang des Südens von Rheinland-Pfalz, genauer gesagt der Pfalz. Man glaubte aber, diesen durch die Verlegung des Regierungssitzes stoppen zu können. Denn landespolitisch galt Koblenz als Symbol für die „Dominanz des Nordens“, Mainz jedoch stand für „Ausgleich und Stabilität“.²³ Die französische Seite beurteilte deshalb den Umzug der Landesregierung von Koblenz nach Mainz als bedeutsamen Schritt auf dem Weg zur inneren Konso-

lidierung des jungen Landes. Daher trat die französische Militärverwaltung als eiserner Verfechter der Hauptstadtverlegung auf.

Somit ist es nicht weiter verwunderlich, dass die Allgemeine Zeitung, fußend auf den Ausführungen des Ministerpräsidenten, im Hinblick auf die Hauptstadtproblematik im Februar 1949 verlautbarte: „Die französische Militärregierung hat in dieser Frage vor kurzem einen erneuten Vorstoß unternommen. Sie drängt darauf, daß die Verlegung der Landesregierung von Koblenz nach Mainz baldmöglichst erfolgen soll und daß spätestens ab Juni d.J. mit der Verlegung einzelner Ministerien von Koblenz nach Mainz begonnen werden soll.“²⁴ Auf französischer Seite war man also an einer baldigen und zügigen Übersiedlung der Landesregierung und des Landtags interessiert. Deshalb rief die sich hinziehende Ermittlung der vorhandenen Räumlichkeiten in Mainz und die Diskussion der technischen und finanziellen Schwierigkeiten des Umzuges die Militärregierung auf den Plan. Bei einer Besprechung mit Altmeier am 5. Juli 1949 erklärte

Gouverneur Hettier de Bois Lambert, dass nun endgültig der Termin für die Übersiedlung nach Mainz bestimmt werden müsse. Ebenso drängte der Hohe Kommissar François-Poncet auf die Erfüllung der Ordonnanz Nr. 57. In einem Gespräch mit Bois Lambert

und Altmeier am 27. Juli 1949 unterstrich er die Vorteile der Stadt Mainz. Neben der zentralen Lage, der bedeutenden geschichtlichen Vergangenheit und der Universität spräche die gute Verbindung nach Frankfurt für Mainz. Zudem sei hier auch wesentlich in den Wiederaufbau finanziert worden. Auch in weiteren Reden verlieh der Franzose seiner Position Nachdruck:



**Gouverneur
Hettier de Bois Lambert,
rechts Peter Altmeier**

„Durch ihre große Rolle in der Vergangenheit, als Sitz des ersten unter den Kurfürsten, als Wirkungsstätte eines Erzbischofs, am Zusammenflusse des Rheines und des Mains, ist die Stadt Mainz Wegweiser nach Osten wie nach Westen und dadurch geradezu prädestiniert, eine Landeshauptstadt zu werden. Freilich weiß ich, daß dies nicht die Meinung aller Koblenzer ist. Gegen deren Auffassung sprechen aber die Geschichte, die Geographie, die Natur, die Sorge um die Zukunft und vor allem sogar der gesunde Menschenverstand – und das sind Mächte, die sich schließlich durchsetzen!“²⁵

Vorerst wurden die Erwiderungen des Ministerpräsidenten, dass noch Räume fehlten und sich der Landtag mit der Thematik noch nicht befasst hätte, akzeptiert. Doch die französische Besatzungsmacht erhöhte in der Folgezeit den Druck. Am Vorabend der entscheidenden Landtagssitzung, also am 28. November 1949, bat der Gouverneur der Pfalz, André Brozen-Favereau, im Auftrag des Hohen Kommissars, André François-Poncet, Peter Altmeier zu einem Gespräch. In diesem verdeutlichte der Gouverneur, dass Koblenz, falls gegen den Umzug nach Mainz votiert werden würde, mit erheblichen Belastungen durch die Umsiedlung des alliierten Sicherheitsamtes nach Koblenz zu rechnen habe. Aufgrund des Widerspruches Altmeiers erklärte Brozen-Favereau, dass Adenauer „für die Errichtung der Bundesregierung in Bonn sein ganzes persönliches Gewicht in die Waagschale gelegt“ hätte und man dieses Engagement auf Seiten des Ministerpräsidenten jedoch nicht feststellen könne.²⁶

Nach der Zurückstellung der Entscheidung über die Verlegung des Regierungssitzes durch den Landtag bat Brozen-Favereau den Ministerpräsidenten schon am nächsten Tag um ein erneutes Gespräch. Der aufgrund des Abstimmungsergebnisses sehr enttäuschten französischen Militärverwaltung war daran gelegen, das weitere Vorgehen der Landesregierung in der Hauptstadtfrage in Erfahrung zu bringen. In der Folgezeit bemühte sich die französische Seite weiter um die Lösung der

Landeshauptstadtfrage. In einem Vortrag über die deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen in Koblenz kam François-Poncet abermals auf die rheinland-pfälzische Regierungssitzdebatte zu sprechen. In Gegenwart zahlreicher Vertreter der Industrie, sämtlicher Minister des Landes Rheinland-Pfalz, von Ministerpräsident Altmeier und von Vertretern der deutschen Behörden, formulierte er folgenden Appell: „Erheben sie ihre Blicke und ihre Geister über den Kirchturm hinaus und wenden sie sich den großen Zielen der Zukunft zu.“²⁷ Der Hohe Kommissar sprach sich hiermit gegen die starke kommunalpolitische Prägung der Hauptstadtdebatte aus. Die französische Besatzungsmacht ließ keinen Zweifel daran, dass eine Entscheidung gegen die von ihr gewünschte Hauptstadt Mainz weitreichende Folgen haben würde. So erklärte Landeskommis­sar Hettier de Bois­lambert auf einer Pressekonferenz Ende Februar 1950, dass man im Falle des Verbleibens der rheinland-pfälzischen Landesregierung in Koblenz zum einen die leerstehenden Wohnungen in Mainz für französische Zwecke nutzen werde und zum anderen die Beschlagnahmung weiterer Wohnungen in Koblenz für das alliierte Sicherheitsamt notwendig werden würde. Obwohl letztendlich Artikel 2 der Ordonnanz aufgehoben und damit die deutsche Entscheidungsfreiheit in der Regierungssitzdiskussion hergestellt wurde, war man auf französischer Seite von einem Entschluss für die Landeshauptstadt Mainz überzeugt.

Aufgrund der Entscheidung des Landtags am 4. April 1950 geriet Altmeier bei der französischen Militärverwaltung in Misskredit. François-Poncet telegraphierte sofort nach Paris und urteilte folgendermaßen über den Ministerpräsidenten: „Il a trahi notre confiance et fait preuve d'une extrême duplicité.“²⁸ Das Vertrauen François-Poncets in Altmeier blieb auch in der Folgezeit erschüttert. Die Versicherung des Ministerpräsidenten, dass sich der Landtag bei einer erneuten Abstimmung im gewünschten Sinne entscheiden würde, versah der Franzose in seinem Bericht mit dem Vermerk: „L'expérience enseigne malheureusement qu'il



**Hoher Kommissar
André François-Poncet**

est difficile d'avoir confiance dans les affirmations du chef du Gouvernement."²⁹ Die französische Besatzungsmacht fühlte sich düpiert und reagierte mit der Requirierung von für die Landesbediensteten freigegebenen Wohnungen in Mainz und mit der Beschlagnahme von Räumlichkeiten in Koblenz. Man hoffte, auf diese Art und Weise einen Stimmungsumschwung herbeiführen zu können. Besonders François-Poncet

sprach sich dafür aus, durch gezielte Maßnahmen den Druck zu erhöhen.

Diese Repressalien spiegeln die Bedeutung der Hauptstadtproblematik für die Franzosen wider. Zu eng waren die Frage nach der Existenz des Landes und die gewünschte Stellung in Westeuropa mit dieser Entscheidung verbunden.

Dementsprechend erleichtert war man auf französischer Seite, als die Landtagsabstimmung am 16. Mai 1950 eine Mehrheit für den Umzug nach Mainz brachte. Anlässlich seiner Übersiedlung von Koblenz nach Mainz verlieh der Hohe Kommissar François-Poncet auf einem Empfang für über 1200 prominente Persönlichkeiten aus Rheinland-Pfalz der Zufriedenheit über die Hauptstadtverlegung Ausdruck. Er betonte, dass Mainz als „Austauschzentrum“ dienen sollte, um so eine „Brücke“ zwischen Frankreich und Deutschland zu bilden. Überdies versprach François-Poncet: „Wir werden versuchen Ihrer Stadt und Ihrem Land zu vollem Wert und Bedeutung zu verhelfen. Vielleicht werden Sie und wir eines Tages glücklich sein, mit Mainz und dem Bestehen eines Landes Rheinland-Pfalz in Deutschland rechnen zu können.“³⁰

2.4 Die Diskussion im rheinland-pfälzischen Landtag

Die rheinland-pfälzische Landeshauptstadtfrage wurde natürlich auch von den verantwortlichen Politikern diskutiert. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass die Problematik der Verlegung der Landesregierung nicht nur zu Auseinandersetzungen zwischen den Parteien, sondern auch zu heftigen Debatten innerhalb der politischen Gruppierungen führte. Lediglich die Kommunisten lehnten den Umzug von Koblenz nach Mainz geschlossen ab. Sie forderten zugleich aber auch die Auflösung des Landes Rheinland-Pfalz.

Die politischen Rahmenbedingungen

Die Verordnung Nr. 23 vom 13. Dezember 1945 der französischen Militärregierung legte fest: „Die Gründung politischer Parteien demokratischen und antinationalsozialistischen Charakters wird gestattet.“³¹ Doch die Versuche überregionaler Parteizusammenschlüsse trafen, im Gegensatz zu den Entwicklungen in der amerikanischen und britischen Zone, auf Widerstand und Ablehnung von Seiten der französischen Besatzungsmacht und wurden nicht gestattet. Diese Tatsache verstärkte das Denken in regionalen Teilgebieten in dem wenig später aus sehr heterogenen Gebieten gebildeten Rheinland-Pfalz.

Ähnliche Auswirkungen hatte die politische Struktur des Landes. In den Bezirken Trier und Koblenz war die CDU stärkste Partei, während in Rheinhessen und der Pfalz die SPD die führende Rolle einnahm. Von untergeordneter Bedeutung waren die Sozialdemokraten hingegen im Norden von Rheinland-Pfalz. Zudem bestand in allen Gebieten die stete Befürchtung der Übervorteilung anderer Landesteile. So ging man im südlichen Rheinland-Pfalz von einer wirtschaftlichen Begünstigung des Nordens aus. Denn obwohl der industrielle Schwerpunkt von Rheinland-Pfalz im Süden lag und demnach hauptsächlich die Pfalz und Rheinhessen das Steueraufkommen erbrachten, wurde das Land im Norden verwaltet und die Einnahmen dort verteilt. Im Süden



Plenarsitzung des Landtags im Koblenzer Görreshaus

war man ferner davon überzeugt, dass die rheinland-pfälzische Regierung von den Vertretern des nördlichen Gebietes dominiert würde. Die schwierigen politischen Verhältnisse traten auch bei der Abstimmung über die Verfassung am 18. Mai 1947 zutage. Zwar sprachen sich 53 Prozent der rheinland-pfälzischen Bevölkerung für die Verfassung aus. Jedoch weisen die Abstimmungen in den einzelnen Landesteilen erhebliche Unterschiede auf. Im Norden war die Zustimmung überwältigend. So betrug der Prozentsatz zum Beispiel im Regierungsbezirk Trier 76,5. In Rheinhessen und der Pfalz hingegen war die Situation eine völlig andere. Hier stimmten nur 46,8 beziehungsweise 40,3 Prozent für die Verfassung. Erschwerend kam für das Land, das als eines der finanzschwächsten in Westdeutschland galt, hinzu, dass der Artikel 29 des Grundgesetzes mit dem Gebot der Neugliederung auf Rheinland-Pfalz besonders zuzutreffen schien. Demnach sollten Länder geschaffen werden, die nach Größe und Leistungsfähigkeit die ihnen obliegenden Aufgaben erfüllen konnten. Des Weiteren wurde der Handlungsspielraum der Landesregierung durch die Bestimmungen und Kontrolle von Seiten der französischen Besatzungsmacht eingeschränkt.

Der technische Aspekt der Landeshauptstadtfrage

Die technische Frage stellte einen wichtigen Punkt in den Auseinandersetzungen um die Verlegung der Landeshauptstadt dar. Genau gesehen waren technische Schwierigkeiten der Auslöser dieses Streits. Denn Landtag und Landesregierung nahmen ihren Sitz nur in Koblenz, weil die Kriegszerstörungen in Mainz die Durchsetzung des Artikels 2 der Verordnung Nr. 57 der französischen Militärregierung nicht zuließen. Ohne diese als Zwischenlösung gedachte Regelung hätte sich keine Hauptstadtdebatte entfachen können.

Sowohl in Mainz als auch in Koblenz bemühte man sich nach dem Zweiten Weltkrieg um einen raschen Wiederaufbau. Als zur Jahreswende 1948/49 der „Landeshauptstadtstreit“ losbrach, verwiesen beide Städte auf die von ihnen für den Wiederaufbau getätigten Investitionen und versuchten auf diese Weise den eigenen Anspruch auf den Regierungssitz zu untermauern. Auf einer Pressekonferenz im Januar 1949 verdeutlichte Staatssekretär Otto Schmidt die technischen Schwierigkeiten einer möglichen Hauptstadtverlegung. Demnach waren in Mainz Büro- und Wohnräume für 1127 Regierungsangehörige zur Verfügung zu stellen. Hinzu kam die Frage nach der Unterbringung des Landtags. Um die räumlichen Gegebenheiten für einen Umzug zu überprüfen, wurden im Februar 1949 ein französischer und ein deutscher Ausschuss ins Leben gerufen. Zunächst besichtigte man die für die Landesregierung in Frage kommenden Gebäude. Dazu zählten das Telehaus, das Woolworthgebäude, der Bassenheimer Hof und der Osteiner Hof. Anschließend übernahm auf deutscher Seite der Chef der Staatskanzlei, Hanns Haberer, die Erkundungen vor Ort. Daher stand Haberer Rede und Antwort, als im Mai 1949 die FDP den Versuch unternahm, Klarheit in die aus ihrer Sicht undurchdringliche Hauptstadtfrage zu bringen. Die Große Anfrage der FDP lautete: „Ist die Landesregierung in der Lage, über die Verlegung des Sitzes der Landesregierung von Koblenz nach Mainz genaue Angaben zu machen, und zwar: 1. über den Zeitpunkt, 2. über den Umfang, 3. über die Kosten?“³²



**Ministerpräsident
Peter Altmeier**

gungen des Abgeordneten Nowack (FDP), dass eine Aussage über den Umfang und die Kosten noch nicht möglich sei. Aufgrund der Ausführungen Haberers wurde von Seiten der rheinland-pfälzischen Abgeordneten letztlich auf eine Diskussion verzichtet.

Aus Sicht der FDP-Abgeordneten war diese Anfrage vonnöten, da es sich bei dem Ergebnis der Auseinandersetzung „um eine Entscheidung von weittragender politischer und wirtschaftlicher Bedeutung“ handele und deshalb „die Öffentlichkeit Anspruch darauf [habe], über die ... gestellten Fragen genau unterrichtet zu werden.“³³ Der Chef der Staatskanzlei entgegnete den Darle-

Die Verhandlungen über den Umzug nach Mainz gingen indes weiter. Am 5. Juli 1949 fand zwischen Ministerpräsident Altmeier und dem Gouverneur Hettier de Boislabert ein Gespräch statt, in dem der Franzose auf die Festlegung des Umzugstermins nach Mainz drängte und der Landesregierung für ihre Verwendung den Bassenheimer Hof, das Haus Maack, das Telehaus und das Woolworthhaus in Aussicht stellte. Als von Seiten der französischen Besatzungsmacht in der Folgezeit der Druck zunahm und die Militärregierung in einer weiteren Besprechung am 27. Juli 1949 die Frage der Hauptstadtverlegung erneut thematisierte, sah sich Altmeier zu einer Erklärung veranlasst. Im Sinne der Ministerratsbeschlüsse verdeutlichte er der Militärregierung unter anderem, dass zwar gewisse Landesbehörden in Koblenz verbleiben könnten, dass die Landesregierung jedoch nur in ihrer Gesamtheit nach Mainz umziehen werde. Obwohl man weniger Platzbedarf als in Koblenz habe, würden aber weitere 115 Räume fehlen. Am 27. November, also zwei Tage vor der entscheidenden Landtagssitzung, zählte der Mainzer Oberbürgermeister

Stein in einer kurzen Denkschrift „Warum Mainz Landeshauptstadt bleiben muß“ die zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten auf. Die Denkschrift richtete sich zum einen an den Landtag, zum anderen stellte sie die Antwort auf das vom Koblenzer Oberbürgermeister Schnorbach veröffentlichte Werbeschreiben „Koblenz oder Mainz“ dar.

Als sich der Landtag am 29. November 1949 mit der Hauptstadtfrage beschäftigte, ging der Berichterstatter des Ältestenrates, Scheerer (SPD), auf die am 25. November in Mainz abgehaltene gemeinsame Sitzung des Ältestenrates und des Kabinetts ein. Beide Körperschaften hatten sich vor Ort ein Bild über die Voraussetzungen für eine etwaige Übersiedlung der Landesregierung machen wollen. Die Ermittlungen ergaben, dass dem Bedarf an mindestens 341 Büroräumen der tatsächliche Bestand von 222 Räumen gegenüberstand. Neben der Verlautbarung dieser Zahlen wies Scheerer darauf hin, dass in dem Fall des Umzuges der Landesregierung nach Mainz die Besatzungsdienststellen wohl ebenfalls nach Mainz verlegt werden würden. Zudem erläuterte er, dass die Arbeiten am Kurfürstlichen Schloss eine provisorische Unterbringung des Landtags ab Januar 1950 ermöglichen würden. Der sich anschließenden Diskussion und Abstimmung lagen drei unterschiedliche Anträge zugrunde. Während sich einige FDP-Abgeordnete für eine definitive Lösung der Hauptstadtfrage und für Mainz als Regierungssitz aussprachen, wollten die Sozialdemokraten es bei der bisherigen Regelung belassen. Die CDU hingegen wünschte – mit Unterstützung der Landesregierung – eine Zurückstellung der Entscheidung, da man sich aufgrund einer fehlenden verbindlichen Klarstellung von Seiten des französischen Landeskommissars „über die künftige Verwendung der bei der Verlegung der Landesregierung ... nach Mainz freierwerdenden Gebäude und Wohnungen in Koblenz“ außerstande sah „über die Frage des endgültigen Regierungssitzes der Landesregierung Beschluß zu fassen.“³⁴ Ferner konstatierte die CDU, dass die technischen Voraussetzungen für einen Umzug nach Mainz nicht gegeben seien. Dem in diesem Zusammenhang

geäußerten Vorwurf, man wolle sich vor einer Entscheidung drücken, erklärte Altmeier eine klare Absage. Der Ministerpräsident unterstrich, „daß der Wiederaufbau der Stadt Mainz nicht nach den deutschen EntschlieÙungen, nicht nach den Beschlüssen der Landesregierung erfolgen konnte, sondern auf Grund eines von der Besatzung aufgestellten Programms.“³⁵ Des Weiteren belegte er die „technische Unvollkommenheit in Mainz“ mit den Ausführungen des Berichterstatters Scheerer. Bei der folgenden Abstimmung konnte sich der CDU-Antrag – bei zwei Enthaltungen – mit der denkbar knappen Mehrheit von 48 zu 46 Stimmen durchsetzen. Allen Beteiligten war klar, dass ohne den weiteren Wiederaufbau von Büro- und Wohnräumen an eine Verlegung der Landeshauptstadt nicht zu denken war. Man beauftragte den Ältestenrat und die Landesregierung, die Frage einer räumlichen Unterbringung in Mainz zu klären.

Am 26. Februar 1950 erfolgte die gemeinsame Besichtigung der für die Landesregierung vorgesehenen Gebäude durch Altmeier, Haberer und Hettier de Bois Lambert. Während man auf französischer Seite zu dem Ergebnis gelangte, dass von den 400 benötigten Räumen nun nur noch acht bis neun fehlten und somit die „wohnlichen Voraussetzungen“ für eine Übersiedlung nach Mainz gegeben seien, fiel das Urteil der Landesregierung weniger positiv aus. Zum einen weil die Unterbringung des Landtags offenblieb. Zum anderen, da die für die Landesregierung vorgesehenen Gebäude teilweise noch besetzt waren. Ferner sprach man einigen Räumlichkeiten eine dauerhafte Eignung für die eigenen Belange ab und beurteilte die Baracken an der Wallstraße als völlig unzumutbar. Aufgrund einer indiskreten Information aus der Staatskanzlei erlangte die Öffentlichkeit Kenntnis über diese Vorbehalte. GroÙer Unmut auf Seiten der Bevölkerung war das Resultat. Die häufig selbst noch in Notunterkünften untergebrachten Bürger verurteilten die „hohen Ansprüche“ der Regierung und Verwaltung. Aufgrund der überaus verzwickten Lage sprach sich das Kabinett für eine Entscheidung des Landtags aus und schaltete hierfür den Ältestenrat ein.

Die Prüfungen des Ältestenrates bestätigten die Ergebnisse der Landesregierung. Die französische Besatzungsmacht hatte wohl zu schnell ein schlecht vorbereitetes Angebot unterbreitet. An diesen konträren Beurteilungen der räumlichen Voraussetzungen wird deutlich, dass die französischen und die deutschen Verwaltungsorgane die Wohnungssituation überaus unterschiedlich sahen. Eine genauere Betrachtung des Kabinettsberichts an den Landtag zeigt, dass dieser weder unsachlich noch taktisch angelegt war, um die Übersiedlung der Landesregierung zu verhindern. Vielmehr zeigt sich eine grundsätzlich den Umzug befürwortende Haltung auf Seiten der Landesregierung. Am 2. März 1950 sprach sich der Ältestenrat für die Verlegung der Landeshauptstadt aus. Neben der Aufhebung des Artikels 2 der Ordonnanz Nr. 57 postulierte man die Schaffung der technischen Voraussetzungen und die Übergabe des im Besitz der Stadt Mainz befindlichen Kurfürstlichen Schlosses an das Land als Bedingungen für den Umzug. Die letztgenannte Forderung führte zu den bereits geschilderten Auseinandersetzungen mit der Stadt Mainz und dem Entschluss, das Deutschhaus für die Unterbringung des Landtags vorzusehen. In weiteren endlosen Debatten ging es immer wieder um fehlende Räume und die Höhe der Mieten, die in Mainz als wesentlich höher galten.

Nach der Aufhebung des Artikels 2 der Verordnung Nr. 57 und der damit hergestellten deutschen Entscheidungsfreiheit in der Hauptstadtproblematik sah sich die Landesregierung zum Handeln veranlasst. Die angestellten Ermittlungen ergaben die Summe von 384 Räumen. Diese Summe ließ sich auf die geforderte Zahl von 400 erhöhen, da es sich bei den Räumen im Basenheimer Hof um große, teilbare Zimmer handelte. In einer gemeinsamen Sitzung des Minister- und des Ältestenrates am 3. April 1950 kam man daher zu der Schlussfolgerung, dass die Verlegung der Landesregierung erfolgen solle und formulierte einen entsprechenden Antrag. In dem der Debatte am 4. April 1950 vorgeschalteten Bericht beider Körperschaften hieß es zur Begründung:

„Die Gesamtsituation, wie sie sich ergibt durch a) den Umzug des Landeskommisariats nach Mainz, b) die Einrichtung des Sicherheitsamtes in Koblenz, c) die voraussichtlich stärkere Belegung von Koblenz mit Militärkontingenten, läßt den Umzug von Parlament und Landesregierung im Interesse einer unbehinderten Abwicklung der Regierungsgeschäfte als zweckmäßig erscheinen.“³⁶

Diese Punkte wurden in der folgenden Landtagsdiskussion immer wieder aufgegriffen. So sprach der Abgeordnete Otto Schmidt



**Otto Schmidt,
Abgeordneter**

(SPD) davon, dass der Beschluss, das alliierte Sicherheitsamt in Koblenz zu installieren, bei vielen Sozialdemokraten dazu geführt habe, die Frage Koblenz – Mainz neu zu prüfen. Seiner Meinung nach sei es die „logische Schlußfolgerung..., daß die Mehrheit der Abgeordneten und auch die Landesregierung nicht im Schatten von soviel Generälen zu regieren und zu arbeiten [wünsche]“ und in Koblenz somit „kein Platz mehr“ für Landtag

und Landesregierung sei.³⁷ Es gab jedoch auch andere Auffassungen. Der Abgeordnete Fritz Neumayer (FDP) sprach sich gegen das Argument des militärischen Drucks aus. Denn ein Wegzug von Koblenz aufgrund des Sicherheitsamtes sei seiner Ansicht nach wenig sinnvoll, da sich in Mainz die Militärregierung befinde.³⁸

In der Landtagssitzung vom 16. Mai 1950, in der die Hauptstadtverlegung abschließend diskutiert wurde, spielten ebenfalls technische Erwägungen eine Rolle. Erschwerend kam in der Debatte hinzu, dass aufgrund der Landtagsentscheidung am 4. April 1950 die für die Landesregierung vorgesehenen Räumlichkeiten in Mainz von der französischen Militärregierung nicht freigegeben und weitere Forderungen in Koblenz ausgesprochen worden

waren. Von Relevanz war darüber hinaus die Ankündigung des Landeskommissars, dass aufgrund des Beschlusses des Landtags, den Umzug nach Mainz nicht durchzuführen, auch sein Amt in Koblenz verbleiben würde. Nach Auffassung des Landeskommissars führe diese Entscheidung ferner dazu, mehrere französische Dienststellen nach Koblenz zu verlegen, so etwa die Sureté aus Mainz und andere Behörden aus Bad Ems. Mit dieser Verlautbarung war die Forderung von 206 Wohnungen an die Stadt Koblenz verbunden. Demnach, so Staatssekretär Schmidt, müssten bei einem Verbleiben der Landesregierung in Koblenz erhebliche Baumaßnahmen in der Stadt an Mosel und Rhein erfolgen. Dies könne aber nur auf Kosten der anderen zerstörten Städte gehen. Weitreichende Folgen, so betonte Schmidt, hätte die Durchsetzung der vom Landtag am 4. April 1950 getroffenen Entscheidung auch für Mainz. Denn die dort für die Landesregierung zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten würden von der französischen Militärregierung in Anspruch genommen werden.³⁹ Diese Erwägungen beeinflussten das Abstimmungsverhalten der Landtagsabgeordneten und trugen ihren Teil zur letztlichen Entscheidung für Mainz als Regierungssitz bei.

Der finanzielle Aspekt der Landeshauptstadtfrage

Die Frage der technischen Schwierigkeiten war eng verknüpft mit der Diskussion um die anfallenden Kosten bei der Regierungssitzverlegung. Noch im Februar 1949 wies Altmeier darauf hin, dass die Realisierung des Artikels 2 der Ordonnanz

Nr. 57 vornehmlich eine geldliche Schwierigkeit darstelle. Das Problem der Finanzierung nahm daher eine zentrale Rolle in den politischen

Auseinandersetzungen ein. Das Land musste nicht nur die Kosten des Umzuges tragen, sondern auch hohe monetäre Mittel für den



**Finanzminister
Dr. Hans Hoffmann**

nötigen Wiederaufbau und Neubau von Wohnungen und Büroräumen in Mainz aufwenden. Die zu erwartenden finanziellen Belastungen sind während der Monate des Hauptstadtstreits nie genau und unbestritten beziffert worden. Nach den Ausführungen des rheinland-pfälzischen Finanzministers Hans Hoffmann sollten sie sich auf zwei Millionen DM belaufen. Die zu erwartenden monetären Aufwendungen wurde als eines der Hauptargumente von den Gegnern des Regierungsumzuges, so zum Beispiel von der KPD und Teilen der FDP, angeführt.

Dementsprechend war es die FDP, die im Landtag die Frage nach dem möglichen Kostenaufwand das erste Mal aufwarf. In der bereits erwähnten Großen Anfrage, die Punkt eins der Tagesordnung der Landtagssitzung am 31. Mai 1949 darstellte, forderte die Fraktion der FDP Angaben zu den Umzugskosten von Seiten der Landesregierung. Gemäß den Ausführungen Haberers war eine Bemessung der voraussichtlich anfallenden Kosten jedoch zum damaligen Zeitpunkt nicht möglich. Daher verzichtete das rheinland-pfälzische Parlament auf eine Diskussion der Hauptstadtproblematik. Die Frage der finanziellen Belastung wurde von der FDP durch den Abgeordneten Steger in der Landtagssitzung vom 29. November 1949 abermals aufgegriffen. Ebenso kam der Parlamentarier Feller von der Kommunistischen Partei darauf zu sprechen. Seiner Ansicht nach stellte die rheinland-pfälzische Landeshauptstadtdiskussion „eine Neuauflage“ des „[teuren Schauspiels] Bonn oder Frankfurt“ dar, die die „Steuerzahler ebenfalls teuer zu stehen“ komme. Er kritisierte des Weiteren, dass bereits hundert Millionen DM für den Bau von zwei Landeshauptstädten „verpulvert“ worden seien.⁴⁰ Aufgrund der anhaltenden Notsituation des Landes und des „Verantwortungsbewußtseins“ gegenüber dem Steuerzahler sprach sich Feller für eine schnellstmögliche Entscheidung in der Hauptstadtfrage und für das Verbleiben der Regierung in Koblenz aus.

Ähnliche Argumente prägten die erneute Debatte der Hauptstadtkontroverse am 4. April 1950. Vorausgegangen war der

Bericht des Ältestenrates und der Landesregierung, in dem sich die beiden Körperschaften für das Großherzogliche und gegen das Kurfürstliche Schloss als Landtagsgebäude aussprachen. Die Entscheidung resultierte einerseits aus der Weigerung der Stadt Mainz, dem Land das Kurfürstliche Schloss unentgeltlich zu übergeben und andererseits aus finanziellen Erwägungen. Denn die Investition der sich auf 750 000 bis 1 000 000 DM belaufenden Kosten für den Wiederaufbau des Deutschhauses erschien der Landesregierung sinnvoller als der mit 500 000 DM veranschlagte Umbau der von der Stadt Mainz vorübergehend zur Verfügung gestellten Räume im Kurfürstlichen Schloss. Man betonte: „Der Mehraufwand erscheint dadurch gerechtfertigt, daß den Dauerbedürfnissen des Landtags damit in erhöhtem Maße Rechnung getragen ist. Zudem wäre ohnedies die Frage der Wiederherstellung des Gebäudes [gemeint ist das Großherzogliche Schloss] im Laufe der nächsten Jahre für das Land akut geworden.“ Schließlich benannte der Bericht den für die Regierungsverlegung anfallenden Kostenaufwand. Neben einer Million DM für das Deutschhaus müsse man von einer weiteren Million für Büroumzug, Personalumzug und Herrichtung der Räumlichkeiten ausgehen.⁴¹

Der erste Redner der 79. Sitzung des Landtags, Parlamentarier Hermans (CDU), bezog sogleich Stellung zum monetären Aspekt der Hauptstadtdebatte. Er wies auf die finanziellen Belastungen und Verpflichtungen des Landes hinsichtlich kultureller Zwecke und schulpolitischer Aufgaben, wie

Herrichtung beschädigter Schulgebäude und die Bereitstellung weiterer Lehrkräfte und Lernmittel, hin. Aus diesen Gründen, so Hermans, sei es ihm unverantwortlich, „außerhalb des noch gar nicht zu übersehenden Gesamthaushalts des Landes erhebliche Summen



**Abgeordneter
Hubert Hermans**

...für den Umzug der Landesregierung auszugeben, über dessen allgemeinen und dauernden Nutzen für das Land man sehr geteilter Meinung sein“ könne.⁴²

In eine völlig andere Richtung zielte hingegen der Sozialdemokrat Schmidt. Dieser führte monetäre Argumente an, um den Umzug nach Mainz zu rechtfertigen. Seiner Ansicht nach bestand die Gefahr, dass Gelder, die man in Mainz einsparen wolle, doppelt in Koblenz aufgewandt werden müssten. Diese Situation ergab sich, gemäß Schmidt, aus der Einrichtung des alliierten Sicherheitsamtes in Koblenz. Dies würde weitere Baumaßnahmen zur Deckung des Wohn- und Bürobedarfs bedingen, für die seitens des Bundes keine Gelder zur Verfügung stünden. Zudem bringe die räumliche Trennung der Militärregierung mit Sitz in Mainz und der Landesregierung mit Sitz in Koblenz nicht nur verwaltungstechnische Erschwerungen, sondern auch finanzielle Belastungen mit sich. Die Aufbaukosten für das Deutschhaus hielt Schmidt für nicht diskutierbar, da „die Baulücke Großherzogliches Schloß ohnehin geschlossen werden“ müsse. Am Ende seiner Redezeit brachte Schmidt seine Befürchtungen und die einiger Parteigenossen noch einmal auf den Punkt. Er unterstrich:

„Wir glauben also in der Mehrheit unserer Fraktion, daß wir nach dem leidigen Hin und Her den Interessen des Landes und der Bevölkerung dienen, wenn wir jene Umzugskosten, die wir als reine Negativkosten betrachten können, auf uns nehmen, weil wir befürchten, daß wir das Doppelte nach und nach in anderer Form doch zulegen müssen.“⁴³

Der im Anschluss zu Wort kommende Abgeordnete Buschmann (KPD) kritisierte die Darlegungen Schmidts und verdeutlichte erneut die Einstellung der Kommunisten. Mit Entschiedenheit sprach er sich aufgrund der Kosten gegen den Umzug aus, vor allem auch, weil er der Auffassung war, dass die veranschlagten zwei Millionen DM nicht ausreichen würden. Ferner warf er der Landesregierung vor, dass ihre „Baupolitik ... vorwiegend in dem

Bau von Schlössern [gemeint sind Kurfürstliches und Großherzogliches Schloss]“ bestehe.⁴⁴ Die anschließenden Ausführungen der Parlamentarier Neumayer (FDP) und Feller (KPD) zielten in die gleiche Richtung. Sie sprachen sich gegen die Verlegung der Landesregierung aus, weil man den dadurch entstehenden Kostenaufwand als unverantwortlich beurteilte.

Der Riss innerhalb der Parteien in der Hauptstadtfrage – der bereits durch die Rede des Abgeordneten Hermans von der CDU deutlich geworden war – zeigte sich auch in der nun folgenden Argumentation des Sozialdemokraten Scheerer. Dieser betonte, dass ein finanziell so schlecht gestelltes Land wie Rheinland-Pfalz sich jeglicher Ausgaben enthalten solle, die nicht zwangsläufig seien. Die durch den Umzug entstehenden Kosten waren seiner Meinung nach jedoch nicht zwangsläufig und somit vermeidbar. Neben der Frage der Zweckmäßigkeit spielten in Scheerers Entschluss gegen Mainz soziale Überlegungen eine Rolle. Scheerer hob hervor, dass die Hauptstadtproblematik eine „Schicksalsfrage“ für die Angestellten des Landtags darstelle. Bedenken äußerte er hinsichtlich der in Mainz zur Verfügung stehenden Wohnungen, der Mietpreise und der etwaigen Trennung von Familien. Mit diesen Ausführungen stellte sich der Abgeordnete gegen die aus Christ- und Sozialdemokraten bestehende Landesregierung und deren Antrag.

Erschwerend kam in der Diskussion ein Einwand des Abgeordneten Wuermeling zum finanziellen Aspekt des Landeshauptstadtstreits hinzu. Dieser stellte klar, dass er den gemeinsamen Antrag des Ältestenrates und der Landesregierung für „geschäftsmäßig nicht zulässig“ hielt. Dies sei der Fall, weil der Antrag erstens „die Bewilligung eines Betrages von 2 Millionen DM [enthalte], die



**Abgeordneter
Franz-Josef Wuermeling**

der Gesetzesform [bedürfe] und auch durch das ... beschlossene Haushaltsgesetz nicht gedeckt [sei].“ Zweitens müsse der Antrag als unzulässig gelten, da es „auch nach den Grundsätzen der Geschäftsordnung nicht angängig [erscheine], mit der Einsetzung eines ohne jeden Zweifel völlig unzureichenden Betrages von 2 Millionen durch einen Landtagsbeschluß offensichtlich irrtümliche Vorstellungen über das wirkliche Ausmaß des Gesamtumzugskostenaufwandes und der damit dem sozialen Wohnungs-



**Staatsminister
Adolf Süsterhenn**

bau entzogenen Mittel bei der Bevölkerung zu wecken.“⁴⁵ Diese Bedenken fanden Eingang in einen von Wuermeling förmlich gestellten Antrag. Staatsminister Adolf Süsterhenn nahm im Folgenden dazu Stellung. Er verdeutlichte, dass er momentan keine endgültige Entscheidung treffen könne. Jedoch wies er darauf hin, dass die eventuelle Richtigkeit der Ausführungen Wuermelings den

Landtag nicht daran hindern würde, „in Form einer Resolution seinen Willen bezüglich der Verlegung des Sitzes der Landesregierung nach Mainz Ausdruck“ zu verleihen und „die Beschlußfassung in einer nachfolgenden Sitzung auch in einer formellen Gesetzesform noch einmal zu wiederholen.“⁴⁶ Nachdem der Abgeordnete Hermans der Erklärung Wuermelings Nachdruck verlieh, schaltete sich der Staatsminister Dr. Hans Hoffmann ein. Zum einen unterstrich er die Richtigkeit der im Antrag formulierten Zahlen, zum anderen schloss er sich den Ausführungen Süsterhenns an.

Als der rheinland-pfälzische Landtag am 16. Mai 1950 zusammentrat, artikulierten einige Abgeordnete abermals ihre finanziellen Vorbehalte hinsichtlich der Hauptstadtdebatte. So betonte der Parlamentarier Schieder von der KPD, dass sich die Kosten wohl nicht auf die angegebenen zwei Millionen DM, sondern auf eine Summe weit über vier Millionen belaufen würde. Hierbei bezog er

sich auf die Darstellung des Gesamtbetriebsrates.⁴⁷ Gleichermaßen hob der Abgeordnete Claus (FDP) hervor: „Meine Damen und Herren! Was Herr Dr. Nowack in der Sitzung am 4. April vorgebracht hat, daß das rein finanzielle Moment für uns ausschlaggebend ist, möchte ich heute noch einmal wiederholen.“⁴⁸ Für die Debatte von Wichtigkeit war zudem die Kleine Anfrage des Abgeordneten Dr. Zimmer von der CDU. Sie bezog sich auf die Ausführungen des Staatssekretärs Schmidt, der den Kostenaufwand für ein Verbleiben in Koblenz höher beurteilt hatte als für den Umzug nach Mainz. „Da die Umzugskosten für viele, wahrscheinlich für die meisten Abstimmenden für ihre Stimmabgabe entscheidend war,“ wollte Zimmer von der Landesregierung zu folgenden Punkten nähere Erläuterungen: „1. Welche zahlenmäßigen Berechnungen liegen der Behauptung des Abgeordneten Herrn Schmidt zugrunde? 2. Wie würde sich ein Verbleiben der Landesregierung in Koblenz auf die Wohnverhältnisse der Bevölkerung im Zusammenhang mit den Maßnahmen der Alliierten auswirken?“⁴⁹ Auf diese Anfrage Bezug nehmend, verdeutlichte Schmidt, „daß die Verlegungsfrage eine Rechenfrage sei und nicht eine politische.“⁵⁰ In seiner Erklärung ging er erneut auf die bereits erwähnten Folgen eines Verbleibens der Landesregierung in Koblenz ein. Er führte weiter aus, dass die Forderung von 206 Wohnungen in Koblenz – von französischer Seite – Kosten in Höhe von über fünf Millionen DM mit sich bringen würde, die das Land erstens aus finanziellen Gründen und zweitens aus Rücksicht auf andere rheinland-pfälzische Städte nicht erbringen könne. Für dieses Bauvorhaben sei auch kein Geld von der Bundesregierung zu erwarten. Neben dieser „Koblenzer Rechnung“ sei, laut Schmidt, das „schwerwiegende Argument“, dass im Falle eines Nichtumzuges die Militärregierung ihren ursprünglichen Verlegungsplan für Mainz umsetzen würde. Dies hätte nicht nur das Verbleiben zahlreicher Wohnungen und Büros in französischer Hand, sondern auch die notwendige Räumung von Wohnungen deutscher Familien in Mainz zur Folge. Neben diesen Ausführungen ging Schmidt auf die Erklärung des Gesamtbetriebsrates ein. Der gegen Mainz sprechende Faktor der Trennungsentschädi-

gung sei nicht haltbar, da diese Zahlungen auch in Koblenz anfielen. Ferner sprach er sich gegen die Behauptung aus, dass die veranschlagten Gelder in der Höhe von zwei Millionen nicht ausreichend für den Umzug seien. Er hielt diese Vorwürfe für eine nicht beweisbare Hypothese.

In die Debatte um die finanzielle Belastung schaltete sich auch erneut der Abgeordnete Wuermeling ein. Er verlangte von Finanzminister Hoffmann die „präzise Erklärung“, dass mit dem „Betrag von einer Million alle unmittelbaren und mittelbaren Kosten des Umzuges nach Mainz bestritten werden können.“ Als Antwort erläuterte Hoffmann abermals die zu erwartende Summe und erklärte: „Wenn der Landtag eine Million für den Umzug bewilligt, wird der Finanzminister sich erlauben, nicht mehr als eine Million ausgeben zu lassen.“⁵¹

Der politische Aspekt der Landeshauptstadtfrage

Die Frage nach der Entscheidungsbefugnis

Aufgrund der Verordnung Nr. 57 der französischen Militärregierung stand Mainz als Regierungssitz des Landes Rheinland-Pfalz fest. Unter diesem Blickwinkel betrachtet war eine politische Diskussion oder Entscheidung der Landeshauptstadtfrage

**Landtagspräsident
August Wolters**



von deutscher Seite eigentlich nicht möglich. Als aber im Mai 1949 das Besatzungsstatut unterzeichnet wurde, stellte sich die Frage, ob die Ordonnanz Nr. 57 nun überhaupt noch Gültigkeit besäße. Dies wird zum Beispiel in einem Schreiben des Landtagspräsidenten Wolters an Altmeier vom 24. August 1949 deutlich. In diesem erklärte Wolters, dass der Ältestenrat die Frage aufgeworfen habe, ob die Entscheidung in der Landeshauptstadtdebatte nunmehr nicht allein in die Zuständigkeit der deutschen Stellen gelegt sei. Ein in diesem Zusammenhang angefertigtes Rechtsgutachten des rheinland-pfälzischen Justizministeriums stellte im September 1949 jedoch klar, dass sich die Rechtslage in diesem Punkt nicht verändert habe. Die Bestimmung des Sitzes der Landesregierung gehöre nicht zu den in Ziffer 2 des Besatzungsstatuts im Einzelnen aufgezählten, den Hohen Kommissaren vorbehaltenen Gebieten. Diese Auslegung traf natürlich auf Zustimmung der französischen Militärregierung.

Von immenser Bedeutung für die Frage nach der Entscheidungsbefugnis im Landeshauptstadtstreit waren zudem die Beratungen des Bundestages im Herbst 1949. Der Parlamentarische Rat hatte Bonn als vorläufigen Sitz der Bundesregierung bestimmt. In der Diskussion im Bundestag, in der nun Bonn und Frankfurt am Main zur Auswahl standen, fiel am 3. November 1949 die Entscheidung für Bonn. Dies war insofern bemerkenswert, als dass der Beschluss in eigener Souveränität des deutschen Parlamentes, ohne Einwirkung der alliierten Besatzungsmächte, gefällt wurde. In Rheinland-Pfalz strebte man in der Hauptstadtfrage daher ebenfalls nach einer freien und souveränen Entscheidung durch deutsche Organe. Vor allem Ministerpräsident Altmeier kämpfte für dieses Ziel. Die gegenüber Altmeier geäußerten Vorwürfe und Verdächtigungen, dass er hoffe, seine Heimatstadt Koblenz zur Landeshauptstadt wählen lassen zu können, sind nicht haltbar. Der Ministerpräsident bemühte sich um die Aufhebung des entsprechenden Artikels der Verordnung Nr. 57, nicht um Koblenz eine Chance einzuräumen, sondern um die deutsche Souverä-

nität in der Entscheidung zu erreichen. Jene Absicht war von der Hoffnung beseelt, dem Land Rheinland-Pfalz und seiner Hauptstadt zu einer größeren Akzeptanz bei der Bevölkerung zu verhelfen. Denn eine Entscheidung aus deutschem Willen sollte dazu beitragen, den Makel eines zusammenbefohlenen Landes zu beseitigen. Des Weiteren wollte man so verhindern, dass sich die Bestimmung der Stadt Mainz zur Landeshauptstadt durch die Franzosen psychologisch ungünstig für Mainz auswirken würde. Aus diesen Gründen setzte sich die rheinland-pfälzische Landesregierung für die Aufhebung des Artikels 2 der Verordnung Nr. 57 ein. Das Ziel des Kabinetts war es aber nicht, eine Entscheidung zwischen Mainz und Koblenz herbeizuführen. Die Regierung um Peter Altmeier strebte einen deutschen und damit selbstbestimmten Entschluss für Mainz an. Die Nivellierung des Artikels 2 führte zu vehementen Diskussionen auf Seiten der Abgeordneten. Für manchen rheinland-pfälzischen Politiker war dieser Rechtsstreit aber weniger eine Grundsatzfrage als ein „taktisches Mittel“, um „die Entscheidung zu verzögern oder sich ihr zu entziehen.“⁵²

Die Aufhebung des entsprechenden Artikels konnte jedoch nur durch eine gemeinsame Entscheidung der drei alliierten Hohen Kommissare erfolgen, die als Rechtsnachfolger der Militärbefehlshaber die noch vorhandenen alliierten Rechte innehatten. Die Franzosen ihrerseits sahen keinen Handlungsbedarf. Hauptstadt von Rheinland-Pfalz war Mainz, auch wenn der Landtag und die Regierung noch in Koblenz arbeiteten. Zudem war unklar, durch welche Körperschaft die Hauptstadtentscheidung zu treffen war. Die rheinland-pfälzische Verfassung bot hierfür keine Lösung. Sie legte lediglich fest, dass der Landtag am Sitz der Landesregierung tagen müsse. Wer war also nun für diese Frage zuständig? Mit Problemen der inneren Organisation oder der Unterbringung des Landtags beschäftigte sich normalerweise der Ältestenrat. Doch eine Problematik dieser Tragweite konnte als Angelegenheit des ganzen Landtags betrachtet werden. Ähnliche Schwierigkeiten erkannte Altmeier. In einer gemeinsamen

Besprechung des Minister- und des Ältestenrates am 9. November 1949 stellte er fest, dass es nicht eindeutig klar sei, ob die Verlegung des Regierungssitzes Angelegenheit der Exekutive oder der Legislative sei. Bedingt durch den Wunsch der Landesregierung und die immer lauter werdenden Stimmen, die forderten, dem Landtag die Entscheidung in der Landeshauptstadtfrage zu überlassen, befasste sich das rheinland-pfälzische Parlament am 29. November mit dieser Thematik. In der Debatte betonte Ministerpräsident Altmeier, dass die Landesregierung schon seit einiger Zeit die Auffassung vertrete, dass eine Entscheidung in der Landeshauptstadtfrage nicht durch die Regierung selbst, sondern durch das rheinland-pfälzische Parlament zu treffen sei.⁵³ Ferner wurde in dieser Diskussion mehrfach auf die als untragbar empfundene mangelnde Entscheidungsfreiheit des Landtags im Hinblick auf den Sitz der Regierung eingegangen. So betonte der Abgeordnete Bögler (SPD), dass seine Fraktion der Auffassung sei, dass trotz der durch die Verordnung Nr. 57 bestehenden Rechtslage die Entscheidung über die Hauptstadt Angelegenheit des rheinland-pfälzischen Landtags sein müsse. Gleichwohl bestehe in diesen rheinland-pfälzischen Fragestellungen immer noch die französische Souveränität, unterstrich der Sozialdemokrat. Ähnlich äußerte sich der Kommunist Feller. Er hielt es für unverantwortlich, dass man in dieser Frage „nach der Pfeife der Militärregierung [...] tanzen“ müsse und forderte, sich gegen diesen Zustand zu wehren. Es sollte eine Entscheidung auf deutscher Ebene gefällt werden.⁵⁴ Die Debatte am 29. November endete aber, auf Antrag der CDU, mit der Vertagung des Entschlusses über den Umzug.

Am 2. März 1950 befasste sich der Ältestenrat abermals mit der Verlegung des Regierungssitzes. Vor der Umsetzung sollten jedoch drei Bedingungen erfüllt werden. Eine davon war die Aufhebung des Artikels 2 Absatz 1 der Ordonnanz Nr. 57. Dies war von Ministerpräsident Altmeier am 28. Februar 1950 beantragt worden. Bereits am 3. März 1950 gab der Gouverneur Hettier de Boislabert die bisherige französische Position auf und signalisierte

sierte Kompromissbereitschaft. Man einigte sich darauf, dass der Gouverneur den Antrag auf Aufhebung der Verordnung befürwortend an den Botschafter François-Poncet weiterleiten würde. Indes könne Ministerpräsident Altmeier die Aufhebung der Ordonnanz verkünden und mit dem Umzug beginnen. Eine Bestätigung des Antrages sollte dann kurze Zeit später erfolgen. In einem Schreiben des Gouverneurs vom 30. März 1950 erhielt Altmeier die Mitteilung, dass die Aufhebung des entsprechenden Artikels der Verordnung Nr. 57 vollzogen sei. Damit war die deutsche Entscheidungsfreiheit in der Hauptstadtfrage hergestellt.

Der Beschluss der alliierten Hohen Kommissare wurde zu Beginn der Landtagssitzung am 4. April 1950 verkündet. Die Kommunisten zeigten sich von dieser Verordnung wenig beeindruckt. Vielmehr unterstrichen sie die aus ihrer Sicht weiterhin bestehenden Einflussmöglichkeiten und Druckmittel der französischen Militärregierung. Der Parlamentarier Buschmann (KPD) hob hervor: „Es ist keinesfalls so, als ob die Vorlage der Landesregierung, die Vorlage des Ältestenrates, die Diskussionen oder die Vollmachten des Parlamentes ausschlaggebend wären in dieser Entscheidung. Es zeigt sich mit aller Deutlichkeit, daß die Interessen der Besatzungsmacht im Vordergrund ... stehen.“⁵⁵ Ministerpräsident Altmeier hingegen betonte „die hundertprozentige Freiheit“ des Landtags in dieser Auseinandersetzung. Des Weiteren stellte er noch einmal klar, „dass die Frage der Freiheit der Entscheidung im eigenen deutschen Raum für die Landesregierung in Übereinstimmung mit dem Ältestenrat eine erste Voraussetzung dafür [gewesen] war, an diese Frage überhaupt heranzutreten.“⁵⁶ Daher, so unterstrich Altmeier, habe er über Monate versucht, die Aufhebung des Artikels 2 der Ordonnanz Nr. 57 zu erreichen. Diese Bemühungen wurden von alliierter Seite mit der Entscheidungsbefugnis des rheinland-pfälzischen Parlamentes gekrönt. Ein ähnliches Bild zeichnete sich in der Landtagssitzung am 16. Mai 1950 ab. Während sich der Abgeordnete Schieder von der KPD über die seiner Meinung nach von der französischen Besatzungsmacht betriebene Erpressungspolitik äußerte, unterstrich

Peter Altmeier den mit Erfolg geführten Kampf um die Souveränität des Landtags in der Hauptstadtdebatte. Darüber hinaus hob er hervor, dass die Landesregierung „jederzeit mit Klarheit, Offenheit und Freimut“ die Interessen des Volkes gegenüber der französischen Besatzungsmacht vertreten habe und wehrte sich somit gegen den Vorwurf, erpressbar zu sein.⁵⁷

Die Möglichkeit der souveränen Hauptstadtwahl stellte in den Verhandlungen um den Sitz der Landesregierung einen klaren Vorteil Altmeiers dar. So konnte er „die militanten Rheinländer vom Schlage Wuermelings, deren ‚Nordblick‘ noch immer die Landeseinheit belastete bzw. gefährdete, bändigen.“⁵⁸ Ferner gelang es dem Ministerpräsidenten mit dem Erhalt der Entscheidungsbefugnis, den Widerstand der Sozialdemokraten gegen das Land Rheinland-Pfalz erheblich zu schwächen. Seinen Gegnern, die ihm immer wieder vorgeworfen hatten nur ein „Handlanger“ der französischen Militärregierung zu sein, konnte er somit Wind aus den Segeln nehmen.

Die Frage nach der Existenz des Landes

Die beiden Aussprüche „Mainz und Rheinland-Pfalz, Gott erhalt’s!“⁵⁹ und „Rheinland-Pfalz schafft uns vom Hals!“⁶⁰ belegen die absolut konträren Einstellungen im Parlament das Land Rheinland-Pfalz betreffend. Die Tatsache, dass diese beiden Aussagen während der Debatten um den Sitz der Landesregierung getroffen wurden, zeigt die Verquickung der Landeshauptstadtfrage mit der Frage nach der Existenz des Landes Rheinland-Pfalz. Als einzige Partei hatte die KPD eine klare Meinung zu diesen beiden Themen. Sie sprach sich für den Verbleib der Landesregierung und des Landtags in Koblenz und die Auflösung von Rheinland-Pfalz aus.

Das Problem Rheinhessen und die Pfalz

Die Landesregierung plädierte im Gegensatz zu den Kommunisten für eine Übersiedlung nach Mainz. In einem Gespräch mit dem Botschafter François-Poncet und dem Gouverneur Hettier

de Boislambert am 27. Juli 1949 wies Altmeier im Sinne der Ministerratsbeschlüsse darauf hin, dass man den Umzug wegen der besseren Verbindung zur Pfalz und zu Rheinhessen wünsche. Diesen beiden Regierungsbezirken, die dem Land und der ehemals preußischen Stadt Koblenz kritisch gegenüberstanden, sollte auf diese Weise entgegengekommen werden. Der Chef der Staatskanzlei, Haberer, hatte schon im Dezember 1948 auf die besondere Bedeutung der Stadt Mainz aufmerksam gemacht. Er gab zu Bedenken: „Wäre die Nahtstelle von Pfalz und Rheinland schon früher oder sogar von Anfang an in Mainz gewesen, so wären uns gewisse Auseinandersetzungen und Mißverständnisse erspart geblieben. Von Süden her und Norden hätten wir uns leichter und schneller zusammengefunden.“⁶¹ Denn ohne einen Ausgleich zwischen Nord und Süd war an eine Sicherung des Bestandes von Rheinland-Pfalz nicht zu denken. In diesem Punkt erhielt man Unterstützung vom Vorsitzenden der pfälzischen CDU, Ziegler. Dieser erklärte in der Landtagssitzung am 4. April 1950, dass er und seine Pfälzer Kollegen für Mainz votieren würden, weil dies für ihren Landesteil eine größere Nähe zum Regierungssitz bedeute. Er beurteilte Mainz als „den wahren, einzigen und möglichen Mittelpunkt, räumlich und auch politisch gesehen [des] Landes Rheinland-Pfalz.“⁶² Diese Gründe hatte die CDU Pfalz bereits in einem Entschluss vom März 1949 verdeutlicht. Um den Bestand des Landes zu sichern, betonte Ziegler, sei es ihm

auch wert, zwei Millionen DM für den Umzug auszugeben. Nicht weiter verwunderlich ist in diesem Zusammenhang, dass sich ebenso die FDP-Abgeordneten aus Rheinhessen für Mainz aussprachen. Der rheinhessische Politiker Steger (FDP) hob hervor, dass „Mainz als Landeshauptstadt ... zweifellos eine festere Klammer als Koblenz für den Bestand des Landes, eine Klammer für die Pfalz und Rheinhessen“ bilde.⁶³ In



**Landtagsabgeordneter
Alfred Steger**

diese Diskussion hatte sich „aus tiefer Sorge für den Bestand des Landes“ sogar der Bischof von Mainz, Albert Stohr, eingeschaltet. In seinem Schreiben vom 5. März 1950 an Altmeier heißt es:

„Wenn das Land mit seiner bedeutenden Rolle im Sinne der Stärkung des christlichen Staatsgedankens erhalten bleiben soll, dann muß wohl das Äußerste zur Erfüllung der Wünsche des Volkes getan werden. Das unruhigste Element in dieser Beziehung scheint die Pfalz zu sein, in der bedeutende Kräfte von außen angelockt werden zum Verlassen des jetzt bestehenden Landesverbandes. Vielleicht sind die Köder, die von Bayern aus hingehalten werden, nicht einmal die größten. Auch Rheinhessen ist stark vom Lande Hessen umworben. Sie kennen den dort herrschenden sozialistischen Wind. ... In diesem Gedankenzug scheint es mir eine dringende Notwendigkeit zu sein, die Landeshauptstadt von Koblenz weg nach Mainz, das heißt näher zur Pfalz zu verlegen. Es sind staatspolitische Gründe und solche aus den Fundamenten einer christlichen und abendländischen Politik. ... Ich darf Sie bitten, Ihren ganzen großen Einfluß in diesem Sinne geltend zu machen, damit wir nicht in Bälde am Grabe des Landes Rheinland-Pfalz stehen.“⁶⁴

Ziel eines Teils der Befürworter des Umzuges war also, die Kohäsionskräfte zwischen dem Nord- und dem Südteil von Rheinland-Pfalz zu stärken und die zentrifugalen Kräfte zu schwächen.

Jedoch wurde auch einige Kritik an dieser Argumentation laut. Zum einen von pfälzischen Abgeordneten selbst. Der Parlamentarier Neumayer von der FDP gab seine Auffassung kund, dass die Pfalz aus politischen und wirtschaftlichen Interessen nicht bei Rheinland-Pfalz verbleiben könne. Des Weiteren erteilte er der Hoffnung, dass die Verlegung des Regierungssitzes nach Mainz zwingend positive Auswirkungen auf die Einstellung der Pfälzer gegenüber Rheinland-Pfalz mit sich bringe, eine Absage. Er betonte: „Aber man soll doch nicht glauben, daß wir Pfälzer uns dadurch irgendwie in unserer Stellungnahme zu dem Lande

Rheinland-Pfalz bestimmen lassen werden, wenn wir nun die uns näher liegende Stadt Mainz als Landeshauptstadt bekommen.“⁶⁵ Mit solchen Äußerungen leistete Neumayer dem „Koblenzer Lager“, das Misstrauen gegen die Pfälzer hegte, natürlich Schützenhilfe. Nach der Ablehnung des gemeinsam von Landesregierung und Ältestenrat gestellten Übersiedlungsantrages am 4. April 1950 kursierten daher auch Vermutungen, dass einige pfälzische Sozialdemokraten für Koblenz gestimmt hatten, weil sie der Stabilisierung des Landes durch eine Hauptstadt Mainz entgegenwirken wollten.

Darüber hinaus äußerten sich Politiker aus anderen Landesteilen kritisch. Der Abgeordnete Hermans (CDU) argumentierte, dass die Umsiedlung der Landesregierung nicht zur Konsolidierung des Landes beitrage. Denn die Wahrscheinlichkeit, dass man mit Hilfe dieser Maßnahme neue landestreuere Elemente gewinnen könne, schätzte er als gering ein. Hermans unterstrich: „Während bisher das Hauptfeldgeschrei gegen den Bestand des Landes aus der Pfalz ertönt ist, hat die Pfalz keineswegs Garantien dafür geboten, daß sie durch ein bloßes räumliches Entgegenkommen bis Mainz auf die Dauer davon ablas-

**Parlamentarier Willy Feller
am Rednerpult**



sen würde, etwas derartiges zu verlangen.“ Vielmehr könne die Verlegung des Regierungssitzes dazu führen, dass „in die Reihen der bisher eindeutig Landestreuern eine Breche [Sic!] geschlagen“ werde.⁶⁶ Der Parlamentarier Feller wies in diesem Kontext auch auf die Verlautbarungen der Industrie- und Handelskammer Koblenz und des Unternehmerverbandes hin, die im Falle der Regierungssitzverlegung eine deutliche Orientierung Richtung Norden vornehmen würden. Ferner ging der Sozialdemokrat Bögler auf die Abspaltungstendenzen im Land ein. Seiner Ansicht nach sei Rheinland-Pfalz „zusammengestükkelt ... aus Teilen, die wieder auseinanderstreben.“ Bögler sah in dieser Bewegung einen natürlichen Prozess, weil die „einzelnen Landesteile wieder dort vereinigt sein wollen, wo sie einmal hingehört haben.“⁶⁷

Die Neugliederungsdebatte

Im Rahmen der Diskussionen um die Landeshauptstadt und die Existenz von Rheinland-Pfalz spielte auch die Debatte um die Neugliederung der Länder eine wesentliche Rolle. Diese Verknüpfung wird in der Aussage des Abgeordneten Nowack (FDP) deutlich, der darauf hinwies, dass es sich bei der Problematik der Regierungssitzverlegung um eine politische Entscheidung handele, die auch im Zusammenhang mit der Frage nach dem Bestand des Landes zu beurteilen sei. Ferner führte er aus: „Wenn man das Land Rheinland-Pfalz erhalten will, dann wird man wahrscheinlich nach Mainz gehen müssen, anders ist es dagegen, wenn Anzeichen vorhanden wären, daß das Land Rheinland-Pfalz in absehbarer Zeit sich in verschiedene



**Landtagsabgeordneter
Wilhelm Nowack**

Bestandteile auflösen oder anderen Teilen des Bundesgebietes sich anschließen würde bzw. von dort aus neue Teile hinzugeschlagen würden.“⁶⁸

Die Frage nach der möglichen Umformung der Länder hing bereits seit Gründung des Landes wie ein Damoklesschwert über Rheinland-Pfalz. Von Seiten der alliierten Besatzungsmächte erhielten die deutschen Länderchefs zum einen den Auftrag, eine Verfassung für den zu gründenden Weststaat auszuarbeiten. Zum anderen sollten sie über die Neuordnung der Ländergrenzen beraten. Da man aufgrund der ungewissen Lage wenig Veranlassung sah, an dem bestehenden Zustand etwas zu verändern, gingen die Verhandlungen der Ministerpräsidenten in diesem Punkt nur sehr langsam voran. Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen bemühten sich, die drohende Gefahr einer Länderneugliederung abzuwehren. Stellt man sich die Frage, wieso der rheinland-pfälzische Ministerpräsident mit Vehemenz versuchte Rheinland-Pfalz zu erhalten, ist machtpolitischer Behauptungswille sicherlich als ein Argument zu nennen. Bedeutender war jedoch die nationalpolitische Aufgabe von Rheinland-Pfalz in punkto Saar. Um die Existenz des Landes zu sichern, bediente sich Altmeier der Angst vor möglichen französischen Abspaltungsabsichten in der Pfalz. In seiner Argumentation unterstrich er die besondere Rolle von Rheinland-Pfalz in der Abwehr dieser Bestrebungen. Die geschilderten Befürchtungen, die sich allerdings als unbegründet herausstellen sollten, sicherten dem Ministerpräsidenten sogar die Unterstützung der Sozialdemokraten, die dem Land eigentlich ablehnend gegenüberstanden. Am 30. Juli 1948 stimmte der Landtag mit eindeutiger Mehrheit – es gab lediglich sechs kommunistische Gegenstimmen – für eine Resolution, die den Wunsch zum Ausdruck brachte, den Status quo zu erhalten. Man vertrat die Ansicht, dass die Länderneugliederung gesamtdeutsche Interessen nicht gefährden dürfe und daher in alleiniger deutscher Zuständigkeit entschieden werden müsse. Altmeier agierte „mit dieser Einbettung seiner spezifischen Landesproblematik in eine von allen

Deutschen frei [bestimmten gesamtdeutschen Lösung]“ sehr erfolgreich.⁶⁹ Der Zusatz der Resolution, Rheinland-Pfalz sei „in seiner gegenwärtigen Form keine befriedigende Endlösung,“⁷⁰ weist lediglich „auf die natürlich fortbestehenden landespolitischen Interessengegensätze hin“ und „schmälert die historische Bedeutung dieses Bekenntnisses des Parlaments zum Lande aber kaum.“⁷¹ Da die rheinland-pfälzischen Vertreter ihre Interessen geschickt vertraten und kein einheitlicher Wille zur Revision zu verzeichnen war, zerbrach die Front der Reformanhänger. Letztendlich beschlossen die elf deutschen Ministerpräsidenten am 1. Oktober 1948, bei sechs zu fünf Stimmen, die bestehenden Ländergrenzen vorläufig beizubehalten. Doch damit war die Gefahr der Länderneugliederung keineswegs abgewendet. Dieser Auftrag wurde in Artikel 29 des Grundgesetzes aufgenommen. Zwar suspendierten die Alliierten diesen Artikel bei der Genehmigung des Grundgesetzes bis zum Abschluss eines Friedensvertrages wieder. Aber die weitere Diskussion der Neugliederungsproblematik verhinderte dies nicht. Zudem gewann die Frage aufgrund der Einsetzung des „Ausschusses für die innergebietliche Ordnung“ unter dem Vorsitz des hessischen FDP-Politikers Euler noch einmal an Brisanz.

Trotz der schwierigen Lage, der ungewissen Zukunft und der Gefahren für den Zusammenhalt von „außen“, hatte sich bereits 1949 eine kleine, parteipolitisch heterogene Gruppe, die den Bestand des Landes sichern wollte, herausgebildet. Besonders in der CDU fanden sich Landesbefürworter. Die „Anhänger“ von Rheinland-Pfalz bemühten sich, ein Zeichen für einen längeren Fortbestand des Landes zu setzen und drängten daher auf eine baldige und definitive Entscheidung der Regierungssitzdebatte. Jedoch gab es auch einige Landesgegner, die aufgrund der etwaigen Auflösung von Rheinland-Pfalz von der Überflüssigkeit der Landeshauptstadtdiskussion ausgingen. Dies geht auch aus einem Gespräch Altmeiers mit dem Gouverneur Brozen-Favereau am 30. November 1949 hervor. In diesem erklärte der Ministerpräsident, dass die drei Parteien SPD, FDP und KPD sich nicht

aus technischen Gründen gegen die Verlegung des Regierungssitzes aussprachen, sondern weil man der Auffassung sei, dass bei einer eventuell bevorstehenden Auflösung des Landes die Hauptstadtfrage keiner Lösung mehr bedürfe. Einige Politiker sahen in Rheinland-Pfalz also nicht mehr als ein Provisorium.

Die Auseinandersetzungen um die rheinland-pfälzische Landeshauptstadt brachte die Sozialdemokraten in die Misere, endgültig Farbe in Sachen Landesexistenz bekennen zu müssen. Einerseits stand man dem Land äußerst kritisch gegenüber, andererseits war man als Mitglied der Landesregierung aktiv an der rheinland-pfälzischen Politik beteiligt. Besondere Bedeutung erlangte daher auch der sogenannte „Fall Bögler“. Der SPD-Politiker, der sich selbst als „Landessprengmeister“ verstand, stellte die Überlebenschancen des Landes in Frage, propagierte die Abspaltung der Pfalz und war demonstrativ in den Verein „Kurpfalz“ eingetreten. Ministerpräsident Altmeier berief Franz Bögler aufgrund dieser Äußerungen im Oktober 1949 als Oberregierungspräsident der Pfalz ab. Als Konsequenz traten die SPD-Minister zurück. Dieses Verhalten ist aber wohl weniger als Zuspruch für Bögler denn als Versuch, das Gesicht der SPD nach außen zu wahren, zu werten. Daher ermöglichten die folgenden Verhandlungen im Dezember 1949 die Bildung einer neuen großen Koalition.

In dieser überaus schwierigen und angespannten politischen Zwischenphase fand am 29. November 1949 die erste Diskussion der Hauptstadtfrage im rheinland-pfälzischen Landtag statt. Bögler betonte in dieser Sitzung die enge Verbindung zwischen der Entscheidung über die Landeshauptstadt und dem Schicksal von Rheinland-Pfalz. Seine Ablehnung des Landes verdeutlichte der Sozialdemokrat, indem er Rheinland-Pfalz als „Erfindung der Militärregierung“ und als „Provisorium“ bezeichnete. Den von ihm getroffenen Äußerungen versuchte Bögler durch den Verweis auf ähnliche Auffassungen Nachdruck zu verleihen. So unterstrich er, dass „politische Parteien oder Teile von politischen Parteien ebenfalls in ihrer Haltung negativ zum Bestand [des]

Landes“ ständen. Des Weiteren verdeutlichte Bögler, dass der Antrag der SPD, es in der Frage des Sitzes der Landesregierung bei der bisherigen Regelung zu belassen, kein Entschluss gegen Mainz oder für Koblenz darstelle. Vielmehr ginge es darum, alles beim Alten zu belassen, um „zum gegebenen Zeitpunkt dieses Provisorium in einen endgültigen Zustand nach anderen wirtschaftlichen



**Der Pfälzer Abgeordnete
Franz Bögler**

und politischen Gesichtspunkten zu verändern.“⁷² Bögler konnte sich „scharfe Worte“ erlauben, da die SPD zu diesem Zeitpunkt ja nicht an der Regierung beteiligt war. Unterstützung erhielt Bögler in seinen Ausführungen vom Parlamentarier Feller (KPD), der ebenfalls den Provisoriumscharakter des Landes hervorhob und die Durchführung einer Länderreform „nach gesamtdeutschen Gesichtspunkten und nicht nach föderalistischen oder separatistischen Länder- oder Stadtinteressen“ forderte.⁷³

Die für die Debatte ungünstigen Begleitumstände brachte auch der Abgeordnete Steger (FDP) zur Sprache. Er erklärte, dass man in den Verhandlungen nicht vorwärtskomme, weil „überall ... bei Beantwortung dieser Frage [gemeint ist die Landeshauptstadtfrage] die Frage der Revision der Ländergrenzen [hineinspielen].“ Zudem unterstrich er, dass die finanziellen Mittel für den Umzug aufgebracht werden könnten, wenn man „im Lande einig [wäre]“, ob man „zusammenbleiben“ oder „auseinandergehen“ wolle.⁷⁴ Ministerpräsident Altmeier nahm die Äußerungen hinsichtlich der Länderneugliederung zum Anlass, noch einmal die Position der Landesregierung aufzuzeigen. Er verwies auf früher in diesem Zusammenhang getätigte Aussagen und erklärte: „Da die deutschen Länder nach dem Zusammenbruch 1945 durch einen Akt der jeweiligen Besatzungsmächte geschaffen wurden, hat die

neue Abgrenzung der Länder eines Tages in alleiniger deutscher Zuständigkeit zu erfolgen.“⁷⁵ Darüber hinaus kam der Ministerpräsident auf Einflüsse von außerhalb des Landes zu sprechen und erklärte diesen eine deutliche Absage. Dies veranlasste wiederum die Wortmeldung von Seiten Böglers, der sich sicherlich zu Recht angesprochen fühlte. Er konstatierte, dass neben ihm noch weitere Abgeordnete den Titel „Landessprengmeister“ verdienten, auch aus den Reihen der CDU, und ging anschließend auf die der Sitzung vorausgegangene Treuerinnerung der Landesregierung ein. In dieser hatte das Kabinett die Treuepflicht der Parlamentarier gegenüber dem Land gemahnt und darauf hingewiesen, dass die Abgeordneten an Bestrebungen gegen Rheinland-Pfalz nicht teilnehmen dürften. Bögler lehnte diese Entschließung ab, weil er der Meinung war, dass ihm die verfassungsmäßigen Rechte gestatteteten, eine politische Auffassung zu haben. Ebenso bezog der Abgeordnete Neumayer (FDP) klar Stellung. Er hob hervor, dass er nur eine Treuepflicht gegenüber Deutschland kenne, die den Verpflichtungen im Hinblick auf die Länder übergeordnet sei. Daher könne niemand, „wenn diese Treuepflicht gegenüber Deutschland es [verlange], daß ... im gesamtdeutschen Interesse Änderungen getroffen werden“, solch eine Entscheidung verbieten. Des Weiteren unterstrich der FDP-Politiker mit Nachdruck, dass seine Fraktion eine Neuordnung der Ländergrenzen für unabdingbar halte und dass Teile von Rheinland-Pfalz an andere Länder angeschlossen werden müssten. Dies sei dringend notwendig, da er Rheinland-Pfalz für „nicht tragbar“ halte. Überdies ermahnte er den Ministerpräsidenten, an dem von ihm geäußerten Ziel, den gesamtdeutschen Interessen zu folgen, festzuhalten. Denn die FDP, so Neumayer, habe kein Verständnis für „kleine und kleinste Länder“, die „sich ängstlich auf ihre Souveränitätsrechte, ihre Landesrechte, [beriefen] und damit dem gesamtdeutschen Gedanken Abbruch [täten].“⁷⁶

In der Landtagssitzung vom 4. April 1950 zeigte sich erneut die Verknüpfung der Frage nach der Landeshauptstadt mit der Frage

nach der Existenz des Landes Rheinland-Pfalz.⁷⁷ Der Abgeordnete Neumayer (FDP) verdeutlichte, dass er den Umzug und vor allem die damit verbundenen Kosten ablehne, weil die Beratungen die innergebietliche Neuordnung Deutschlands betreffend die ganze Debatte überflüssig machen könnten. Ähnlich argumentierte der Politiker Feller (KPD). Seiner Ansicht nach sei die Regierungssitzdebatte unnötig, da eine Länderreform und die Bildung einer Landeshauptstadt nach gesamtdeutschen Interessen erfolgen müsse. Dies sei aber erst nach der Herstellung der deutschen Einheit möglich. Von Seiten der CDU und SPD wurde auf den Punkt Länderneugliederung bemerkenswerterweise kaum eingegangen. Dies ist wohl im Zusammenhang mit dem bereits angesprochenen „Waffenstillstand“ zwischen Sozial- und Christdemokraten in punkto Länderreform zu sehen. Lediglich Schmidt (SPD) und Altmeier (CDU) äußerten sich in dieser Hinsicht. Schmidt bat darum, die Länderfrage nicht mit der Regierungssitzproblematik zu verbinden. Der Ministerpräsident stellte heraus, dass die Frage der Neugliederung auf Grundlage des Artikels 29 des Grundgesetzes zu gegebener Zeit erfolgen würde. Ferner unterstrich er, dass diese Entscheidung „nicht mit der Frage Koblenz oder Mainz“ zusammenhänge. In der Debatte um den Regierungssitz am 16. Mai 1950 wurde die Länderneugliederung nicht thematisiert.

3. DIE ERGEBNISSE DER LANDTAGSSITZUNGEN

AM 4. APRIL UND 16. MAI 1950

„Was sich in den [...] 5 Wochen, zwischen der 79. und der 81. Sitzung des Landtags in der Hauptstadtfrage alles tat, ist in den Sitzungsprotokollen des Landtags nicht nachzulesen. Das meiste davon ist wohl überhaupt nicht schriftlich niedergelegt.“⁷⁸

Diese Aussage des Historikers Wolfgang Götz belegt die Schwierigkeit, eine Erklärung für die abweichenden Ergebnisse der Landtagsabstimmungen vom 4. April und 16. Mai 1950 zu finden. Fest steht, dass die erste Entscheidung in der Hauptstadtdebatte am 4. April 1950, die den gemeinsamen Antrag der Landesregierung und des Ältestenrates, den Regierungssitz nach Mainz zu verlegen, scheitern ließ, eine Sensation darstellte. Dies traf auch für die direkt Beteiligten zu. Fritz Duppré berichtet, dass nach der Verkündung des Ergebnisses „betretenes Schweigen“ herrschte, bevor der CDU-Abgeordnete Wuermeling in schallendes Gelächter ausbrach. Ministerpräsident Altmeier sprach gegenüber dem Hohen Kommissar François-Poncet von einem „vote de surprise“. Bei sechs Enthaltungen standen 43 Ja-Stimmen 43 Nein-Stimmen gegenüber. Neun Parlamentarier hatten aus verschiedenen Gründen nicht an der Abstimmung teilgenommen. In Mainz richteten sich die Anfeindungen vor allem gegen die SPD-Abgeordneten Cronenhold und Beckenbach, die als Befürworter des Umzuges galten und in der entscheidenden Sitzung gefehlt hatten. Die Auswertung der namentlichen Abstimmung zeigte, dass sich 31 der 48 Christdemokraten für Mainz als Regierungssitz ausgesprochen hatten. Auf Seiten der SPD waren es allerdings nur zehn, bei der FDP nicht mehr als zwei. Die völlig überraschte Regierung nahm erst nach einer Weile Stellung und betonte, dass es sich bei der Abstimmung um eine Terminentscheidung, nicht um eine Sachentscheidung gehandelt hätte. Die Öffentlichkeit hingegen beurteilte das Votum als Entschluss für Koblenz und gegen Mainz.

Besonders verblüffte die Entscheidung der Sozialdemokraten, denn Meldungen von einer Probeabstimmung hatten von einer Mehrheit für Mainz berichtet. Nun hatten sich allerdings 13 Abgeordnete gegen Mainz ausgesprochen. Die Gerüchteküche kochte hoch. In der Stadt Mainz wurde zum Beispiel vermutet, dass die Schuld am Scheitern der Regierungssitzverlegung bei Teilen der pfälzischen Sozialdemokratie zu suchen sei. Diese hätte eine Stabilisierung des Landes verhindern wollen, weil sie einen Anschluss an Bayern oder Württemberg-Baden favorisierte. Jedoch weisen führende Historiker heute darauf hin, dass es gerade in Rheinhesen und der Pfalz, den Hochburgen der SPD, aufgrund des Abstimmungsergebnisses zu großen Irritationen kam.⁷⁹ Die sozialdemokratischen Gegenstimmen lassen sich womöglich auf die Verstimmungen im Hinblick auf den bereits angesprochenen „Fall Bögler“ erklären. Obwohl viele Mitglieder der SPD-Fraktion weit weniger landesfeindlich gesonnen waren als der pfälzische Oberregierungspräsident, muss der Sturz des Parteifreundes bei der Hauptstadtentscheidung eine Rolle gespielt haben.

Aber auch in den Reihen der CDU war die Verunsicherung groß. Zwar trug die SPD aufgrund der Stimmenverhältnisse die Hauptschuld am Scheitern des Antrages, doch hatten eben auch 13 Christdemokraten in der Hauptstadtfrage gegen Mainz gestimmt. Eine in den Akten der Staatskanzlei erhaltene Liste Altmeiers verdeutlicht, dass fünf oder sechs CDU-Abgeordnete ihre Meinung zwischen der letzten Fraktionssitzung am Vorabend der Entscheidung und der Abstimmung selbst geändert hatten. Deprimiert musste Ministerpräsident Altmeier verzeichnen, dass sich vor allem auch „langjährige Koblenzer Weggefährten“, wie etwa Hubert Hermans, Johann Junglas und Helene Rothländer, unter den Nein-Stimmen befanden. Wesentlichen Anteil an dieser Entwicklung hatte wohl der Rheinland-Pfalz ablehnende Christdemokrat Franz-Josef Wuermeling. Des Weiteren lässt sich der Entschluss einiger CDU-Abgeordneter, gegen die Übersiedlung des Regierungssitzes zu stimmen, darauf zurückführen, dass einige Christdemokraten, „die sich im November noch hinter den Sachzwängen hatten ver-

stecken können“, nun doch gezwungen gewesen waren, „Farbe zu bekennen.“⁸⁰ Die Niederlage am 4. April 1950 verdeutlichte ferner „die innere Diplomatie Altmeiers gegenüber Frankreich.“ Der Ministerpräsident irrte wohl in der Annahme, „daß im Parlament der landespolitische Aufbauwille inzwischen so stark verwurzelt war, daß für das auch von Frankreich unbedingt gewollte Mainz keine Gefahr bestand.“⁸¹ Er hatte die Stimmung im Parlament falsch eingeschätzt. Eine eindeutige Erklärung für das für alle Seiten überraschende Abstimmungsergebnis zu finden, ist allerdings schwierig. Es ist davon auszugehen, dass ein überaus komplexes Zusammenspiel von sowohl technischen und finanziellen als auch landes- und lokalpolitischen Erwägungen das Abstimmungsverhalten der Parlamentarier bestimmte.

In der Stadt Mainz führte die Ablehnung des Antrages auf Verlegung des Regierungssitzes zu Erstaunen und großer Bestürzung. Schließlich hatte man der Domstadt die besseren Chancen zugerechnet. Dementsprechend war in der Presse von einem unerwarteten Ergebnis zu lesen. Oberbürgermeister Stein äußerte sich sogar dahingehend, dass Mainz einen dritten Krieg verloren habe. Nun erhielt auch die Diskussion um den Erhalt von Rheinland-Pfalz neuen Nährboden. So diskutierte die Mainzer Presse jetzt offen den Anschluss von Rheinhessen an Hessen.

Trotz des Entschlusses gegen Mainz setzten sich die Diskussionen im Lande fort. Es kam sowohl zu parteiinternen als auch zu parteiübergreifenden Verhandlungen. Spätestens zu diesem Zeitpunkt wurde auch bei der Bevölkerung die Frage nach der Existenz des Landes mit der Hauptstadtfrage verknüpft. Aufgrund der überaus schwierigen Lage – verschärft durch die aufbrechende Neugliederungsdiskussion – ging von den rheinhessischen CDU-Parlamentariern eine neue Initiative aus. Dieser Maßnahme lag die Erkenntnis der Tragweite der Entscheidung und der Gefährdung des Landes zugrunde. Man wünschte, unterstützt von den pfälzischen Christdemokraten und einigen SPD-Abgeordneten, eine erneute Entscheidung in der Haupt-

Initiativantrag

der Abgeordneten: E. Hertel, Beckenbach, Matthes, Stübinger, W. Gänger, Luise Herklotz, Calujek, O. Schmidt, Kuhn, Völker, Diel, Ella Weiß, Steffan, Cronenbold, Dr. Schüler, Heep, Fickelsen, Roth, Fittler, Dr. Hoffmann, Jahn, Spies, Tünges, Dr. Lichtenberger, Franke, Demmerle, Dr. Gantenberg, Kallinowski, Reichling, Dr. Habighorst, Dr. Boden, Harig, Lorth, Gotthardt, Hartard, Heller, Dr. Bieroth, Schlick, Dr. Ritterspacher, Dr. Haberer, Altmeier, Dr. Graß.

Der Landtag wolle beschließen:

1. Zum Sitz der Landesregierung wird Mainz bestimmt.
2. Die Umstellung der Landesregierung und des Landtags erfolgt sofort.
3. Die Unterbringung des Landtages erfolgt vorübergehend in den dem Landtag unentgeltlich und zeitlich unbegrenzt zur Verfügung gestellten Räumen.
4. Zur Deckung der Kosten werden im Landeshaushalt 1 Million DM bereitgestellt.

Koblenz, den 16. Mai 1950.

gez.: E. Hertel „ Beckenbach „ Matthes „ Stübinger „ W. Gänger „ Luise Herklotz „ Calujek „ O. Schmidt „ Kuhn „ Völker „ Diel „ Ella Weiß „ Steffan „ Cronenbold „ Dr. Schüler „ Heep „ Fickelsen „ Roth	gez.: Fittler „ Dr. Hoffmann „ Jahn „ Spies „ Tünges „ Dr. Lichtenberger „ Franke „ Demmerle „ Dr. Gantenberg „ Kallinowski „ Reichling „ Dr. Habighorst „ Dr. Boden „ Harig „ Lorth „ Gotthardt „ Hartard „ Heller gez.: Dr. Bieroth „ Schlick „ Dr. Ritterspacher „ Dr. Haberer „ Altmeier „ Dr. Graß
---	--

Der gemeinsame Antrag von CDU- und SPD-Abgeordneten vom 16. Mai 1950

stadtfrage. Begünstigt wurde der Vorstoß durch die Tatsache, dass mit dem Entschluss für das Großherzogliche Schloss die Unterbringung des Parlamentes geregelt werden konnte. In dem Votum vom 16. Mai 1950 konnte sich der gemeinsame Antrag der Christ- und Sozialdemokraten durchsetzen. Bei drei Enthaltungen stimmten 49 Abgeordnete für Mainz und 32 dagegen. Der angenommene Beschluss hatte folgenden Wortlaut:

Namentliche Abstimmung

über den Initiativ-Antrag von insgesamt 42 Abgeordneten der Fraktionen der CDU und SPD
– Drucksache II/1474 – betr. Sitz der Landesregierung von Rheinland-Pfalz
in der 81. Sitzung des Landtags von Rheinland-Pfalz am 16. Mai 1950

1. Altmeier, Peter	ja	50. Jahn, Jakob	ja
2. Dr. Asholt, Theodor	nein	51. Josten, Johann Peter	nein
3. Baumgärtner, Fritz	entschuldigt	52. Junglas, Johann	fehlt
4. Bechtel, Heinrich	nein	53. Kalinowski, Paul	ja
5. Beckenbach, Johann	ja	54. Kuhn, Keri	ja
6. Betz, Adolf	entschuldigt	55. Kurmer, Maxim	entschuldigt
7. Dr. Bieroth, Jak. Wilhelm	ja	56. Lens, Wilhelm	nein
8. Dr. Boden, Wilhelm	ja	57. Dr. Lichtenberger, Walter	ja
9. Böglcr, Franz	enthaltcn	58. Lorenz, Ernst	entschuldigt
10. Böhm, Hans	nein	59. Lorth, Johann	ja
11. Brenner, Josef	fehlt	60. Matthes, Hermann	ja
12. Buschmann, Ernst	nein	61. Miggeot, Martin	nein
13. Calujeik, Anton	ja	62. Müller, Herbert	nein
14. Claus, Franz	nein	63. Müller, Jakob	nein
15. Dr. Dr. Christoffel, Carl	entschuldigt	64. Neumayer, Fritz	nein
16. Cronenbold, Justus	ja	65. Dr. Nowack, Wilhelm	entschuldigt
17. Dauber, Rudolf	nein	66. Pieper, Julius	entschuldigt
18. Debenbach, Michael	nein	67. Reichling, Ludwig	ja
19. Demmeris, Jakob	ja	68. Dr. Ritterpacher, Ludwig	ja
20. Dewald, Stefan	enthaltcn	69. Föhle, Paul	entschuldigt
21. Diel, Jakob	ja	70. Rörig, Christian	nein
22. Doerner, Josefine	entschuldigt	71. Roth, Ignatz	ja
23. Dörr, Christoph	nein	72. Rothländer, Helene	fehlt
24. Draiten, Ewald	nein	73. Rüb, Julius	ja
25. Feller, Willy	entschuldigt	74. Schäfer, August	nein
26. Fickelsen, Fritz	ja	75. Scheerer, Artur	entschuldigt
27. Fittler, Karl	ja	76. Schieder, Leo	nein
28. Frank, Johannes	nein	77. Schlick, Josef	ja
29. Franke, Wilhelm	ja	78. Schmidt Otto	ja
30. Gänger, Willibald	ja	79. Schroeder, Franz Paul	nein
31. Dr. Gastenberg, Mathilde	ja	80. Dr. Schüler, Wilhelm	ja
32. Gibbert, Paul	nein	81. Schwenhardt, Willi	enthaltcn
33. Gotthard, Josef	ja	82. Selzer, Jakob	nein
34. Dr. Graß, Friedrich	ja	83. Seypl, Eilfriede	nein
35. Griesbeck, Hans	nein	84. Sohn, Lorenz	nein
36. Dr. Haberer, Hanns	ja	85. Spies, August	ja
37. Dr. Habighorst, Georg	ja	86. Steffan, Jakob	ja
38. Halein, Josefine	nein	87. Stoger, Alfred	ja
39. Harig, Peter	ja	88. Stühlinger, Oskar	ja
40. Hartard, Bertram	ja	89. Dr. Süsterhenn, Adolf	ja
41. Hartmann, Friedrich	nein	90. Thone, Hubert	nein
42. Heep, Jakob	ja	91. Tönges, Rudolf	ja
43. Heller, Franz	ja	92. Trapp, Anton	entschuldigt
44. Herkiotz, Luise	ja	93. Volkemer, Fritz	ja
45. Hermann, Hubert	nein	94. Völker, Heinrich	ja
46. Herring, Franz	nein	95. Dr. Weiß, Ella	ja
47. Hertel, Eugen	ja	96. Wetzel, Ernst Jakob	entschuldigt
48. Dr. Hoffmann Hans	ja	97. Wohlleben, Gurd	ja
49. Horch, Karl Friedrich	nein	98. Walters, August	ja
		99. Dr. Waermeling, Fr.-Josef	nein
		100. Zitzler, Jakob	entschuldigt
		101. Dr. Zimmer, Aloys	ja

Zusammenstellung

Ja	49 Stimmen
Nein	32 "
Enthaltungen	3 "
fehlten entschuldigt	14 "
Nichtabstimmung	3 "

101 Stimmen

- „1. Zum Sitz der Landesregierung wird Mainz bestimmt.
2. Die Umsiedlung der Landesregierung und des Landtages erfolgt sofort.
3. Die Unterbringung des Landtages erfolgt vorübergehend in den dem Landtag unentgeltlich und zeitlich unbegrenzt zur Verfügung gestellten Räumen.
4. Zur Bestreitung der Kosten werden im Landeshausalt 1 Million DM bereitgestellt.“⁸²

**Das Ergebnis der
Landtagsabstimmung
vom 16. Mai 1950**

Zum Umdenken hatten sicherlich auch die Entwicklungen in der Stadt Koblenz und die Maßnahmen der französischen Besatzungsmacht geführt. Nach der ersten Abstimmung im Landtag war nämlich klar geworden, dass das französische Landeskommissariat trotz der damit verbundenen Unterbringungsschwierigkeiten in Koblenz verbleiben werde. Zudem sollten die in Mainz für die Landesregierung und den Landtag reservierten Gebäude den Besatzungsdienststellen aus Baden-Baden und Frankfurt und nicht der rheinland-pfälzischen Bevölkerung zugutekommen. Des Weiteren darf man den Meinungsumschwung wohl auch in der von innen und außen intensiver geführten Diskussion um den Bestand des Landes beziehungsweise die Länderneugliederung begründet sehen. Ferner trugen „eine Werbekampagne, viele Hintergrundgespräche, Altmeiers persönliches Eintreten für den Ortswechsel und der Umstand, dass er den Umzug zur Chefsache machte“ zur Lösung des Hauptstadtproblems bei.⁸³ Darüber hinaus waren insgesamt 17 Abgeordnete der Abstimmung ferngeblieben. Einige sicherlich, um einer Stellungnahme zu entgehen. Zudem wurde auf diese Weise das offizielle Stimmenverhältnis auf 49 zu 32 bei drei Enthaltungen geschönt. Auf Seiten der Christdemokraten ließ sich nur eine einzige wirkliche Meinungsänderung verzeichnen. Lediglich der Abgeordnete Walter Lichtenberger stimmte am 16. Mai anders als am 4. April 1950. Neun Parlamentarier, die sich vormals gegen Mainz ausgesprochen hatten – darunter Brenner, Rothländer und Junglas von der CDU – blieben der Abstimmung über die Hauptstadtfrage im Mai 1950 fern. Eine Analyse des Abstimmungsverhaltens der Sozialdemokraten verdeutlicht, dass ihre Meinungsbildung maßgeblich von der regionalen Zugehörigkeit abhängig gewesen war. Franz Bögler enthielt sich. Acht der zehn Nein-Stimmen kamen aus dem Koblenzer Raum. Hier fürchtete man wohl, dass die ohnehin schwierige Position der SPD im christdemokratisch dominierten Norden des Landes durch eine Verlegung des politischen Zentrums in den Süden weiter geschwächt würde. Ferner befanden sich aber unter den 18 Stimmen, die der Antrag diesmal von der SPD erhielt, solche von acht Abgeordneten, die sich vorher enthalten oder nicht an der Sitzung teilgenommen hatten.

4. AUSBLICK

Mit der Abstimmung vom 16. Mai 1950 erlangte die rheinland-pfälzische Landeshauptstadtfrage eine politische Entscheidung, die in der Folgezeit nicht mehr umstritten war. Lediglich am 15. November 1950 nahm sich der Landtag noch einmal der Thematik an. In dieser Sitzung ging es allerdings nicht um eine Veränderung des Beschlusses, sondern um technische Schwierigkeiten. Die Grundfrage stellte ein Antrag der SPD-Fraktion dar, welcher vorsah, die Landtagsitzungen ab sofort in Mainz stattfinden zu lassen. Ursache hierfür war der als unhaltbar empfundene Zustand, dass der Landtag nicht am Sitz der Landesregierung tagte. Letztendlich stimmte die Mehrheit des Parlamentes dafür, den Antrag zur Überprüfung dem Ältestenrat zu überweisen. In der Sitzung am 13. Dezember 1950 präsentierte der Berichterstatter des Ältestenrates, Ziegler, dem Landtag das Ergebnis der Untersuchungen. Er verkündete: „Die Übersiedlungsmöglichkeiten des Landtages von Koblenz scheitern vorläufig an den ... im Moment unüberwindlichen materiellen Schwierigkeiten in Mainz.“⁸⁴ Das Hohe Haus zeigte sich mit diesen Ausführungen einverstanden und somit wurde der Antrag der SPD abgelehnt.

Auf Koblenzer Seite herrschte nach der Entscheidung vom 16. Mai zunächst Entsetzen. Verwundert war man, dass ein „nach allen Regeln der Kunst [durchdebattierter] Antrag ein zweites Mal behandelt und angenommen“ wurde. Von einer „völlig neuen Situation“, die dieses Ergebnis zur Folge gehabt hätte, wollte man in Koblenz nichts wissen. Die Artikel der Rhein-Zeitung zeigen jedoch, dass nach dem Entschluss des Landtags die Stimmen gegen die Entscheidung immer weiter abebbten. Die Bilanz Peter Brommers, dass Koblenz durch den Entschluss den Regierungssitz nach Mainz zu verlegen, „erhebliche Nachteile erfuhr“ und, dass sich die „Gefahr der wirtschaftlichen Schwächung der Stadt ... voll bewahrheitet“ hätte,⁸⁵ ist jedoch zu negativ geprägt. Zwar bedeutete die Verlegung des Landtags und der Landesregierung einen gewissen wirtschaftlichen Schaden für Koblenz. Jedoch trugen

das Verbleiben einiger Landesbehörden (Oberverwaltungsgericht, Oberlandesgericht, Staatsarchiv etc.) und die Ansiedlung von Bundesbehörden (das Bundesarchiv, die Bundesanstalt für Gewässerkunde etc.) zu einem bedeutsamen Ausgleich bei. Ferner hat der dauerhafte Bestand des Landes zweifellos auch Koblenz langfristig mehr Vorteile als Nachteile gebracht.

In Mainz herrschte allseitige Zufriedenheit über den Entschluss des rheinland-pfälzischen Landtags. Das positive Urteil wurde in den folgenden Monaten bestätigt, als sich der erhoffte Aufschwung für die Stadt Mainz einstellte. In der Stadt begann man am 12. Juni 1950 mit der Räumung des Schuttes aus der Ruine der Wiederaufbau des Deutschhauses. Im Oktober 1950 zog die Landesregierung um. Mit Beginn der zweiten Wahlperiode am 18. Mai 1951 siedelte der Landtag ins Mainzer Deutschhaus über. Die Staatskanzlei hatte ihren Sitz schon am 24. Juli 1950 in Mainz eingenommen. Bis 1951 siedelten das Ministerium des Innern (Schillerplatz 5), das Ministerium für Unterricht und Kultus (Schillerplatz 7), das Ministerium für Finanzen und Wiederaufbau (Neubrunnenstraße 2), das Ministerium für Wirtschaft und Verkehr (Ludwigsstraße 9), das Sozialministerium (Uferstraße 5) und Abteilungen des Ministeriums für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten (Fischtorplatz 21 und 23; Am Judensand) nach Mainz über. Die Unterbringung der Regierung und der Bediensteten sowie die Bereitstellung von Wohnungen und Büros verlangten aber auch noch 1951 einen hohen logistischen Aufwand. 1960 wechselte die Staatskanzlei vom Bassenheimer Hof in das neue Zeughaus am Rheinufer über.

Im Rahmen des Umzugs betonte der Oberbürgermeister von Mainz, Stein, dass durch die mit Mainz als Landeshauptstadt geschaffene Klammer zwischen dem Norden und Süden von Rheinland-Pfalz an dem Bestand des Landes nicht mehr zu rütteln sei. Die folgenden Jahre belegen die Richtigkeit dieser Äußerung. Es gilt in der Forschung als unumstritten, dass die Verlegung des Regierungssitzes nach Mainz zur Stabilisierung und

Konsolidierung des Landes Rheinland-Pfalz einen überaus relevanten Beitrag leistete. Rheinland-Pfalz fand durch diesen Schritt auch seinen historischen Mittelpunkt. Einerseits gelang die Abgrenzung von den alten Verwaltungszentren Koblenz und Neustadt und andererseits hatte man mit Mainz eine Stadt „mit eigenem historischem Gewicht“ zum Regierungssitz bestimmt. Der Anteil der Landesgegner wurde zunehmend geringer. In diesem Zusammenhang spielte auch das Agieren Altmeiers zwischen den beiden Abstimmungen im Landtag eine Rolle. Denn der Ministerpräsident trennte sich aufgrund des ersten Votums ein Stück weit von seinen Koblenzer Parteigenossen und orientierte sich zunehmend an den rheinhessischen und pfälzischen Christdemokraten. Somit wurde Altmeier zu einem „Exponent[en] der ganzen CDU und eines wirklichen Landesbewusstseins in der öffentlichen Wahrnehmung.“ Der Umzug stellte also eine Art fortgeschrittenes, gefestigteres Bekenntnis zum Land Rheinland-Pfalz, dar. Für die Bevölkerung hatte diese Maßnahme Signalwirkung. Die Verlegung des Regierungssitzes führte vor Augen, „dass dieses Land keinen Übergangszustand darstellte, dass mit einer Lebensdauer zu rechnen war, die einen Umzug von Parlament und Regierung rechtfertigte, dass eine gewisse Stetigkeit und Abkehr vom Provisorischen Einzug gehalten hatte.“⁸⁶ Die endgültige Festlegung der Landesmetropole bedeutete einen deutlichen Einschnitt. Vor diesem Entschluss war die Forderung, das Land wieder aufzulösen, immer dann nicht weit gewesen, wenn eine Entscheidung nicht im Sinne einer betroffenen Partei oder Interessengruppe ausfiel. Danach ließ sich diese Reaktion nur noch selten beobachten. Landesintern war der Bestand des Landes demnach nicht mehr ernsthaft gefährdet.

Nun drohte also nur noch eine Veränderung von „außen“. Doch bereits im Frühjahr 1952 erfolgte die Auflösung des sogenannten Euler-Ausschusses. Der 1953 gebildete „Studienausschuß für die Neugliederung des Bundesgebietes“ – besser bekannt unter dem Namen Luther-Ausschuss – testierte im Februar 1955 Rheinland-Pfalz die Eigenschaft eines Bundeslandes nach Artikel 29

des Grundgesetzes. Zugute kam den Gegnern einer Länderneugliederung auch, dass man sich in der Öffentlichkeit davon überzeugt zeigte, dass diese Frage als überholt galt. Als am 28. Dezember 1955 das Gesetz über Volksbegehren und Volksentscheid bei Neugliederung des Bundesgebietes nach Artikel 29 Absatz 2 bis 6 des Grundgesetzes in Kraft trat, hatte Rheinland-Pfalz kaum negative Abstimmungsergebnisse zu erwarten. Für Rheinland-Pfalz wurden fünf Volksbegehren zugelassen: auf Angliederung von Koblenz/Trier an Nordrhein-Westfalen, von Montabaur an Hessen, von Rheinhessen an Hessen, von der Pfalz an Bayern und von der Pfalz an Baden-Württemberg. Der „Bund Rheinland-Pfalz“ setzte sich für das Fortbestehen des Landes ein. In den Gebieten, in denen 1956 die Volksbegehren erfolgreich gewesen waren, fand am 19. Januar 1975 ein Volksentscheid statt. Für die Angliederung der Regierungsbezirke Koblenz und Trier an das Land Nordrhein-Westfalen stimmten 33,2 Prozent (= 13,1 Prozent der Stimmberechtigten), für den Anschluss des Regierungsbezirkes Montabaur an das Land Hessen 30,9 Prozent (= 14,3 Prozent der Stimmberechtigten) und für die Angliederung des Regierungsbezirkes Rheinhessen an das Land Hessen 24,7 Prozent (7,1 Prozent der Stimmberechtigten). Die Ergebnisse der Volksbegehren und Volksentscheide ließen somit erkennen, dass an der allgemeinen Anerkennung des Landes Rheinland-Pfalz nicht mehr zu rütteln war.

Heinrich Küppers unterstreicht die Bedeutung dieser Entscheidung: „Ihre existenzielle Dimension haben viele gespürt, aber die Tragweite einer fast definitiv erfolgten Weichenstellung in Richtung auf eine neue und durch Selbstbestimmung legitimierte Ära staatlicher Geschichte am Mittelrhein haben damals nur die gesehen, die wie Altmeier und seine Vertrauten in der Lage waren, weit über den Tag hinaus zu denken.“⁸⁷ Heute wissen wir um die Tragweite dieses Entschlusses. Er stellte nicht nur einen Gewinn für die beiden Städte dar, sondern das gesamte Land Rheinland-Pfalz erfuhr durch diese Entscheidung eine nicht zu unterschätzende Stärkung und darf als Sieger des 16. Mai 1950 gesehen werden.

Quellen- und Literaturverzeichnis

- ¹ Der SPD-Abgeordnete Scheerer in der 72. Sitzung des Landtages von Rheinland-Pfalz am 29. November 1949 (Landtag Rheinland-Pfalz, 1. Wahlperiode, Drs. Abt. I, Nr. 71, S. 1910).
- ² Journal Officiel, Nr. 35, 30. August 1946, S. 292.
- ³ Peter Altmeier zitiert nach: Reden 1946-1951, hrsg. von Karl Martin Graß und Franz-Josef Heyen (Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz, Bd. 2), Boppard am Rhein 1979, S. 35 (= BLV, Drs. 16).
- ⁴ Heil, Peter, Warum es keine Rheinland-Pfälzer gibt. Über die Beständigkeit und Wirkung älterer Regionalidentitäten in einem neuen Land, in: Regionen und Föderalismus. 50 Jahre Rheinland-Pfalz, hrsg. von Michael Matheus, Stuttgart 1997, S. 49.
- ⁵ Journal Officiel, Nr. 35, 30. August 1946, S. 292.
- ⁶ Weitzel, Kurt, Die Gründung des Landes Rheinland-Pfalz am 30. August 1946, in: 1945-1947. Zwischen Trümmern und Aufbruch. Zur Entstehung von Rheinland-Pfalz, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz (Kleine Schriftenreihe zur Landeskunde, Landesgeschichte und Landespolitik, Bd. 1), Mainz 1987, S. 61 und 63.
- ⁷ LHA Koblenz, Best. 700, 177 Nr. 70, S. 1.
- ⁸ Oberbürgermeister Kraus zitiert nach: Schütz, Friedrich, Mainz auf dem Weg zur Hauptstadt des Landes Rheinland-Pfalz. »Le siège de ce Land est fixé à Mayence«, Mainz 1996, S. 13.
- ⁹ Ebenda, S. 18.
- ¹⁰ AZ vom 9. Februar 1949 („Nichts Neues in der Frage ‚Landeshauptstadt‘“).
- ¹¹ Stein zitiert nach: Schütz, S. 24.
- ¹² AZ vom 13. Juli 1949 („Betrug an Mainz?“).
- ¹³ AZ vom 1. April 1950 („Pulverturm wird neunstöckiges Hochhaus“).
- ¹⁴ Aus dem Lagebericht des Oberbürgermeisters Schnorbach vom 5. Januar 1946 zitiert nach: Boberach, Heinz, Nationalsozialistische Diktatur, Nachkriegszeit und Gegenwart, in: Geschichte der Stadt Koblenz. Von der französischen Stadt bis zur Gegenwart, hrsg. von der Energieversorgung Mittelrhein GmbH, Koblenz 1993, S. 195.
- ¹⁵ Dr. Wilhelm Guske zitiert nach: Brommer, Peter, Koblenz oder Mainz? Die Verhandlungen über die Verlegung des Sitzes der Landesregierung, in: Landeskundliche Vierteljahrsblätter Jg. 28 (1982), S. 65.
- ¹⁶ Auszug aus dem Protokoll der Sitzung des Bürgerrates am 5. September 1946 zitiert nach: Schmidt, Hans Josef, „In die erbarmungslose Wirklichkeit der Gegenwart gestellt.“ Neubeginn und Wiederaufbau in Koblenz 1945/46, in: „Vor 60 Jahren. Krieg und Frieden an Rhein und Mosel 1944-1946.“ Ausstellungskatalog zur Ausstellung des Landeshauptarchivs Koblenz, des Mittelrhein-Museums und des Stadtarchivs Koblenz, hrsg. von Heinz-Günther Borck u. a. (Veröffentlichungen der Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz, Bd. 105), Koblenz 2005, S. 56.
- ¹⁷ RZ vom 25. Oktober 1949 („Randnoten – ...und Koblenz schweigt“).
- ¹⁸ Rheinischer Merkur vom 3. September 1946 („Der neue Staat am Rhein“).
- ¹⁹ RZ vom 12./13. November 1949 („Randnoten – Welkende Blume“).
- ²⁰ RZ vom 15. November 1949 („Das Rheinland eine Einheit“; „Randnoten – Der Streit beginnt doch“).
- ²¹ RZ vom 29. November („Trotz leerer Kasse?“).

- ²² Küppers, Heinrich, Staatsaufbau zwischen Bruch und Tradition. Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz 1946-1955 (Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz, Bd. 14), Mainz 1990, S. 175.
- ²³ Kißener, Michael, Kleine Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz 1945-2005. Wege zur Integration eines „Nachkriegsbundeslandes“, Leinfelden-Echterdingen 2006, S. 92.
- ²⁴ AZ vom 9. Februar 1949 („Nichts Neues in der Frage ‚Landeshauptstadt‘“).
- ²⁵ François-Poncet zitiert nach: AZ vom 17. April 1950 („Mainz die naturgegebene Hauptstadt“).
- ²⁶ Gouverneur Brozen-Favereau zitiert nach: Brommer, Koblenz, S. 68.
- ²⁷ François-Poncet zitiert nach: AZ vom 3. Dezember 1949 („Nie so nahe gestanden wie heute“).
- ²⁸ François-Poncet zitiert nach: Kißener, Kleine Geschichte, S. 92.
- ²⁹ François-Poncet zitiert nach: Küppers, Staatsaufbau, S. 172.
- ³⁰ François-Poncet zitiert nach: AZ vom 25. August 1950 („Brücke zwischen den Völkern“).
- ³¹ Journal Officiel, Nr. 9, 21. Dezember 1945, S. 54.
- ³² Landtag Rheinland-Pfalz, 1. Wahlperiode, Drs. Abt. II, Nr. 1001, S. 1691.
- ³³ Ebenda, S. 1691.
- ³⁴ Ebenda, Nr. 1317, S. 2531.
- ³⁵ Landtag Rheinland-Pfalz, 1. Wahlperiode, Drs. Abt. I, Nr. 71, S. 1916.
- ³⁶ Ebenda, Nr. 78, S. 2143.
- ³⁷ Ebenda, S. 2146.
- ³⁸ Ebenda, S. 2149.
- ³⁹ Ebenda, Nr. 80, S. 2200-2201.
- ⁴⁰ Ebenda, Nr. 71, S. 1915.
- ⁴¹ Ebenda, Nr. 78, S. 2143.
- ⁴² Ebenda, S. 2144.
- ⁴³ Ebenda, S. 2146.
- ⁴⁴ Ebenda, S. 2146.
- ⁴⁵ Ebenda, S. 2154.
- ⁴⁶ Ebenda, S. 2155.
- ⁴⁷ Ebenda, Nr. 80, S. 2199.
- ⁴⁸ Ebenda, S. 2203.
- ⁴⁹ Ebenda, Drs. Abt. III, Nr. 392, S. 301.
- ⁵⁰ Ebenda, Drs. Abt. I, Nr. 80, S. 2200.
- ⁵¹ Ebenda, S. 2203.
- ⁵² Graß, Karl Martin: Wie Mainz Landeshauptstadt wurde, in: Vierteljahreshefte für Kultur, Politik, Wirtschaft und Geschichte 2 (1981), S. 11.
- ⁵³ Landtag Rheinland-Pfalz, 1. Wahlperiode, Drs. Abt. I, Nr. 71, S. 1917.
- ⁵⁴ Ebenda, S. 1922.
- ⁵⁵ Ebenda, Nr. 78, S. 2146.
- ⁵⁶ Ebenda, S. 2153.
- ⁵⁷ Ebenda, S. 2202.
- ⁵⁸ Küppers, Heinrich, Die Entstehung und Selbstbehauptung von Rheinland-Pfalz als Bundesland, in: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte 12 (1986), S. 235.
- ⁵⁹ Ziegler (CDU) in der 79. Sitzung des Landtages Rheinland-Pfalz am 4. April 1950 (Landtag Rheinland-Pfalz, 1. Wahlperiode, Drs. Abt. I, Nr. 78, S. 2148).

- ⁶⁰ Lenz (fraktionslos) in der 79. Sitzung des Landtages Rheinland-Pfalz am 4. April 1950 (Ebenda, S. 2152).
- ⁶¹ AZ vom 9. Dezember 1948 („General Koenigs Besuch in Mainz“).
- ⁶² Landtag Rheinland-Pfalz, 1. Wahlperiode, Drs. Abt. I, Nr. 78, S. 2148.
- ⁶³ Ebenda, S. 2150.
- ⁶⁴ Faksimile-Druck in: Böhn, Georg Friedrich, Rheinland-Pfalz entsteht in Koblenz 1945-1951. Begleitheft zur Ausstellung, hrsg. vom Landesmuseum Koblenz, Koblenz 1984, S. 30-31.
- ⁶⁵ Landtag Rheinland-Pfalz, 1. Wahlperiode, Drs. Abt. I, Nr. 78, S. 2149.
- ⁶⁶ Ebenda, S. 2144-2145.
- ⁶⁷ Ebenda, Nr. 71, S. 1919.
- ⁶⁸ Ebenda, Nr. 59, S. 1544.
- ⁶⁹ Morsey, Rudolf: Föderalismus im Bundesstaat. Die Rolle des Ministerpräsidenten und des Landes Rheinland-Pfalz bei der Gründung und in den Anfangsjahren der Bundesrepublik Deutschland, in: 40 Jahre Rheinland-Pfalz. Beiträge zur Geschichte des Landes, hrsg. von dem Minister für Bundesangelegenheiten, Bonn 1987, S. 17.
- ⁷⁰ Landtag Rheinland-Pfalz, 1. Wahlperiode, Drs. Abt. II, Nr. 546, S. 824.
- ⁷¹ Kißener, Kleine Geschichte, S. 97.
- ⁷² Landtag Rheinland-Pfalz, 1. Wahlperiode, Drs. Abt. I, Nr. 71, S. 1913.
- ⁷³ Ebenda, S. 1915.
- ⁷⁴ Ebenda, S. 1914.
- ⁷⁵ Ebenda, S. 1917.
- ⁷⁶ Ebenda, S. 1923.
- ⁷⁷ Ebenda, Nr. 78, S. 2146-2154.
- ⁷⁸ Götz, Wolfgang, Entstehung und politische Entwicklung. Am Anfang standen Trümmer, Not und Elend, in: Rheinland-Pfalz heute und morgen, hrsg. im Auftrag der Pressestelle der Staatskanzlei des Landes Rheinland-Pfalz, Mainz 1976, S. 64.
- ⁷⁹ Küppers, Entstehung, S. 236.
- ⁸⁰ Martin, Anne: Die Entstehung der CDU in Rheinland-Pfalz (Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz, Bd. 19), Mainz 1995, S. 340.
- ⁸¹ Küppers, Staatsaufbau, S. 171.
- ⁸² Landtag Rheinland-Pfalz, 1. Wahlperiode, Drs. Abt. II, Nr. 1474, S. 3033.
- ⁸³ Kißener, Kleine Geschichte, S. 93.
- ⁸⁴ Rheinland-Pfalz, 1. Wahlperiode, Drs. Abt. II, Nr. 89, S. 2627.
- ⁸⁵ Brommer, Koblenz, S. 72.
- ⁸⁶ Kißener, Kleine Geschichte, S. 93.
- ⁸⁷ Küppers, Staatsaufbau, S. 178.

Quellen

Drucksachen der Beratenden Landesversammlung

Drucksachen der Abteilungen I bis III des Landtages von Rheinland-Pfalz, 1. Wahlperiode 1947-1951.

Amtsblätter

Journal Officiel du Commandement en Chef Français en Allemagne, 1945-1949.

Zeitungen

Allgemeine Zeitung Mainz, 1948-1952.

Rhein-Zeitung Koblenz, 1948-1952.

Sonstiges

Peter Altmeier. Reden 1946-1951, hrsg. von Karl Martin Graß und Franz-Josef Heyen (Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz, Bd. 2), Boppard am Rhein 1979.

Sekundärliteratur

- Boberach, Heinz, Nationalsozialistische Diktatur, Nachkriegszeit und Gegenwart, in: Geschichte der Stadt Koblenz, Band 2. Von der französischen Stadt bis zur Gegenwart, hrsg. von der Energieversorgung Mittelrhein GmbH, Koblenz 1993, S. 170-224.
- Böhn, Georg Friedrich, Rheinland-Pfalz entsteht in Koblenz 1945-1951. Begleitheft zur Ausstellung, hrsg. vom Landesmuseum Koblenz, Koblenz 1984.
- Ders., Wiederaufbau der Verwaltung, in: Rheinland-Pfalz entsteht. Beiträge zu den Anfängen des Landes Rheinland-Pfalz in Koblenz 1945-1951, hrsg. von Franz-Josef Heyen (Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz, Bd. 5), Boppard am Rhein 1984, S. 1-30.
- Brommer, Peter, Koblenz oder Mainz? Die Verhandlungen über die Verlegung des Sitzes der Landesregierung, in: Landeskundliche Vierteljahrsblätter Jg. 28 (1982), S. 65-73.
- Buchheim, Hans, Ein Land aus der Retorte, in: Politische Kultur in Rheinland-Pfalz, hrsg. von Ulrich Sarcinelli, Jürgen W. Falter, Gerd Mielke und Bodo Benzner, Mainz 2000, S. 149-156.
- Dorfev, Beate, Krieg und Frieden 1944-1946. Überblick über die Ereignisse an Rhein und Mosel vor 60 Jahren, in: „Vor 60 Jahren. Krieg und Frieden an Rhein und Mosel 1944-1946.“ Ausstellungskatalog zur Ausstellung des Landeshauptarchivs Koblenz, des Mittelrhein-Museums und des Stadtarchivs Koblenz, hrsg. von Heinz-Günther Borck [u.a.] (Veröffentlichungen der Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz, Bd. 105), Koblenz 2005, S. 21-33.
- Dies., Stationen, Determinanten und Ausmaß der Konsolidierung des Landes, in: Beiträge zu 50 Jahren Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz, hrsg. von Heinz-Günther Borck (Veröffentlichungen der Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz, Bd. 73), Koblenz 1997, S. 89-113.
- Fenske, Hans, Rheinland-Pfalz und die Neugliederung der Bundesrepublik, in: 40 Jahre Rheinland-Pfalz. Eine politische Landeskunde, hrsg. von Peter Haungs, Mainz 1986, S. 103-130.
- Götz, Wolfgang, Entstehung und politische Entwicklung. Am Anfang standen Trümmer, Not und Elend, in: Rheinland-Pfalz heute und morgen, hrsg. im Auftrag der Pressestelle der Staatskanzlei des Landes Rheinland-Pfalz, Mainz 1976, S. 39-106.
- Graß, Karl Martin, Von Koblenz nach Mainz – Die Hauptstadtfrage, in: Rheinland-Pfalz entsteht. Beiträge zu den Anfängen des Landes Rheinland-Pfalz in Koblenz 1945-1951, hrsg. von Franz-Josef Heyen (Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz, Bd. 5), Boppard am Rhein 1984, S. 433-449.
- Ders., Wie Mainz Landeshauptstadt wurde, in: Vierteljahreshefte für Kultur, Politik, Wirtschaft und Geschichte 2 (1981), S. 8-16.

- Heil, Peter, Ein Land wird erfunden. Integrationspolitik und Traditionsstiftung für Rheinland-Pfalz, in: Politische Kultur in Rheinland-Pfalz, hrsg. von Ulrich Sarcinelli, Jürgen W. Falter, Gerd Mielke und Bodo Benzner, Mainz 2000, S. 157-174.
- Ders., Warum es keine Rheinland-Pfälzer gibt. Über die Beständigkeit und Wirkung älterer Regionalidentitäten in einem neuen Land, in: Regionen und Föderalismus. 50 Jahre Rheinland-Pfalz, hrsg. von Michael Matheus, Stuttgart 1997, S. 49-64.
- Heyen, Franz-Josef, Gebremste Akzeptanz, in: 50 Jahre Rheinland-Pfalz. Ein Land gewinnt Profil, bearbeitet von Claudia Helm, Mainz 1997, S. 16-17.
- Ders., Land in Trümmern, in: 50 Jahre Rheinland-Pfalz. Ein Land gewinnt Profil, bearbeitet von Claudia Helm, Mainz 1997, S. 13.
- Ders., Landtag Rheinland-Pfalz. Zehnmal Mainz nach einmal Koblenz, in: Die erste Adresse des Landes Rheinland-Pfalz. Geschichte des Deutschhauses in Mainz, hrsg. vom Landtag Rheinland-Pfalz, Mainz 1990, S. 211-234.
- Ders., Rheinisch-pfälzische Landesgeschichte, in: Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz, herausgegeben von Franz-Josef Heyen (Geschichte der deutschen Länder, Territorien-Plöetz), Freiburg/Würzburg 1981.
- Hudemann, Rainer, Entstehung des Landes und seiner Verfassung, in: 40 Jahre Rheinland-Pfalz. Eine politische Landeskunde, hrsg. von Peter Haungs, Mainz 1986, S. 65-92.
- Ders., Landesgründung und Verfassungsgebung im Spannungsfeld von Besatzungsmacht und deutscher Politik, in: Beiträge zu 50 Jahren Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz, hrsg. von Heinz-Günther Borck (Veröffentlichungen der Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz, Bd. 73), Koblenz 1997, S. 61-88.
- Ders., Zur Politik der französischen Besatzungsmacht, in: Rheinland-Pfalz entsteht. Beiträge zu den Anfängen des Landes Rheinland-Pfalz in Koblenz 1945-1951, hrsg. von Franz-Josef Heyen (Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz, Bd. 5), Boppard am Rhein 1984, S. 31-58.
- Kißener, Michael, Kleine Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz 1945-2005. Wege zur Integration eines „Nachkriegsbundeslandes“, Leinfelden-Echterdingen 2006.
- Küppers, Heinrich, Die Entstehung und Selbstbehauptung von Rheinland-Pfalz als Bundesland, in: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte 12 (1986), S. 213-260.
- Ders., Staatsaufbau zwischen Bruch und Tradition. Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz 1946-1955 (Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz, Bd. 14), Mainz 1990.
- Martin, Anne, Die Entstehung der CDU in Rheinland-Pfalz (Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz, Bd. 19), Mainz 1995.
- Mathy, Helmut, Bundesland Rheinland-Pfalz. Von der Gründung bis zur Gegenwart, in: Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz, hrsg. von Franz-Josef Heyen, Freiburg 1981, S. 131-168.
- Ders., Vor 50 Jahren: Rheinland-Pfalz entsteht, in: Rheinland-Pfalz. Beiträge zur Geschichte eines neuen Landes, hrsg. von Hans-Jürgen Wünschel (Landauer Universitätschriften, Geschichte, Bd. 4), Landau 1997, S. 15-34.
- Ders., Landeshauptstadt Mainz, in: 40 Jahre Rheinland-Pfalz. Eine politische Landeskunde, hrsg. von Peter Haungs, Mainz 1986, S. 93-102.
- Ders., 50 Jahre. Ein Querschnitt durch die Geschichte, in: Beiträgen zu 50 Jahren Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz, hrsg. von Heinz-Günther Borck (Veröf-

- fentlichungen der Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz, Bd. 73), Koblenz 1997, S. 23-60.
- Morse, Rudolf, Föderalismus im Bundesstaat. Die Rolle des Ministerpräsidenten und des Landes Rheinland-Pfalz bei der Gründung und in den Anfangsjahren der Bundesrepublik Deutschland, in: 40 Jahre Rheinland-Pfalz. Beiträge zur Geschichte des Landes, hrsg. von dem Minister für Bundesangelegenheiten, Bonn 1987, S. 9-36.
- Peckhaus, Doris M., Zwischen Trümmern und Aufbruch, in: 40 Jahre Landtag Rheinland-Pfalz. Parteien, Wahlen, Parlament, hrsg. von Robert Hess und Doris M. Peckhaus, Mainz 1987, S. 9-26.
- Rost, Klaus, Besatzung und Besatzungspolitik, in: 1945-1947. Zwischen Trümmern und Aufbruch. Zur Entstehung von Rheinland-Pfalz, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz (Kleine Schriftenreihe zur Landeskunde, Landesgeschichte und Landespolitik, Bd. 1), Mainz 1987, S. 33-59.
- Schmidt, Hans Josef, „In die erbarmungslose Wirklichkeit der Gegenwart gestellt.“ Neubeginn und Wiederaufbau in Koblenz 1945/46, in: „Vor 60 Jahren. Krieg und Frieden an Rhein und Mosel 1944-1946.“ Ausstellungskatalog zur Ausstellung des Landeshauptarchivs Koblenz, des Mittelrhein-Museums und des Stadtarchivs Koblenz, hrsg. von Heinz-Günther Borck u. a. (Veröffentlichungen der Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz, Bd. 105), Koblenz 2005, S. 45-58.
- Schmitt, Walter, Zweimal Koblenz – dazwischen Mainz, in: Rheinland-Pfalz persönlich: Erinnerungen und Begegnungen, hrsg. vom Sparkassen- und Giroverband Rheinland-Pfalz aus Anlass des 40jährigen Bestehens des Landes Rheinland-Pfalz, Mainz 1987, S. 187-202.
- Schütz, Friedrich, Mainz auf dem Weg zur Hauptstadt des Landes Rheinland-Pfalz. »Le siège de ce Land est fixé à Mayence«, Mainz 1996.
- Weitzel, Kurt, Die Gründung des Landes Rheinland-Pfalz am 30. August 1946, in: 1945-1947. Zwischen Trümmern und Aufbruch. Zur Entstehung von Rheinland-Pfalz, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz (Kleine Schriftenreihe zur Landeskunde, Landesgeschichte und Landespolitik, Bd. 1), Mainz 1987, S. 61-69.
- Wünschel, Hans-Jürgen, Schicksalsjahre der Pfalz. Dokumente zur Geschichte von Rheinland-Pfalz, Neustadt/Weinstraße 1979.

In der Schriftenreihe des Landtags sind bisher erschienen:

Heft 1

Sondersitzung des Landtags Rheinland-Pfalz
zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus
Mainz 1998
(vergriffen)

Heft 2

Privatisierung und parlamentarische Rechte
Mainz 1998
(vergriffen)

Heft 3

„Eure Freiheit ist unsere Freiheit, und unsere Freiheit ist die Eure“
1848 - eine europäische Revolution?
Mainz 1998
(vergriffen)

Heft 4

Parlamentsreform
Bericht der Enquete-Kommission des Landtags Rheinland-Pfalz
Mainz 1998

Heft 5

Sozialpolitik auf dem Prüfstand
Vortrags- und Diskussionsveranstaltung
aus Anlaß der Tage der Forschung 1998
Mainz 1998
(vergriffen)

Heft 6

Zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus,
Dokumentation der Veranstaltung am 27. Januar 1999
Mainz 1999
(vergriffen)

Heft 7

Kirche und Staat.
Partner am Wendepunkt?
Podiumsdiskussion
Mainz 1999

Heft 8

Gedenkveranstaltung
zum 60. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges
Mainz 1999

Heft 9

Verfassungsreform
Der Weg zur neuen Landesverfassung vom 18. Mai 2000
Mainz 2000

Heft 10

Veranstaltungen zum Tag des Gedenkens an die Opfer
des Nationalsozialismus am 27. Januar 2000
Kinder und Jugendliche im Holocaust
Mainz 2000

- Heft 11
Parteienfinanzierung im internationalen Vergleich
Mainz 2000
(vergriffen)
- Heft 12
Volk oder Parteien – wer ist der Souverän?
Podiumsdiskussion im Landtag Rheinland-Pfalz am 20. Juni 2000
Mainz 2000
(vergriffen)
- Heft 13
Politik mit der Bibel?
Diskussionsveranstaltung im Landtag Rheinland-Pfalz am 14. Dezember 2000
Mainz 2001
(vergriffen)
- Heft 14
Länderverfassungen im Bundesstaat
Vortragsveranstaltung im Landtag Rheinland-Pfalz am 19. Dezember 2000
Mainz 2001
(vergriffen)
- Heft 15
Haushaltsreform und parlamentarisches Budgetrecht in Rheinland-Pfalz
Mainz 2001
(vergriffen)
- Heft 16
Leidensstätten der Opfer des Nationalsozialismus in Mainz
Mainz 2001
(vergriffen)
- Heft 17
Was kann, was darf der Mensch?
Symposium zu aktuellen Fragen der Bioethik
Mainz 2001
(vergriffen)
- Heft 18
Verfassungsentwicklung in Europa nach Nizza:
Die Rolle der Regionen
Internationale Tagung in Trier am 7. und 8. Dezember 2001
Mainz 2002
(vergriffen)
- Heft 19
Russlanddeutsche im Strafvollzug
Anhörung der Strafvollzugskommission des Landtags Rheinland-Pfalz
am 29. Oktober 2002
Mainz 2002
(vergriffen)
- Heft 20
Wider das Vergessen – Für die Demokratie
Abgeordnete des Landtags im Dialog mit Schülerinnen und Schülern
aus Anlass des Gedenktags für die Opfer des Nationalsozialismus
am 27. Januar 2003
Mainz 2003
(vergriffen)

Heft 21

Streitfall Pflege

Lösungsansätze und Perspektiven in Rheinland-Pfalz

Podiumsdiskussion im Landtag Rheinland-Pfalz am 1. April 2003

Mainz 2003

(vergriffen)

Heft 22

Mit den Augen des Anderen

Die jüdisch-arabische Verständigungsinitiative Givat Haviva

Ausstellung und Podiumsdiskussion

im Landtag Rheinland-Pfalz am 3. Dezember 2003

Mainz 2003

(vergriffen)

Heft 23

„Einzig hoffe ich noch auf Buonaparte, der ein großer Mann ist!“

Napoleons und Dalbergs Mainzer Treffen im September 1804

Vortragsveranstaltung am 22. September 2004

Mainz 2004

(vergriffen)

Heft 24

Nahe am großen Krieg – Rheinpreußen und die Pfalz 1914

Vortragsveranstaltung im Landtag Rheinland-Pfalz

am 29. September 2004

Mainz 2004

(vergriffen)

Heft 25

Nur freie Menschen haben ein Vaterland

Georg Forster und die Mainzer Republik

Vortragsveranstaltung

Mainz 2004

Heft 26

Der 27. Januar – Zerfall – Wendepunkt – Hoffnung

Gedenksitzung des Landtags Rheinland-Pfalz aus Anlass des

Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2005

Mainz 2005

Heft 27

20. Schüler-Landtag Rheinland-Pfalz 2004

Dokumentation

Mainz 2005

Heft 28

Stand und Perspektiven des Leistungsauftrags Rheinland-Pfalz

Workshop zur politischen Steuerung durch Zielvorgaben im Haushalt

im Landtag Rheinland-Pfalz am 16. Februar 2005

Mainz 2005

(vergriffen)

Heft 29

Friedrich Schillers Politischer Blick

Eine Veranstaltung in der Reihe „Literatur im Landtag“

im Landtag Rheinland-Pfalz am 4. Oktober 2005

Mainz 2006

(vergriffen)

Heft 30
Christoph Grimm
Reden 1991-2006
Eine Auswahl aus der Amtszeit des rheinland-pfälzischen Landtagspräsidenten
Mainz 2006

Heft 31
Die Präsidenten des Landtags 1946-2006
Biographische Skizzen aus sechs Jahrzehnten
rheinland-pfälzischer Parlamentsgeschichte
Mainz 2006

Heft 32
Die „Schaffung eines rhein-pfälzischen Landes“
und seine demokratische Entwicklung
Eine Veranstaltung des Landtags und der
Landesregierung Rheinland-Pfalz zur Landesgründung
am 30. August 2006 im Plenarsaal des Landtags in Mainz
Mainz 2007

Heft 33
60 Jahre Parlament in Rheinland-Pfalz
Festveranstaltung aus Anlass des 60. Jahrestages
der Konstituierung der Beratenden Landesversammlung
am 22. November 2006 im Stadttheater Koblenz
Mainz 2007

Heft 34
Veranstaltungen zum Tag des Gedenkens an die Opfer
des Nationalsozialismus 2007
Schriftenreihe des Landtags Rheinland-Pfalz
Plenarsitzung, Vorträge und Ausstellung im Landtag Rheinland-Pfalz
Mainz 2007

Heft 35
„Pakt an! Habt Zuversicht!“
Über die Entstehung des Landes Rheinland-Pfalz
und seinen Beitrag zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland
Mainz 2007

Heft 36
„Was bedeutet uns Hambach heute?“
Podiumsdiskussion am 24. Mai 2007 und Präsentation
des Sonderpostwertzeichens „175 Jahre Hambacher Fest“
am 2. Mai 2007 im Landtag Rheinland-Pfalz
Mainz 2007

Heft 37
„(...) Den sittlich, religiösen, vaterländischen Geist der Nation zu heben (...)“
Die Reformen des Freiherrn vom Stein
Vortragsveranstaltung im Landtag Rheinland-Pfalz
am 13. September 2007
Mainz 2007

Heft 38
„700 Jahre Wahl Balduins von Luxemburg zum Erzbischof von Trier“
Eine Veranstaltung des Landtags Rheinland-Pfalz
am 7. Dezember 2007 im Kurfürstlichen Palais in Trier
Mainz 2008

Heft 39

Veranstaltungen zum Tag des Gedenkens an die Opfer
des Nationalsozialismus 2008

Plenarsitzung, Ausstellung und Lesung mit Musik
im Landtag Rheinland-Pfalz
Mainz 2008

Heft 40

60 Jahre Israel –

zwischen Existenzrecht und Existenzbedrohung

Vortragsveranstaltung im Landtag Rheinland-Pfalz am 5. Mai 2008
Mainz 2008

Heft 41

Veranstaltungen zum Tag des Gedenkens
an die Opfer des Nationalsozialismus 2009

Plenarsitzung im Pfalzkrankenhaus Klingenmünster,
Ausstellung und Vortragsveranstaltung im Landtag Rheinland-Pfalz
Mainz 2009

Heft 42

60 Jahre Grundgesetz:

Fundament geglückter Demokratie

Festakt am 18. Mai 2009 im Landtag

aus Anlass der Zustimmung des Landtags Rheinland-Pfalz zum Grundgesetz
am 18. Mai 1949

Mainz 2009

Heft 43

Auswanderung nach Amerika

Vortragsveranstaltungen zur Auswanderung aus Gebieten des
heutigen Rheinland-Pfalz nach Brasilien am 10. Juli 2009

und zur Auswanderung in die USA am 15. September 2009 im Landtag
Mainz 2009

Heft 44

Die Folgen des Klimawandels für Rheinland-Pfalz

Aus der Arbeit der Enquete-Kommission „Klimawandel“ des Landtags
Mainz 2010

Heft 45

„Wir sind das Volk!“

Freiheit, Einheit und Europa vom Hambacher Fest bis Heute

Podiumsdiskussion am 6. Oktober 2009

im Plenarsaal des Landtags Rheinland-Pfalz

Mainz 2010

Heft 46

Veranstaltungen zum Tag des Gedenkens

an die Opfer des Nationalsozialismus 2010

Plenarsitzung und Ausstellung im Landtag Rheinland-Pfalz,

Vortragsveranstaltung in Mainz

Mainz 2010

LANDTAG
RHEINLAND-PFALZ

